DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

175 16. JAHRGANG April '99 8,00 DM

STOPPT DIE NATO!

Hände weg von Jugoslawien!

Seit dem 24. März bombardiert die NATO Jugoslawien. Auch Deutschland beteiligt sich an diesem Angriffskrieg, obwohl dieser Einsatz nach Artikel 26.1 unseres Grundgesetzes verfassungswidrig ist. Der § 80 StGB sieht für die Vorbereitung eines Angriffskrieges mindestens 10 Jahre Haft vor! Seit dem 5. April fliegen britische Tornados und amerikanische Tarnkappenjets ihre Einsätze auch von deutschen Flugplätzen aus. Der Angriffskrieg weitet sich aus – in der BRD regt sich kaum Widerstand – die bürgerlichen Medien haben die Öffentlichkeit fest im Griff. Aus aktuellem Anlaß veröffentlichen wir nachfolgend einen Redebeitrag des Heidelberger »Arbeitskreis antiimperialistische Solidarität« (AKAS) auf der Demonstration »Stoppt die NATO! Schluß mit dem Krieg gegen Jugoslawien« am 27. März 1999 in Heidelberg. (Konzept, Vortrag z.T. frei)

Rund 200 Menschen demonstrierten am 3. April in Heidelberg gegen die Intervention der Nato in Jugoslawien Foto: Dieter Poschen

Seit Mittwoch abend, den 24.3.99 befindet sich Deutschland im Krieg, geht von deutschem Boden wieder Krieg aus. Mit deutscher Mithilfe fallen Bomben und Raketen auf ein Land, auf Ortschaften und Städte, in denen viele Deutsche einst ihren Urlaub verbrachten. Mit deutscher Mithilfe werden nun auch in Jugoslawien die Menschen gezwungen, die Nächte in Kellern und Bunkern zu verbringen und bangen die in Deutschland und anderswo lebenden Jugoslawen um das Leben ihrer Familien in den gefährdeten Gebieten. Nach 58 Jahren sind wieder Kampfflugzeuge mit dem Balkenkreuz über dem Himmel Belgrads, knüpfen deutsche Truppen wieder an die militaristische Tradition von Kaiserreich und Faschismus an. Es braucht heute eigentlich nicht mehr besonders darauf hingewiesen werden, daß die NATO-Angriffe völkerrechtswidrig sind, einen Angriffskrieg darstellen, der den Tatbestand eines Kriegsverbrechen erfüllt. Es ist dies schon zu genüge beschrieben worden und kein namhafter Völkerrechtler bezweifelt dies (daß sich immer der eine oder andere findet, der hier auch etwas den Herrschenden gefälliges von sich gibt, bestätigt die Regel) so daß ich nicht weiter darauf eingehen möchte.

Ich möchte aber noch kurz darauf hinweisen, daß dies keinesfalls nur eine Frage des fehlenden Mandats durch den Sicherheitsrat der UNO ist. Nach geltendem Recht und der Charta der Vereinten Nationen dürfte der Sicherheitsrat so eine Entscheidung nicht treffen. Keine der vorgesehen Kriterien für den Einsatz militärischer Gewalt gegen einen souveränen Staaten ist im Falle des Kosovo-Konflikts gegeben (auch das ist nachzulesen). Unabhängig davon wäre ein Mandat des Sicherheitsrats angesichts der undemokratischen Strukturen der UNO und den herrschenden Machtverhältnissen keine wirkliche Legitimation.

Es ist auch hinlänglich bekannt, daß das Vorbereiten und führen eines Angriffskrieges hierzulande unter Strafe steht – nicht unter 10 Jahren – und der Angriff auf ein Land, daß weder Deutschland noch ein verbündetes Land angegriffen hat, ist ein Angriffskrieg unabhängig davon, wie man den Krieg begründet. Trotzdem ist natürlich das Vertrauen in die Justiz bei uns nicht groß, daß die hiesigen Verantwortlichen, (das sind vor allem der aktuelle Kanzler und seine Minister, sowie deren Vorgänger und im Prinzip auch alle die im Bundestag für den Krieg gestimmt haben, mitschuldig sind auch alle Redakteure und Journalisten, Publizisten etc. die halfen, den Krieg propagandistisch vorzubereiten) ihrer verdienten Strafe zugeführt werden, ebenso wenig wie wir hoffen dürfen, daß diese Herren und ihre Kumpanen aus den USA, GB, F, I etc. vor ein internationales Kriegsverbrechertribunal gestellt werden.

Die oben Beschuldigten machen geltend, daß sie allein aus humanitären Erwägungen gehandelt hätten. Das Völkerrecht müßte entsprechend modernisiert und die Strukturen der UNO flexibilisiert werden. Dies ist wenig glaubhaft:

Es gab und gibt viele andere Konflikte, die nicht auf die selbe Art behandelt werden, im Gegenteil:

Beispiel Jugoslawien-Kroatien

Die Krajina-Serben erhielten nicht das Recht in Jugoslawien zu verbleiben und wurden schließlich zum großen Teil mit Duldung und Mithilfe der NATO-Staaten vertrieben. Zu keinem Zeitpunkt war hier die Rede vom Selbstbestimmungsrecht, Vertreibung und humanitärer Katastrophe.

Fortsetzung auf Seite 2

BEITRÄGE

Ein Flugblatt zu Gerhard Schröders Erklärung... Seite 2
Rot-Grüner Militarismus Seite 3
Parteiaustritte: Von der pazifistischen Partei zur Kriegstreiberpartei Seite 3
Jugoslawische Opposition fordert ein Ende des Natobombardements Seite 4
Botschaft von Vietnam-Veteranen an die Truppen der Nato »Wohin gehst Du mit Deiner Waffe in Deiner Hand?« Seite 4
Wirtschaftliche Hintergründe und strategische Interessen – Wie Jugoslawien zerstört wurde Seite 5-7

EDITORIAL:

ZU DIESER AUSGABE:

Um dem ersten Nato-Angriffskrieg in Europa, der zugleich der dritte Angriffskrieg deutscher Militärs gegen Serbien/Jugoslawien nach 1914 und 1941 ist, und um der gleichgeschaltet scheinenden bürgerlichen Presse ein Stück Gegenöffentlichkeit entgegenzustellen, haben wir uns spontan dazu entschlossen, einen großen Teil dieser Ausgabe den aktuellen Geschehnissen zu widmen.

NEIN ZUR NATO!

Neben der grundsätzlichen politischen Kritik an einem Krieg an sich, gibt es die juristische Seite: Dieser Krieg ist völkerrechtswidrig und nach dem Grundgesetz nicht zulässig. Denn es handelt sich weder um einen Verteidigungskrieg – kein Natostaat wurde angegriffen – noch um militärisches Eingreifen im Auftrag des UN-Sicherheitsrats. Im Gegenteil, die UNO wurde mit dem Beschluß zur Kriegsführung übergangen, womit ihre zukünftige politische Rolle schwer beschädigt sein dürfte.

Dieser Krieg zeigt aber auch, was uns in Zukunft erwartet, soll doch zum bevorstehenden 50. Jubiläum der NATO deren neue Rolle als imperialistisches Bündnis festgeschrieben werden. Angesichts der Entstehungsgeschichte dieses Krieges drängt sich der Eindruck auf, daß hier ein Präzedenzfall geschaffen wurde, der beliebig wiederholbar sein könnte. Gleichzeitig stellt sich die Frage, warum gerade hier die Verteidigung der Menschenrechte einen solchen Völkerrechtsbruch rechtfertigt, während die Verfolgung anderer Bevölkerungsgruppen in anderen Ländern, z.B. der KurdInnen in der Türkei, nicht einmal zu eindeutigen politischen Reaktionen Anlaß gibt.

Mit dem Beginn des Krieges hat sich die Situation der albanischen Bevölkerung im Kosovo drastisch verschlechtert. Doch selbst vor Ostern erklärte die Menschenrechtsorganisation »Human Rights Watch« noch, daß es nachgewiesenermaßen ethnische Vertreibungen und einzelne Morde im Kosovo gäbe, wollte jedoch nicht soweit gehen, dies als Völkermord zu bezeichnen. Jedoch fürchtet sie, daß es zu einem solchen kommen könnte.

Die politische Position des nationalistischen Diktators Milosevic ist durch den Krieg eher gefestigt als in Frage gestellt worden. Die Angriffe der NATO treffen ja nicht Herrn Milosevic persönlich, sondern die Bevölkerung. Sie hat unter Notsituationen durch Zerstörung der Infrastruktur des Landes zu leiden. Und die Angriffe auf serbische Truppen treffen zwangsverpflichtete Männer, nicht die Verantwortlichen des Terrors.●

Die Redaktion

Auf unserer Homepage (Adresse siehe unten) planen wir ständig aktualisierte Informationen zum Krieg in Jugoslawien einzuspielen.

www.nadir.org/nadir/periodika/contraste

D 8008

SCHWERPUNKTTHEMA: ANDERS ARBEITEN – ODER GAR NICHT?!

Selbstbestimmte Arbeit gemeinsam organisieren

Im Vorfeld des Berliner Kongresses »Anders arbeiten – oder gar nicht!?« gab es bereits Diskussionen darum, ob der Begriff »3. Sektor« überhaupt in diesem Zusammenhang benutzt werden sollte. Das Spektrum, das gemeinhin unter diesem Begriff subsumiert wird, reicht vom ADAC und den großen Wohlfahrtsverbänden bis zu regionalen Tauschringen und politischen Initiativen.

Elisabeth Voß, Berlin ● »3. Sektor« bedeutet einzig und allein, daß es sich weder um Wirtschaftsbetriebe mit Gewinnerzielungsabsicht noch um staatliche Einrichtungen handelt. Weitere formale oder gar inhaltliche Kriterien sind damit nicht benannt, und die Arbeitsverhältnisse im »3. Sektor« reichen von hochdotierten Geschäftsführungsposten bis zu unbezahltem Engagement.

Jenseits von entfremdeten Lohnarbeitsverhältnissen in profitwirtschaftlich orientierten Unternehmen sind verschiedenste Formen bezahlter und unbezahlter Arbeit möglich. Das Anliegen des Berliner Kongresses ist es, Ideen und Forderungen zu Rahmenbedingungen zu entwickeln für Arbeitsmöglichkeiten, die von Form und Inhalt her von den Arbeitenden selbst bestimmt werden.

Das vielbeschworene Ehrenamt

Das endgültige Verschwinden der Vollbeschäftigung als realpolitische Zielsetzung bringt lauter werdende Rufe nach ehrenamtlichem Engagement, Gemeinsinn, »Bürgerarbeit« etc. hervor. Nicht daß es sie bisher nicht gäbe. Millionen Frauen leisten täglich unendliche Stunden unbezahlte Haus- und Erziehungsarbeit. Etliche Menschen sind ganz unabhängig von der Entwicklung am Arbeitsmarkt in sozialen, politischen oder kirchlichen Zusammenhängen tätig, ohne dafür bezahlt zu werden.

Die »Bürgerarbeit« des Soziologen *Irich Beck* soll z.B. als unbezahlte Arbeit in selbstgewählten Bereichen geleistet werden, gegen ein Bürgergeld, eine Grundsicherung in Höhe des Sozialhilfesatzes. Auch wenn Beck selbst in seinem Konzept keine Arbeitspflicht vorsieht, lassen die Erfahrungen mit ABM- und BSHG-Beschäftigung nichts Gutes ahnen. Schon heute werden mit diesen Zwangsmaßnahmen Menschen unter Androhung des Entzugs auch des notwendigsten Lebensbedarfs zur Arbeit gezwungen.

Gleichzeitig wird freiwilliges, unbezahltes Engagement erschwert, indem Menschen, die sich ohne Bezahlung engagieren, die Arbeitslosen- oder Sozialhilfe gestrichen wird, weil sie dem Arbeitsmarkt angeblich nicht zur Verfügung stehen. Statt endlich das bedingungslose Recht auf Freiwilligkeit in der Wahl der Arbeit und damit auch das Recht auf Nichtarbeit anzuerkennen, wird überflüssigerweise auf einer überholten Arbeitsethik beharrt.

Qualifizierung und Beschäftigung im zweiten Arbeitsmarkt

Auf dem sogenannten zweiten Arbeitsmarkt haben die arbeitslosen Opfer von Wirtschaftskrise und Sparpolitik die Chance, in einer ABM für immerhin 80% Tariflohn oder als ...

Forsetzung Seite 7

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Hände weg von Jugoslawien!

In Bosnien bombte die NATO um zu verhindern, daß der überwiegend serbisch bewohnte Teil bei Jugoslawien verbleiben kann. Jetzt bombt die NATO um den Kosovo mittelfristig abzutrennen.

Beispiel Türkei

Das NATO-Land führt seit mehr als zehn Jahren einen verheerenden Krieg gegen die kurdische Bevölkerung Anatoliens mit Unterstützung Deutschlands und der USA. Während der PKK-Führer Öcalan mit Hilfe der NATO-Staaten gejagt wurde, wurde die UCK hofiert und mit westlicher Hilfe bewaffnet.

Es ist auch mehr als zweifelhaft, daß ein Ende der Kampfhandlungen im Kosovo im Interesse der NATO war.

Willy Wimmer, CDU-Bundestagsabgeordneter und Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und sicher unverdächtig linker Neigungen, hat unlängst in einem Interview gesagt, daß offensichtlich ein Erfolg der OSZE-Mission nicht gewünscht war und auf die Frage, wer den Erfolg verhindert habe antwortete er wie folgt: »Zum Beispiel die UCK. Zum Beispiel diejenigen, die hinter der UCK stehen und die Fäden ziehen. Die internationalen Beobachter, die OSZE-Beobachter, sie haben eindeutig erklärt – die Verantwortlichen wohlgemerkt –, daß die jugoslawische Seite nach den Oktober-Vereinbarungen sich an diese auch gehalten hat. Und daß hingegen die UCK systematisch diese unterlaufen hat. Sie ist in die leeren Räume wieder eingedrungen, sie hat provoziert und, und, und... Das sind Dinge, vor denen ich doch meine Augen nicht verschließen kann. Und deswegen kann ich nur sagen: Hier haben interessierte Kreise kein Interesse am Erfolg der OSZE gehabt, und es ist bitter, bitter genug. Denn die OSZE-Beobachter haben in einer gewissen Zeit auch wieder Ruhe und Stabilität in den Kosovo gebracht. Aber diejenigen, die Sezession wollen und diejenigen, die Vertreibung wollen, waren natürlich an der OSZE nicht interessiert, und das wird auch auf Dauer so sein.«

[[Die Argumentation ist schon aus formellen Gründen abenteuerlich. Mit der selben Begründung könnte man auch das Strafrecht so modernisieren, daß die Anwendung von Folter in dringenden Fällen erlaubt. Das Völkerrecht soll vor allem den Schwächeren Parteien in einem Konflikt einen gewissen Schutz vor Willkür bieten.]]

Die Selbstmandatierung der NATO ist eine ungeheuerliche Anmaßung: Da wird der Mythos der »Internationalen Staatengemeinschaft« bemüht und auf den Mythos des demokratischen Vorbildcharakters dieser Staaten [.....]: Dabei handelt es sich im wesentlichen nur um eine Handvoll Staaten die sich hier zum Richter und Henker aufspielen. Es handelt sich zugegebener Maßen um die mächtigsten Staaten. Es handelt sich vor allem auch um deren mittelbaren und unmittelbaren Interessen.

Es handelt sich grob gesagt um die Lösung eines strategischen Problems vor dem die imperialistischen Staaten stehen: der überwiegende Teil des Reichtums und der Ressourcen werden von einem kleinen Teil der Weltbevölkerung kontrolliert und konsumiert, während der Rest immer weiter verarmt. Dieser Zustand ist auf Dauer

Demonstration in Heidelberg am 27.3.99 Foto: RNZ

eigentlich nicht haltbar. Immer wieder werden Völker gegen diese Ausplünderung rebellieren. Und wenn sich diese Rebellion erst mal richtig entwickelt hat, sich gar Völker zusammenschließen ist die Situation – trotz haushoch überlegener Waffen kaum noch in den Griff zu bekommen – diese Erfahrung mußte die USA nicht zuletzt in Vietnam machen. Dieser strategischen Schwäche kann nur vorbeugend begegnet werden. Ausschalten aller potentiellen Störpotentiale und massive Truppenpräsenz an den Brennpunkten der Welt. Im Zuge des Krieges gegen den Irak wurden erhebliche Streitkräfte im Nahen Osten in Stellung gebracht. Im Zuge des Zerfalls Jugoslawiens breiteten sich Nato-Truppen auf dem Balkan aus. In den letzten Wochen wurde ein großer Teil der vorgesehenen 30.000 Soldaten in Mazedonien stationiert und auch hier ließ man schon verlauten, daß die Truppen so oder so sicher eine längere Zeit in der Region bleiben werden.

Vor allem die Brutalität des Vorgehens gegen den Irak und nun Jugoslawien ist natürlich auch eine Drohung an den Rest der Welt gefälligst die westlichen Spielregeln auch in Zukunft zu beachten.

Zieht man ein Resümee über die letzen zehn bis zwanzig Jahre muß man feststellen, daß wir uns nun schon häufig hier versammeln mußten um gegen eine Aggression eines oder mehrere NATO-Staaten zu protestieren. Libyen, Grenada, Panama, Somalia und viele Male wegen des Krieges im Irak.

Mit jedem Mal wurden wir auch weniger, und noch nicht einmal der Kriegseintritt Deutschlands – vor Jahren völlig undenkbar führt – zu einer großen Empörung. Was vor nur wenigen Jahren undenkbar war, daß Deutsche Truppen wieder an einen der Schauplätze der Greuel der Wehrmacht zurückkehren können und deutsche Kampfflugzeuge nach 54 Jahren wieder Ziele in Serbien bombardieren.

Die Menschen wurden systematisch an das High-Tech-Morden gewöhnt. Was 1991 noch 5.000 in Heidelberg so empörte, daß sie spontan vors Headquarter hier zogen, erschüttert heute nur noch wenige, die sich die Sensibilität noch bewahrt haben, die sich noch vorstellen können, was die ungeheure Zerstörungskraft der auf das Land niedergehenden Bomben und Raketen bedeuten wird, die mitfühlen mit den Menschen, die nahezu wehrlos dem übermächtigen Vernichtungspotential der Angreifer ausgesetzt sind. Das kleine Land mit ca. 10 Millionen Einwohner steht dem Militärbündnis mit dem größten Vernichtungspotential gegenüber, das bis jetzt in einem Krieg aufgeboten wurde.

Die Menschen hier wurden daran gewöhnt. Viele sind auch den Rattenfängern im ökologisch-fortschrittlichen oder sozialdemokratischen Gewand gefolgt: denen die früher noch mit uns gegen US-Interventionen, Hochrüstung, den Krieg gegen den Irak demonstriert haben und heute zu den Pionieren des nachkriegsdeutschen Militarismus geworden sind, die für das Mitspielen bei der Fassade bundesdeutscher Macht noch jedes Prinzip über den Haufen geworfen hat.

Viele haben diesen Parteien den Rücken gekehrt. Wer jetzt noch verbleibt, macht sich mitschuldig unabhängig ob er/sie protestiert oder nicht.

Die Menschen hier wurden systematisch daran gewöhnt, daß Kriege, in sicherer Entfernung von der Heimat zum Alltag der Politik gehören. Und hier zeigt sich die Gefahr hinter den aktuellen Greueltaten Jugoslawien und der Irak sind nur der Anfang, weitere Staaten werden in Kürze in's Fadenkreuz der imperialistischen Mächte geraten und sie werden es in den eigenen Länder immer leichter haben ihre verbrecherische Kriegspolitik durchzusetzen.

- Der Krieg gegen Jugoslawien ist ohne jegliche Legitimation;
- Er ist ein Kriegsverbrechen;
- Die NATO eskaliert die Situation im Kosovo noch weiter, die sie vorgibt lösen zu wollen;
- Erst die Einmischung der westlichen Staaten und die massive Unterstützung, Bewaffnung der UCK hat aus dem Konflikt im Kosovo einen Bürgerkrieg gemacht, der Täter und Opfer auf beiden Seiten kennt.
- Die ständige einseitige Bedrohung einer Konfliktpartei bestärkten die Kosovo-albanischen Separatisten kompromißlos auf der Abspaltung des Kosovos zu beharren. – Erst dies macht den Konflikt unlösbar!
- Wir fordern die sofortige Einstellung der Bombardierungen,
- Rückzug aller NATO-Truppen vom Balkan und anderswo
- Keine weitere Einmischung mehr in die Angelegenheiten dieser Völker
- Einschalten neutraler Vermittler zur Lösung der Probleme auf Verhandlungsebene
- Keine weitere mittelbare oder unmittelbare Teilnahme der Bundeswehr an Auslandseinsätzen,

Jugoslawien hat jedes Recht sich mit allen Mittel gegen die Aggression zur Wehr zu setzen und verdient dabei unsere volle Unterstützung

- Solidarität mit Jugoslawien!
- Hoch die internationale Solidarität!

DIE BUNDESWEHR SEIT DER WENDE:

Sommer 1990 bis März 1991: Als Zeichen der Solidarität mit den im Irak-Kuweit-Konflikt engagierten Verbündeten sendet Deutschland Kriegsschiffe ins Mittelmeer.

April 1991: Deutsche Minensuchboote beginnen mit dem Minenräumen vor der Küste Kuweits.

Mai 1992 bis November 1993: Bonn entsendet Sanitäter nach Kambodscha, um Uno-Soldaten zu verarzten. Verteidigungsminister Rühe ernennt sie wegen ihres Einsatzes für die Zivilbevölkerung zu »Engeln von Phnom Penh«.

Juli 1992 bis Oktober 1996: Überwachung des Waffenembargos gegen die Staaten des früheren Jugoslawien. Rühe entsendet Zerstörer und Aufklärungsflugzeuge in die Adria. Deutsche »Transall«-Flugzeuge fliegen Hilfsgüter ins belagerte Sarajevo.

April 1993 bis Dezember 1995: Bundeswehr-Soldaten beteiligen sich an der Nato-Aktion zur Überwachung des Flugverbots über Bosnien.

August 1993 bis März 1994: Deutschland schickt ein Heereskontingent zum humanitären Einsatz nach Somalia. In befriedeten Gebieten des Bürgerkriegsstaates sollen die Soldaten ein Nachschublager organisieren. Italienische Truppen besorgen deren Schutz.

August bis Dezember 1995: Bundeswehr Sanitäter werden nach Kroatien, »Tornado«-Kampfflugzeuge nach Italien entsandt. Im Bundestag stimmen auch etliche Abgeordnete von SPD und Grünen zu. Außenminister Kinkel will »runter von der Zuschauertribüne«.

Dezember 1995 bis Dezember 1996: Zur Sicherung des Dayton-Abkommens beteiligen sich 4.000 deutsche Soldaten am Ifor-Einsatz in Bosnien. Das Bundeswehr-Kontingent ist in Kroatien stationiert.

Seit Dezember 1996: Die Bundeswehr ist auch bei der Sfor-Friedenstruppe dabei, diesmal jedoch in der bosnischen Krisenregion stationiert.

Oktober 1998: Bundestagsbeschluß zur Beteiligung deutscher »Tornados« an einem möglichen begrenzten Luftkrieg der Nato gegen Jugoslawien.

Februar 1999: Der Bundestag beschließt, deutsche Truppen zur Unterstützung einer möglichen Friedenstruppe im Kosovo zu entsenden. Teile der Truppe sind bereits in Mazedonien stationiert.

24. März 1999: Beginn des Nato-Luftkriegs gegen Jugoslawien unter deutscher Teilnahme.

DOKUMENTATION: EIN FLUGBLATT ZU GERHARD SCHRÖDERS ERKLÄRUNG ZUR BETEILIGUNG DER BRD AN DER NATO-INTERVENTION

Bei den ersten Demonstrationen der Friedensbewegung, die sich gegen die Intervention der NATO in Jugoslawien wendeten, wurde ein Flugblatt verteilt, daß Gerhard Schröders »Erklärung zur aktuellen Lage« vom 24.3.99 in einen anderen Kontext stellte. Nachfolgend dokumentieren wir den Text des Flugblattes:

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

heute abend hat die NATO mit Luftschlägen gegen militärische Ziele in der Türkei begonnen. Damit will das Bündnis weitere schwere und systematische Verletzungen der Menschenrechte und eine humanitäre Katastrophe in Kurdistan verhindern.

Die türkischen Militärs und Ministerpräsident Ecevit führen dort einen erbarmungslosen Krieg. Die türkischen Sicherheitskräfte haben ihren Terror gegen die kurdische Bevölkerungsmehrheit in Ostanatolien allen Warnungen zum Trotz verschärft.

Die internationale Staatengemeinschaft kann der dadurch verursachten menschlichen Tragödie (1) in diesem Teil Europas/Westasiens nicht tatenlos zusehen. Wir führen keinen Krieg (2), aber wir sind aufgerufen, eine friedliche Lösung im Kurdistan auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen.

Die Militäraktion richtet sich nicht gegen das türkische Volk. Dies möchte ich gerade auch unseren türkischen Mitbürgern sagen. Wir werden alles tun, um Verluste unter der Zivilbevölkerung zu vermeiden.

Noch vor wenigen Wochen haben Regierungsvertreter der Türkei anläßlich der Festnahme des Kurdenführers Abdallah Öcalan selbst minimalste Zugeständnisse an die Kurden abgelehnt. Dies ist um so weniger verständlich, als die Forderungen der kurdischen Bevölkerung nach Autonomie den Bestand der Türkei nicht in Frage stellen.

Vielmehr hat die Europäische Union Ankara den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft und die schrittweise Aufhebung aller dem im Weg stehenden Beschränkungen für den Fall einer Friedenslösung in Aussicht gestellt.

Die Antwort Ankaras war der Bruch geltenden, kulturellen Genozid verbietenden Völkerrechts und die Entsendung weiterer Truppen nach Kurdistan. Deshalb blieb als letztes Mittel nur die Anwendung von Gewalt.

Dagegen haben die Vertreter der kurdischen Bevölkerung, soweit sie überhaupt bewaffnet kämpfen, wiederholt einen Waffenstillstand angeboten und einseitig über längere Perioden eingehalten sowie Friedensgespräche auf der Basis der Autonomie Kurdistans angeboten und damit ihre Bereitschaft zu einer friedlichen Lösung vor aller Welt dokumentiert.

Mit der gemeinsam von allen Bündnispartnern getragenen Aktion verteidigen wir auch unsere gemeinsamen grundlegenden Werte von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten. Wir dürfen nicht zulassen, daß diese Werte, nur zweieinhalb Flugstunden von uns entfernt, mit Füßen getreten werden.

An dem Einsatz der NATO sind auch Soldaten der Bundeswehr beteiligt. So haben es Bundesregierung und der deutsche Bundestag beschlossen – in Übereinstimmung mit dem Willen der großen Mehrheit des Deutschen Volkes. (3)

Die Bundesregierung hat sich ihre Entscheidung nicht leicht gemacht, schließlich stehen zum erstenmal nach Ende des Zweiten Weltkrieges deutsche Soldaten im Kampfeinsatz.

Ich rufe von dieser Stelle aus alle Mitbürgerinnen und Mitbürger auf, in dieser Stunde zu unseren Soldaten zu stehen. Sie und ihre Familien sollen wissen, daß wir das Menschenmögliche tun für den Schutz unserer Soldaten bei diesem schwierigen und gefahrvollen Einsatz. Gleichwohl können wir Gefahr für Leib und Leben unserer Soldaten nicht ausschließen.

Ich fordere von dieser Stelle aus die türkischen Militärs und Ministerpräsident Ecevit auf, die Kämpfe in Kurdistan sofort zu beenden. Die NATO und die internationale Gemeinschaft insgesamt sind unverändert bereit, mit Zustimmung des türkischen Staates und der verschiedenen Vertreter der Bevölkerung Kurdistans ein Friedensabkommen in die Tat umzusetzen.

Für eine militärische Absicherung eines notwendigen Waffenstillstandes stehen erste NATO-Einheiten, darunter 3.000 deutsche Soldaten, bereit. Auf dem Gipfel in Berlin hat Europa seine Verantwortung für eine friedliche Entwicklung auf dem Kontinent, in die nunmehr auch unser NATO-Partner Türkei einbezogen werden soll, bekräftigt. Auch mit Blick auf die schwierige Mission in Kurdistan spricht Europa mit einer Stimme.

An unserer Entschlossenheit, das Morden in Kurdistan zu beenden, besteht kein Zweifel. Die Führung in Ankara hat es allein in der Hand, den NATO-Einsatz zu beenden, indem sie der kurdischen Bevölkerung die Hand des Friedens reicht.●

Berlin/Bonn, den 24. März 1999

Der Abdruck dieser Erklärung erfolgt mit freundlicher Genehmigung der BILD-Zeitung. Wir danken für die Vermittlung des ehemaligen verantwortlichen Redakteurs des Blattes Bela Anda, jetzt stellvertretender Sprecher der Regierung Schröder/Fischer.

1) Bundeskanzler Gerhard Schröder weist hier vollkommen zurecht auf die katastrophalen Auswirkungen des Krieges gegen die kurdische Bevölkerung hin, der in den letzten 15 Jahren über 30.000 Menschenleben gefordert hat. Daher wird die Regierung auf die Lage im Kosovo (bisher 1.000-2.000 Tote) nur mit einiger Verzögerung reagieren können.

2) Hier erweist sich ein weiteres Mal, welche Vorteile es für unser Land hat, jetzt wieder einen wirklich gebildeten Mann zum Bundeskanzler zu haben. Der vorstehende Satz zum Beispiel ist fast unverändert dem bekannten Roman George Orwells Neunzehnhundertvierundachtzig entnommen: »Krieg ist Frieden, Unwissenheit ist Stärke .....«

3) Eine umfangreiche, über viele Wochen erfolgte Aufklärung auf täglicher Basis in Presse, Funk und Fernsehen über die Greueltaten der türkischen Armee in Kurdistan und die grausame Unterdrückung der türkischen wie kurdischen demokratischen Opposition in der Türkei hat inzwischen in der deutschen Bevölkerung breites Mitgefühl angesichts der unerträglichen Lage der Kurden geweckt, nachdem die militanten Demonstrationen von Kurden nach der Entführung des Kurdenführers Öcalan zunächst auf Unmut und Unverständnis gestoßen waren.

DIE DEUTSCHE REGIERUNG UND DER KRIEG GEGEN SERBIEN

Rot-grüner Militarismus

Die Leichtfertigkeit, mit der die Bundesregierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen dem Angriffskrieg der NATO gegen Serbien zustimmte, hat viele überrascht und empört. Ausgerechnet eine rot-grüne Regierung schickt zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs deutsche Soldaten in einen Kriegseinsatz.

Von Ulrich Rippert (31.3.99) ● Wie oft hatten Funktionäre beider Regierungsparteien den Standpunkt wiederholt, der parteiübergreifend die letzten fünfzig Jahre Bundesrepublik prägte: »Nie wieder Krieg!«? Wie oft hatten sie ihre Mitglieder zur Teilnahme an Friedensdemonstrationen aufgerufen und die Tradition des deutschen Militarismus gebrandmarkt?

Und jetzt?

Als die Luftwaffe gemeinsam mit den NATO-Bombern zur ersten Angriffswelle über dem Balkan aufstieg, erklärte SPD-Kanzler Schröder in einer Fernsehansprache: »Wir hatten keine andere Wahl!« Erstens stimmt das nicht. Niemand zwang diese Regierung dazu, sich an einer brutalen Militäraggression gegen ein kleines Land mit weniger als zehn Millionen Einwohnern zu beteiligen. Zweitens ist es eine politische Bankrotterklärung. Was ist von einer Regierung zu halten, die erst Sachzwänge schafft, um dann zu behaupten, diese Sachzwänge ließen ihr keine Wahl. Offenbar ist diese Regierung zu nichts und deshalb zu allem fähig. Ihr Opportunismus und ihre Prinzipienlosigkeit sind schier grenzenlos.

In derselben Fernsehbotschaft verkündete Schröder, der Kriegsbeschluß des Bundestages sei »in Übereinstimmung mit dem Willen der großen Mehrheit des Deutschen Volkes« erfolgt. Auch das ist falsch! Die große Mehrheit der Bevölkerung wurde zu diesem Krieg nicht gefragt. Hätte Schröder vor der Wahl – vor nur einem halben Jahr – auch nur andeutungsweise davon gesprochen, daß seine Regierung bereit sei, sich an einem Angriffskrieg zu beteiligen und sich dabei über Völkerrecht und Grundgesetz hinwegzusetzen gedenke, hätte das Ergebnis der Wahl anders ausgesehen.

»Die Bundesregierung hat sich ihre Entscheidung nicht leicht gemacht...« sagte Schröder. In Wirklichkeit hat sie nicht in einer einzigen Frage die Konsequenzen ihres Handelns bedacht und handelt völlig verantwortungslos. Schon in der ersten Bombennacht wurde die hauptsächliche Begründung für diesen Krieg widerlegt. Die Bombenangriffe verhindern nicht die humanitäre Katastrophe, sondern verschlimmern sie in gewaltigem Ausmaß.

Am deutlichsten wird der ungeheuerliche Zynismus dieser Regierung anhand der Grünen. Das Tempo, mit dem sie, kaum in die Regierungsverantwortung gewählt, genau das Gegenteil von dem tun, was sie früher vertreten und versprochen haben, schlägt alle Rekorde. Alle früheren Beteuerungen und Parteitagsbeschlüsse wurden in wenigen Monaten über den Haufen geworfen. Und das von einer Partei, die zur Zeit ihrer Entstehung vor knapp zwanzig Jahren anderen Parteien fehlende Glaubwürdigkeit vorwarf. Wie Hohn klingt dieses Wort »Glaubwürdigkeit« heute in Bezug auf die Grünen.

»Die große Mehrheit derer, die bei den Grünen in außen- und sicherheitspolitischen Fragen Verantwortung zu tragen hat... hat bis zu einem gewissen Grade ihren Frieden mit dem Krieg gemacht,« stellt die konservative Frankfurter Allgemeine Zeitung am zweiten Tag der Luftangriffe befriedigt fest. Weiter schreibt sie: »Wenn Joseph Fischer als Außenminister und Vizekanzler eines der großen NATO-Staaten den jetzigen Einsatz mitträgt, dann braucht er keine Angst zu haben, daß ein relevanter Teil seiner Bundestagsfraktion ihm in den Rücken fällt.« Bei den Grünen müsse »programmatische Position und praktische Politik unterschieden werden. Denn wenn der Außenminister Fischer den Angriff der Bundesrepublik Jugoslawien durch deutsche Kampfflugzeuge mitträgt, befindet er sich in krassem Widerspruch zum Programm seiner Partei«. (FAZ, 26. März 1999)

In der Tat!

Selbst in ihrem derzeit gültigen, vor weniger als zwölf Monaten verabschiedeten »Magdeburger Programm« heißt es wörtlich: »Bündnis 90/ Die Grünen tragen militärische Friedenserzwingung und Kampfeinsätze nicht mit.« Noch vor wenigen Wochen, am 7. März diesen Jahres – d.h. nach Rambouillet – faßte die 13. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz in Erfurt einen Beschluß, in dem es heißt: »Bündnis 90/Die Grünen wenden sich grundsätzlich gegen eine Nato-Selbstmandatierung für Militäreinsätze, damit das Gewaltmonopol der UNO nicht außer Kraft gesetzt wird.« In Zukunft – soweit es für die Grünen eine gibt – sollten die Delegierten das Verfallsdatum derartiger Grundsatzentscheidungen gleich mitbeschließen.

Als der Bundestag nur wenige Stunden nach dem Angriff auf Serbien darüber debattierte, stellte sich die Fraktion der Grünen mit einer Ausnahme geschlossen hinter die Regierung. Christian Ströbele, der als einziger grüner Abgeordneter die Dinge beim Namen nannte und der Regierung in einem erregten Beitrag vorwarf, sie führe einen Angriffskrieg, stieß in der eigenen Fraktion auf Unverständnis und scharfe Ablehnung.

Die verteidigungspolitische Sprecherin der Grünen, Angelika Beer, die sich dem »gemäßigt linken« Spektrum der Partei zuordnet, wiederholte die Argumente des Kanzlers und des grünen Außenministers und behauptete: »Wir hatten keine andere Möglichkeit!« Sie habe vor dieser Entscheidung heftig mit sich selbst gerungen, sagte sie, als heische sie Respekt dafür, daß der wahre Opportunist sich den Bruch mit seinen Prinzipien nicht leicht mache.

Das ist das Ende der Grünen! Die Nato-Bomben haben zielgenau in der Parteizentrale eingeschlagen und dort mehr Schaden angerichtet als irgendwo sonst. Wozu braucht man eine Partei, die aus der Friedensbewegung hervorgegangen ist und in der ersten großen Belastungsprobe erklärt: »Zum Krieg gibt es keine Alternative!«. Viele Briefe und E-Mails an die grünen Bundes- und Landesgeschäftsstellen, in denen Mitglieder und Sympathisanten ihre Empörung und Abscheu gegenüber der grünen Kriegspolitik bezeugen, beginnen mit den Worten: »Nie wieder grün!«, berichtet die Frankfurter Rundschau in ihrer Ausgabe am 30.3.99.

Mit jeder Nato-Angriffswelle wächst die grüne Austrittswelle. Seit Tagen verbringe sie ihre Zeit damit, deprimierte Mitglieder zum Bleiben »zu bequatschen«, berichtet Anja Kofbinger vom Berliner Landesvorstand der Grünen und der Landesverband NRW hat die Bundeszentrale dringend aufgerufen, eine »Hotline für verunsicherte Mitglieder und Wähler« einzurichten. Doch was soll das nützen, wenn man nichts mehr zu sagen hat, außer die Propaganda des Kriegsministeriums zu wiederholen?

Der rapide politische Verfall der Grünen ist ein abscheuliches und abstoßendes Schauspiel, aber auch eine wichtig politische Erfahrung. Seit den großen Antikriegsdemonstrationen und Friedensmärschen, an denen sich in den späten siebziger und Anfang der achtziger Jahre nicht selten Hunderttausende beteiligten, haben sich die gesellschaftlichen Verhältnisse grundlegend verändert. In vielen Ländern kündigten die Unternehmer die Sozialpartnerschaft auf und die Arbeiterklasse mußte empfindliche Rückschläge hinnehmen. Die sozialdemokratischen Parteien beteiligten sich am Sozialabbau und die Gewerkschaften stimmten Lohnsenkungen zu. Einen Höhepunkt erreichte diese Entwicklung vor zehn Jahren, als die stalinistischen Regime den Weg der kapitalistischen Restauration einschlugen.

Die Grünen zogen aus dieser Entwicklung die Schlußfolgerung, daß jeder Widerstand gegen das kapitalistische System zum Scheitern verurteilt sei und begannen ihre Standpunkte mehr und mehr den Interessen der Marktwirtschaft anzupassen und unterzuordnen. So lange sie auf Bundesebene in der Opposition waren, konnten sie diese Entwicklung hinter einigen radikalen Phrasen verbergen. Doch seit sie Regierungspartei ist, wird der fortgeschrittene Fäulnisprozeß dieser Organisation von Tag zu Tag deutlicher.

Der Krieg beschleunigt alle politischen Entwicklungen, und so verschärft sich auch der Gegensatz zwischen der schnellen Rechtsentwicklung der Parteien und des ganzen politischen Establishments auf der einen Seite und dem wachsenden Unmut großer Teile der Bevölkerung auf der anderen. Als am ersten Kriegstag Kamerateams auf der Straße Interviews machten, als handle es sich um ein Fußballmatch, waren selbst einige Reporter über die Reaktionen überrascht. Alte Frauen und Männer sprachen über die Schrecken des Zweiten Weltkriegs, den Verlust ihrer Angehörigen und ihr Leben als Witwen und Waisen, als sei es gestern gewesen. Auch Jugendliche äußerten sich betroffen und tief besorgt.

Viele hätten noch bis vor kurzem einen solchen Kriegseinsatz der Bundeswehr nicht für möglich gehalten. Nach den bitteren Erfahrungen zweier Weltkriege gibt es in der Bevölkerung starke Vorbehalte gegen jede Form von Militarismus. Schon die Entstehung der Bundeswehr in den fünfziger Jahren wurde von Massendemonstrationen und Protesten begleitet und der Widerstand gegen die Stationierung nuklear bestückter Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden, vor knapp zwanzig Jahren, ist noch gut in Erinnerung.

Um so größer ist die Verwunderung und Empörung über die Gleichgültigkeit und Oberflächlichkeit, mit der sich die rot-grüne Regierung über alle ernstzunehmenden Fragen hinweg setzte und in diesen Krieg regelrecht hineinschlitterte. Hier zeigt sich noch ein weiteres Phänomen der neuen Regierung. Mit Schröder, Fischer, Scharping und Co. hat eine Politikergeneration die Macht übernommen, die offenbar keinerlei politische Strategie, oft nicht mal mehr politische Überzeugungen verfolgt. Sie handelt nach den unmittelbaren Gegebenheiten des Augenblicks und ihre Planung reicht bestenfalls bis zur nächsten Pressekonferenz bzw. Talkshow.

Mit seiner Behauptung, nicht auf den Inhalt der Politik, sondern auf ihre Darstellung in den Medien komme es an, hat Schröder diese Art politischer Improvisation und Dilettantismus zum Programm erhoben. Derartiges Fehlen jeglicher politischer Gestaltungskraft ist auch in anderen Ländern zu beobachten. Die jüngste Entwicklung zeigt, welch gefährliche Konsequenzen das hat.●

Kundgebung am 3.4.99 vor der Geschäftsstelle der Heidelberger Bündnisgrünen — Foto: Dieter Poschen

DOKUMENTATION: EINER VON VIELEN PARTEIAUSTRITTEN

Von der pazifistischen Partei zur Kriegstreiberpartei

Claudia Haydt ist eine (sehr aktive) Beirätin der »Informationsstelle Militarisierung« (IMI) e.V.. Von ihr stammte z.B. die erste Erklärung von IMI zum Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien. Claudia Haydt ist am Wochenende (29.3.) aus ihrer (bisherigen) Partei »Bündnis 90 / Die Grünen« ausgetreten. Sie hat dazu eine Begründung geschrieben, die wir im folgenden dokumentieren.

Hiermit teile ich meinen Austritt aus der Partei Bündnis90/Die Grünen mit.

Ein weiteres Verbleiben in dieser Partei ist für mich weder vertret- noch verantwortbar, denn

1. Bündnis90/Die Grünen hat sich nun vollständig von einer pazifistischen Partei zu einer Kriegstreiberpartei entwickelt,
2. durch ehemals pazifistische Identifikationsfiguren wurde die Kriegsrhetorik hoffähig gemacht, und
3. durch die Befürwortung dieses verfassungswidrigen Krieges wird ein weiterer Beitrag dazu geleistet, daß Völkerrecht durch Faustrecht ersetzt wird.

Es ist fahrlässig, die komplexe Krise im Kosovo auf die Entscheidung zwischen »tatenlos zusehen« oder »Kriegführen« zu reduzieren. Nun wird von Menschen, die es eigentlich besser wissen, gebetsmühlenhaft betont, man habe ja nicht länger zusehen können und müsse jetzt mit Bomben Frieden bringen. Durch Bomben läßt sich kein Frieden schaffen! Das Gegenteil ist der Fall, Gewalt gebiert Gegengewalt. Warum jetzt hunderte von Menschen durch NATO-Bomben sterben müssen, um das Morden im Kosovo »endgültig« zu beenden, leuchtet schon ohne pazifistische Grundhaltung nicht ein. Gleichzeitig sorgen die Bomben für eine Destabilisierung der gesamten Region und die Auswirkung auf die Ost-West-Beziehungen insgesamt sind alles andere als der direkte Weg zum Weltfrieden.

Die Grünen sind in die argumentative Falle getreten, vor der sie selbst immer gewarnt haben. Noch 1994 warnte selbst Joschka Fischer davor, daß »humanitäre« Begründungen, zum Türöffner für die weltweite Interventionsfähigkeit der Bundeswehr werden könnten (1).

Grüne Politiker/innen haben dafür gesorgt, daß Alternativen zum Krieg gar nicht mehr ernsthaft erwogen werden konnten. Es wäre Ihre Aufgabe gewesen, darauf hinzuweisen, daß bisher für friedliche und wirklich humanitäre Alternativen nur ein Bruchteil der Ressourcen zur Verfügung standen, die jetzt für den Krieg zur Verfügung stehen. Statt dessen haben grüne Politiker/innen die Existenz von Alternativen geleugnet. So haben sie alternative Lösungen erst totgeredet und nun sorgen sie mit dafür, daß die schwachen Ansätze von Ausgleich, Kompromiß und Hoffnung auf politische Lösungen vollends totgebombt werden.

Grüne Identifikationsfiguren haben durch ihr noch vorhandenes moralisches Gewicht dazu beigetragen, daß Krieg zur »humanitären Aktion« erklärt werden konnte. Sie waren neben den Medien ein ganz zentraler Faktor für die breite Akzeptanz des NATO-Krieges. Da »nicht einmal mehr die Grünen« gegen den Einsatz waren, entstand in der deutschen Öffentlichkeit der Eindruck, daß der Krieg unausweichlich und gerechtfertigt sei.

Die Gewinner dieses Krieges sind die Hardliner und Kriegstreiber auf allen Seiten, sowie die Kriegswaffenindustrie. Verlierer sind die kritischen demokratischen Kräfte in allen Lagern, besonders in Serbien, im Kosovo, in Rußland. Schaden nimmt auch die UNO und das Völkerrecht, das nun nach der Bombardierung des Irak zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit ausgehebelt wurde und das so immer mehr zur Bedeutungslosigkeit verdammt ist.

Unsensibel und ohne historisches Bewußtsein führt deutsches Militär nun seinen ersten Kriegseinsatz nach dem 2. Weltkrieg ausgerechnet gegen Serbien. In diesem Land haben deutsche Truppen schon während des Dritten Reiches mit äußerster Brutalität gewütet. Die Erinnerung daran ist in der serbischen Bevölkerung noch heute lebendig. Und wieder fallen deutsche Bomben auf Belgrad! Es ist mehr als beschämend, an welche Tradition Deutschland hier anknüpft.

Eine Partei, die mit Orwellschem Vokabular arbeitet, die Völkerrecht bricht und die mithilft, deutsches Militär wieder in allen Regionen der Welt einsetzbar zu machen, eine solche Partei kann nicht mehr meine Partei sein.

Mit etwas wehmütigen und dennoch friedlichen Grüßen
Claudia Haydt, Stadträtin und Fraktionsvorsitzende der Alternativen und Grünen Liste Tübingen●

(1)»Für die Zukunft sehe ich die erhebliche Gefahr, daß die Bundesregierung, Koalition und Generalität nach den Gesetzen der Salamitaktik Anlässe suchen und Anlässe schaffen werden, um die Barrieren abzuräumen, die es gegenüber der Außenpolitik des vereinigten Deutschlands noch gibt. Als Vehikel dienen dabei die Menschenrechts- und Humanitätsfragen.« (30.12.1994, Die Woche)

BELGRAD, 30. MÄRZ 1999:

Das Kind mit dem Bad weggebombt

Der NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien geht Tag um Tag weiter. Das, was nach Angaben der NATO das Ziel der Luftangriffe sei, eine »humanitäre Katastrophe zu verhindern« wird Tag für Tag schlimmer. Eine Frau der Oppositions- und Antikriegsgruppe »Frauen in Schwarz« hat das (in einer e-mail) auf den Nenner gebracht: »Am Himmel die NATO, am Boden Milosevic«. Die jahrelang vom Westen im Stich gelassene jugoslawische Opposition fordert dringend ein Ende der NATO-Bombardements. Im folgenden dokumentieren wir dazu einen übersetzten Artikel des (ehemaligen) Chefredakteurs des unabhängigen Radiosenders »B92« aus Belgrad.

Veran Matic, Belgrad ● Die Nato-Luftangriffe gegen Jugoslawien wurden angeordnet, um die Kriegsmaschinerie von Milosevic zu stoppen. Das weitergehende Ziel lag darin, die Bevölkerung im Kosovo und diejenigen in Serbien zu schützen, die ebenfalls Opfer des Milosevic-Regimes sind.

Die Realität der Bombardierung sieht anders aus: Das Leben von 10,5 Millionen Menschen wird aufs Spiel gesetzt und eine Angriffswelle in Kosovo und in Serbien ausgelöst, mit der die demokratischen Kräfte in die Flucht geschlagen werden. Der Bombenteppich hat die Arbeit der reformorientierten Kräfte in Montenegro und in den serbischen Gebieten von Bosnien-Herzegowina sowie ihre Anstrengungen für den Frieden unterminiert. Wenn das Ziel der Angriffe die Verhinderung einer humanitären Katastrophe im Kosovo war, dann demonstriert die Bombardierung Jugoslawiens die politische Machtlosigkeit des US-amerikanischen Präsidenten Bill Clinton und der westlichen Alliierten. Der Schutz einer Bevölkerung gegen Bedrohungen ist eine ehrenwerte Aufgabe, aber sie erfordert eine klare Strategie und eine kohärente Zielsetzung. So wie sich die Situation am Boden und in der Luft Tag für Tag entwickelt, wird immer offensichtlicher, daß es keine solche Strategie gibt.

Stattdessen erfüllt die Nato ihre selbstgesetzten Erwartungen und Untergangsprophezeiungen: Mit jeder Bombe, die einschlägt, vergrößert sich die humanitäre Katastrophe, die die Nato eigentlich verhindern sollte. Es ist nicht einfach, diese Kriegsmaschinerie zu stoppen, wenn sie einmal mit voller Wucht in Gang gesetzt wurde. Aber ich rufe die Mitglieder der Nato dringend auf, einen Moment einzuhalten und über die Folgen ihres Handelns nachzudenken. Politische Kommentatoren und Analytiker fragen schon, ob es bei diesen Luftangriffen wirklich um die Rettung der Bevölkerung im Kosovo gehe. Wie weit sind die Nato-Staaten bereit zu gehen? Was kommt als nächstes, nach den bisher angegriffenen »militärischen Zielen«? Was soll geschehen, wenn der Krieg über die Grenzen greift? Diese beängstigenden Fragen müssen beantwortet werden, aber ich befürchte, daß kaum jemand mit der historischen Last leben will, darauf eine Antwort zu geben.

Die gleichen Fragen haben mich beschäftigt, als ich am ersten Tag der Nato-Angriffe auf mein Land in Belgrad im Gefängnis saß. Ich verbrachte die Stunden in der Zelle mit jemandem, der wegen Mordverdachtes einsaß, und wunderte mich, was die Ziele des Westens für den »Morgen danach« sein könnten. Das Bild einer Nato, die den Finger vom Abzug nimmt, ging mir ständig durch den Kopf. Bis heute sehe ich nirgends Hinweise darauf, daß es einen klaren Plan dafür gibt, was nach dem westlichen Militärentscheid kommen soll.

Meine Freunde im Westen fragen mich immer wieder, weshalb es nicht zu einer Rebellion in Serbien komme. Wo sind all die Leute, die 1996 während dreier Monate Tag für Tag auf die Straßen geströmt sind, um Demokratie und Menschenrechte einzufordern? Zoran Zivkovic, der oppositionelle Bürgermeister von Nis, hat darauf letzte Woche geantwortet: »Vor zwanzig Minuten wurde meine Stadt bombardiert. Hier leben die gleichen Leute, die 1996 für Demokratie gestimmt haben, und die gleichen Leute, die hundert Tage lang protestiert haben, als die Behörden ihnen den Wahlerfolg mit Wahlfälschungen zu stehlen versuchten. Sie stimmten und wählten für die Demokratie, die wir aus Europa und den USA kennen. Heute wurde meine Stadt bombardiert von den demokratischen Staaten USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Kanada! Soll das wirklich Sinn machen?«

Die meisten dieser Menschen fühlen sich verraten von den Ländern, die für sie Vorbilder waren. Gerade gestern landete eine Rakete im Hof unseres Korrespondenten in Sombor. Glücklicherweise explodierte sie nicht, aber andere Raketen sind in den Höfen vieler anderer Menschen in die Luft gegangen. Diese Leute werden nun gezwungen, die Waffen zu ergreifen und sich ihren Söhnen anzuschließen, die bereits in der Armee dienen. Mit dem Bombenregen um sie herum kann sie niemand davon überzeugen, daß dieser Angriff ihrer Regierung gilt und nicht ihrem Land.

Es mag zynisch erscheinen, daß ich diese Zeilen in der Sicherheit meines Büros in Belgrad schreibe – sicher jedenfalls im Vergleich zu Pristina, Djakovica, Podujevo und anderen Orten in Kosovo. Aber ich komme auch hier nicht darum herum zu fragen: Wie können F-16 verhindern, daß sich Menschen gegenseitig auf der Straße umbringen? Nur wenige Tage, bevor der Angriff begann, unterbreitete Nato-Generalsekretär Javier Solana den Vorschlag, eine »Partnership for Democracy« in Serbien und anderen Ländern des ehemaligen Jugoslawiens einzurichten, mit dem Ziel, die Stabilität in der ganzen Region zu fördern. In einer schnellen Kehrtwendung um 180 Grad gab er dann den Befehl zum Angriff.

Mir scheint, daß sich der Westen mit diesen Angriffen von den Menschen, Albaniern, Serben und anderen, die in der Region leben, verabschiedet hat. Die Sünden der Regierung, die Fehler der Politiker und die Verantwortung für die aktuelle Entwicklung werden der Bevölkerung aufgebürdet. Ist das gerecht? Es gibt eine Menge anderer Faktoren, die die Politik einer Regierung bestimmen, als der bloße Wille der Wähler am Wahltag. Wenn ein stabiles und demokratisches System aufgebaut werden soll, und wenn der Aufstieg von Demagogen, Populisten und anderen Betrügern vermieden werden soll, dann muß die Öffentlichkeit zuallererst aufgeklärt werden.

Mit anderen Worten: Es braucht unabhängige Medien. Die Bomben der Nato haben die keimenden Samen der Demokratie aus dem Boden von Kosovo, Serbien und Montenegro herausgesprengt und sichergestellt, daß sie für lange Zeit nicht mehr sprießen werden. Die prodemokratischen Kräfte in der Republik Srpska, dem bosnisch-serbischen Gebiet, sind aufs Spiel gesetzt worden und mit ihnen das Akommen von Dayton. Die Intervention der Nato hat auch dem lokalen Krieg gegen den prodemokratischen Präsidenten von Montenegro, Milo Djukonavic, grünes Licht gegeben.

Die unabhängigen Medien in Serbien haben während Jahren Nationalismus, Haß und Krieg bekämpft. Als Vertreter dieser Medien, und als Mensch, der mehr als einmal die Konsequenzen seiner politischen Überzeugungen zu tragen hatte, rufe ich US-Präsident Bill Clinton auf, die Angriffe der Nato gegen mein Land zu beenden. Ich rufe ihn auf, Verhandlungen zu beginnen, die auf eine Absicherung des Rechts auf ein friedvolles Leben und auf Demokratie für alle Menschen in Jugoslawien, unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft, abzielen.

Als Vertreter der unabhängigen Medien kenne ich das Bedürfnis nach Information der Menschen auf allen Seiten des Konflikts nur all zu gut. Die Menschen hier müssen über die internationale Debatte und über das Geschehen im Land informiert sein. Die internationale Öffentlichkeit muß die Wahrheit über das, was hier geschieht, erfahren. Aber anstelle eines ungehinderten Flusses akkurater Informationen hören wir alle nur Kriegspropaganda einschließlich westlicher Rhetorik. Die Wahrheit ist immer das erste Opfer in Kriegszeiten. Hier und jetzt werden daher auch Journalisten ermordet.●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Radiosender B92 geschlossen

Heute (02.04.99) wurde nun der Radiosender B92 endgültig geschlossen. Die Morgensendung wurde abrupt unterbrochen, nachdem Polizisten und Justizvertreter in das Studio eingedrungen waren. Sie übergaben eine gerichtliche Verfügung, wonach der Direktor Sasa Mirkovic durch Aleksander Nikacevic ersetzt wird. Nikacevic gilt als Gefolgsmann der Regierung. Der terristische Sender B92 war am Tage der NATO-Luftangriffe abgestellt worden, war aber weiterhin über Satellit und im Internet zu empfangen. Die letzte Mitteilung im Internet ist bisher die über die eigene Schließung.

ZUR PERSON

Veran Matic war Chefredakteur des seit dem 24. März 1999 verbotenen Belgrader Radiosenders B92, und ein führender Friedensaktivist. Er hat eine Vielzahl internationaler Medien- und Demokratiepreise zugesprochen erhalten, als letztes den »Free Your Mind«-Preis von MTV Europe. Am World Economic Forum (WEF) in Davos wurde er dieses Frühjahr zu einem von Hundert Global Leader for Tomorrow ernannt.

Radio B92 führt seine Arbeit fort, so weit dies die Umstände des Krieges erlauben. Weiterhin strahlt es aktuelle Nachrichten über Internet aus auf http://www.b92.net, über Satellit und über eine große Zahl von Radiostationen rund um die Welt; Radiostationen, die die Programme von B92 aus Solidarität unterstützen. Weitere aktuelle Informationen unabhängiger Medienquellen aus dem ehemaligen Jugoslawien und Hintergrundartikel zum Konflikt und zu unabhängigem Medienschaffen sind zu finden über die Homepage der Medienhilfe Ex-Jugoslawien: http://www.medienhilfe.ch

BOTSCHAFT AN DIE TRUPPEN DER NATO

Wohin gehst Du mit der Waffe in Deiner Hand?

Veteranen des Vietnam-Krieges rufen auf:

Ihr wurdet aufgefordert, den souveränen Staat Jugoslawien anzugreifen.

Für die amerikanischen Truppen ist es bereits der vierte Angriff gegen ein unabhängiges Land in den letzten 9 Monaten. »Surgical Strikes« (»Operative Schläge«) wurden in Afghanistan, Sudan, Irak, und jetzt Jugoslawien durch den sogenannten »Friedens-Kandidaten« Präsident Clinton, angeordnet. Er führt jetzt die Statistik mit den meisten Militäraktionen vor allen anderen Oberbefehlshabern seit Richard Nixon – dem »Friede mit Ehre« Kandidaten von 1972.

NATO Truppen, die eigentlich Europa verteidigen sollen, gehen jetzt in die Offensive. Ihr greift ein anderes europäisches Land an; entfesselt den ersten Krieg auf dem Kontinent seit dem zweiten Weltkrieg, der Blitzkrieg wieder einmal unter den Doktrin »First Strike – First Kill«.

Deutsche Truppen ziehen zum ersten Mal seit 1945, als die NAZI-Truppen zerschlagen wurden, wieder in den Kampf. Ihr werdet dazu aufgerufen, genau das Volk anzugreifen, welches sich vor sechzig Jahren gegen Hitlers Waffen-SS und Wehrmacht wehren mußte.

Eure Offiziere, Eure Oberbefehlshaber, Eure Politiker, Eure »freie Presse« und vielleicht sogar Eure Freunde und Familienangehörige erzählen Euch, daß Eure Mission im Namen der Menschlichkeit stattfindet. Euch wird befohlen, Leben zu nehmen, um Leben zu retten. Ein General in Vietnam sagte einmal: »Wir müssen das Dorf zerstören, um es zu retten«.

Was ist so human an massiven Luftangriffen, wenn Cruise Missiles, A-6's, B-2's, B-52's, Tornados, F-16's, F-15's, und 2.000 Pfund Bomben, auf ein Land regnen, welches nicht größer als der Staat Tennessee/USA ist? Eure Führer sagen euch, es werden »Colateral Damage« stattfinden, ein netter militärischer Ausdruck für die Verluste von Männern, Frauen und Kindern in der Zivilbevölkerung. Sie sagen, daß auch einige von Euch ihr Leben verlieren werden. Für was?

Für die Menschen des Kosovo? Nein! Lest zwischen den Zeilen, und ihr werdet feststellen, daß die Kosovaner als Schachfiguren in einem großen machtvollen politischen Schachspiel herhalten müssen – wie die Slowenen, Bosnier und Kroaten vor ein paar Jahren. Es besteht keine Absicht, eine unabhängige »Republik Kosovo« zu etablieren. Der Plan ist vielmehr, die Weiterführung der serbischen Dominanz in der Region mit ausländischer Überwachung der Albanischen Rechte.

Wenn die NATO so sehr um die Menschenrechte besorgt ist, warum hat sie denn bis jetzt noch nicht gegen die ethnischen Säuberungen gegen die Kurden in der Türkei in den letzten 15 Jahren eingegriffen? Was ist mit den »ethnischen Säuberungen« der eingeborenen Indianer in der amerikanischen Geschichte? Was ist mit der gegenwärtigen »ethnischen Säuberung« der schwarzen Bevölkerung, die in großer Zahl durch amerikanische Behörden im heutigen Amerika ermordet oder ins Gefängnis geworfen wird?

Deutschland fing mit der Aufteilung Jugoslawiens 1989 an, sehr zur Verachtung von England, Frankreich und der USA, die einen starken serbischen Staat für ihre »Neue Weltordnung« benötigten. Heute sind die USA am Drücker, sie vereinigen ihre Alliierten um ein Programm, welches Serbien als stärkstes Land des Balkan vorsieht, um dort am Besten ihre eigenen Interessen wahrnehmen zu können. Ihr Hauptinteresse in dieser Region besteht darin, eine Ausbreitung von Instabilität zu verhindern – besonders um die sich zuspitzenden Spannungen zwischen Griechenland und der Türkei, zweier NATO-Verbündeter in der Region zu verhindern. Die USA und ihre Verbündeten betätigen sich als »Globale Polizei«, um die Kontrolle für ihre allgemeinen Interessen zu stärken – damit es ihnen möglich ist, die Menschen und Länder dieser Welt für den »Allseeligmachenden Gott $$Profit$$« zu plündern und auszubeuten. Der Einsatz ist hoch! Sie riskieren sogar eine nukleare Konfrontation mit Rußland – 3.Weltkrieg – in ihrem Machtkampf zur Kontrolle des Balkan.

Schenkt dem ganzen Gerede keinen Glauben! Wir, Veteranen zurückliegender Kriege sowie Reservisten und Soldaten heutiger Kriege rufen die Truppen aller NATO-Staaten auf, nicht an diesem Programm teilzunehmen. Zu töten, sterben oder dem Sterben Deiner Freunde für »ihr Land« zuzusehen, hat nichts mit »Ehre« zu tun, aber viel mit Profit. »Eure Länder« gehören und werden von einer Handvoll Parasiten kontrolliert, die vom Blut, Schweiß und den Tränen von Millionen dieser Welt leben. Unsere militärische Erfahrung lehrt uns, daß Soldaten nichts anderes als Kanonenfutter im Machtspiel um die Weltherrschaft sind.

Widersetzt Euch! Wir haben gelernt, daß man sich auch innerhalb des Militärs widersetzen kann. Soldaten müssen eine aktive Rolle bei der Beendigung des Krieges spielen. Schließt Euch uns und anderen Anti-Kriegs-Bewegungen in Eurer Umgebung an, um gegen diesen Krieg zu demonstrieren.●

- **Beendet den Krieg in Europa!**
- **Widersetzt Euch der Unterstützung dieser Neuen Welle Von Aggression!**
- **Sagt Einfach Nein!**
- **Die Menschen des Balkan sind nicht unsere Feinde – sie sind unsere Brüder und Schwestern!**
- **Unterstützt Widerstand innerhalb des Militärs!**

25. März 1999

Unterzeichnet von:
Darnell S. Summers, Vietnam-Veteran, U.S. Army, 1966-70
David Blalock, Vietnam-Veteran, U.S. Army, 1967-71
Peter Gunn, Herausgeber von »FighT bAck – Die revolutionäre Stimme der GI's in Europa«

Kontaktadresse:
STOP THE WAR BRIGADE, Gaustr. 36, 67547 Worms
Email: stopthewarbgde@hotmail.com
Tel: (01 77) 481 61 28, FAX an: STWB (0 62 21) 16 44 89
Website:
Vietnam Veterans Against the War/AI:
http://www.oz.net/~vvawai

WIRTSCHAFTLICHE HINTERGRÜNDE UND STRATEGISCHE INTERESSEN

Wie Jugoslawien zerstört wurde

Nach allgemeiner westlicher Ansicht, die kaum in einem Medienbeitrag angezweifelt wird, haben »die Serben« den Krieg im ehemaligen Jugoslawien begonnen, bei der Zerstörung des Landes die entsprechenden Greueltaten quasi allein begangen und stellen bis heute den wesentlichsten Faktor für die Gefährdung des Friedens in dem jetzt geteilten Land dar. Wenn die Kommentatoren das Problem nicht ganz so einseitig beleuchten, so hantieren sie doch im wesentlichen mit ethnischen und moralischen Argumenten, als sei der Krieg im ehemaligen Jugoslawien ganz und gar eine Frage der unterschiedlichen Mentalitäten, und somit im Grunde auch ein Beweis für die Unmöglichkeit multiethnischer Gesellschaften. Der folgende Artikel, der von dem kanadischen Ökonom Michel Chossudovsky stammt, klärt über die wirtschaftlichen Hintergründe des Jugoslawienkriegs auf, und diskutiert auch das strategische Interesse des Westens, insbesondere der BRD und der USA, an der Zerstörung Jugoslawiens. Der Autor lehrt an der Universität von Ottawa.

von Michel Chossudovsky ● Während schwer bewaffnete NATO-Truppen den Frieden in Bosnien aufrechterhalten, porträtieren die Medien und die Politiker die westliche Intervention im ehemaligen Jugoslawien als eine passende und noble, wenn auch peinlich verspätete Antwort auf die ethnischen Massaker und Menschenrechtsverletzungen. Im Vollzug der des Daytoner Friedensabkommens vom November 1995 möchte sich der Westen gerne als der Retter der Südslawen darstellen und mit dem »Aufbau der neuerdings souveränen Staaten« weiterkommen.

Aber die öffentliche Meinung ist in die Irre geführt worden, indem sie diesem wohlgefälligen Muster folgte. Die Mehrheitsmeinung, wie sie vom ehemaligen US-Botschafter in Jugoslawien, Robert Zimmermann, exemplarisch vertreten wird, hält die Schwierigkeiten auf dem Balkan für ein Ergebnis des aggressiven Nationalismus, für das unausweichliche Resultat tief in der Geschichte verwurzelter ethnischer und religiöser Spannungen.(1) In ganz ähnlicher Weise ist viel über die »Machtspiele« auf dem Balkan und den Streit zwischen politischen Führern geredet worden: »Tudjman und Milosevic reißen Bosnien-Herzegowina auseinander«.(2)

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Aber die Flut der Bilder und die selbstgefälligen Analysen decken die sozialen und ökonomischen Gründe für den Konflikt zu. Von der schwerwiegenden Wirtschaftskrise, die dem Krieg vorherging, ist keine Rede mehr. Die strategischen Interessen der Bundesrepublik und der Vereinigten Staaten an der Destabilisierung Jugoslawiens werden nie erwähnt, ebenso wenig wie der Einfluß der ausländischen Kreditoren und der internationalen Finanzorganisationen. Nach Ansicht der Weltpresse trägt der Westen keine Schuld für die Ausplünderung und Zerstörung eines Landes mit 24 Millionen Einwohnern.

Und dennoch haben die Westmächte mit Hilfe ihrer Vormachtstellung in der globalen Finanzwirtschaft, in Verfolgung ihrer kollektiven und individuellen »strategischen Interessen«, vom Beginn der achtziger Jahre an mitgeholfen, die jugoslawische Wirtschaft zu vernichten und dabei schwelende ethnische und soziale Konflikte anzuheizen. Jetzt werden angeblich die Anstrengungen der internationalen Finanzclubs auf die »Unterstützung der kriegszerstörten Nachfolgestaaten Jugoslawiens« konzentriert. Aber während die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit sich auf Truppenbewegungen und Waffenstillstände richtet, sind die Kreditoren und internationalen Finanzorganisationen eifrig dabei, die Auslandsschulden des ehemaligen Jugoslawien beizutreiben, während sie den Balkan in ein Paradies für die freie Marktwirtschaft verwandeln.

Die seit Beginn der achtziger Jahre durchgesetzten Reformen, diktiert von ausländischen Kreditoren, chaotisierten Wirtschaft und Politik des Landes, führten zur Zerstörung des industriellen Sektors und bauten Stück für Stück das Sozialsystem des Landes ab. Trotz Belgrads politischer Neutralität und seiner ausgedehnten Handelsbeziehungen zu den USA und der EU, hatte die Reagan-Administration die jugoslawische Wirtschaft in einer Geheimdirektive von 1984 (National Security Decision Directive / NSDD 133) ins Visier genommen. Ihr Titel lautete schlicht: »Die Politik der USA in Bezug auf Jugoslawien«. Eine zensierte Version dieses Dokuments, die 1990 der Öffentlichkeit preisgegeben wurde, stimmte im wesentlichen mit einer früheren Direktive über Osteuropa von 1982 überein (NSDD 54). Sie forderte unter anderem fortgesetzte Anstrengungen zur Entfachung von »stillen Revolutionen«, mit dem Ziel der Überwindung kommunistischer Regierungen und Parteien, während die Länder Osteuropas wieder dem Wirkungskreis des Weltmarktes unterworfen werden sollten.(3)

Separatistische Tendenzen, die sich auf ethnische und soziale Unterschiede stützten, gewannen genau während einer Phase brutaler Verarmung unter der jugoslawischen Bevölkerung an Gewicht. Die erste Phase makroökonomischer Reformen, die kurz vor dem Tod Marschall Titos im Jahr 1980 initiiert wurde, »hatte politisch und ökonomisch gesehen desaströse Auswirkungen. Langsameres Wirtschaftswachstum, das Anwachsen der Auslandsschulden und insbesondere die Zinsbelastung, begleitet von einer Inflation, brachten den Lebensstandard des durchschnittlichen Jugoslawen zu einem erdrutschartigen Absinken. (...) Die Wirtschaftskrise bedrohte die politische Stabilität (...). Sie führte auch zu einer Verstärkung untergründiger ethnischer Spannungen.«(4) Diese Reformen, die von Umschuldungsverträgen mit den staatlichen und kommerziellen Kreditoren des Landes begleitet wurden, dienten gleichermaßen zu einer Schwächung des jugoslawischen Bundesstaats und führten zu politischen Spannungen zwischen der Hauptstadt Belgrad und den Regierungen der Teilrepubliken und der autonomen Provinzen. Der Premierminister Milka Planinc, der das Restrukturierungsprogramm ausführen sollte, mußte dem IWF (Internationaler Währungsfonds) sofort erhöhte Schuldentilgungsraten und andere Maßnahmen zur Erfüllung reagonomistischer Forderungen versprechen (...).(5) Kurz nach Einsetzen der makroökonomischen Reformen im Jahr 1980, fiel das Wirtschaftswachstum auf 2,8% in der Zeit von 1980-87. 1987-88 stand es bei 0%, und fiel im Zeitraum um 1990 auf -10,6%.

Die Wirtschaftsreformen erreichten ihren Höhepunkt unter der US-freundlichen Regierung von Ante Markovic. Im Herbst 1989, kurz vor dem Fall der Berliner Mauer, war der Premierminister nach Washington gereist, um den damaligen Präsidenten George Bush zu treffen. Ein »Finanzhilfeprogramm« war im Austausch für drastische Wirtschaftsreformen versprochen worden, die die Einführung einer neuen, abgewerteten Währung, ein Einfrieren der Löhne, eine drastische Kürzung der Staatsausgaben und die Abschaffung der selbstverwalteten vergesellschafteten Betriebe vorsah.(7) Die »Wirtschaftstherapie« (im Januar 1990 in Effekt gebracht) trug zur Lähmung des Bundestaats bei. Steuergelder, die als Ausgleichszahlungen an die Teilrepubliken und die autonomen Provinzen hätten gehen sollen, dienten zur Schuldentilgung bei den Pariser und Londoner Finanzclubs. Die Teilrepubliken wurden sich größtenteils selbst überlassen, wodurch sich der Prozeß der politischen Zersplitterung beschleunigte. Im Handstreich hatten die Reformer die Abschaffung der föderalen Finanzstruktur durchgesetzt und dadurch die bundestaatlichen Institutionen gelähmt. Die vom IWF induzierte Budgetkrise schuf in wirtschaftlicher Hinsicht vollendete Tatsachen, die den Weg für die formale Abspaltung Kroatiens und Sloweniens im Juni 1991 frei machten.

Die Übereinkunft mit dem IWF

Das Reformpaket wurde im Januar 1990 mit Hilfe eines IWF Moratoriums (Stand-By Arrangement / SBA) und eines Strukturanpassungskredits (Structural Adjustment Loan / SAL II) der Weltbank auf den Weg gebracht.

Die Budgeteinschnitte, mit denen die Verwendung von Steuergeldern für den Schuldendienst einherging, erforderten die Einstellung von Ausgleichszahlungen an die Regierungen der Teilrepubliken und der autonomen Provinzen. Dadurch wurden der Prozeß der politischen »Balkanisierung« und der Sezessionismus unterstützt. Die serbische Regierung wies Markovics Sparprogramm glatt zurück, was zu einem Spontanstreik von 650.000 Arbeitern gegen die Bundesregierung führte. Die Gewerkschaften waren sich in diesem Kampf einig: »Der Arbeiterwiderstand übersprang die ethnischen Barrieren, als Serben, Kroaten, Bosnier und Slowenen gemeinsam mit ihren Kollegen auf die Straße gingen.«(9)

Die industrielle Strukturreform von 1989

Die industrielle Strukturreform, die 1989 ebenfalls von Ante Markovic vorangetrieben wurde, war ein weiterer Meilenstein auf dem Weg des industriellen Sektors in den Bankrott. 1990 war das jährliche Wachstum des Bruttoinlandprodukts auf -7,5% gefallen. 1991 fiel es um weitere 15%, die industrielle Produktivität sank um 21%.(11) Die Strukturreform, die von Belgrads Kreditoren diktiert worden war, hatte die Abschaffung der vergesellschafteten Betriebe zum Ziel. Das Unternehmensgesetz von 1989 verlangte die Abschaffung der »Grundstrukturen gemeinschaftlicher Arbeit« (»Basic Organizations of Associated Labour« / BAOL), die eine Form vergesellschafteter Produktionsgemeinschaften unter der Leitung der Betriebsräte darstellten. Das Gesetz schrieb die Verwandlung dieser Strukturen in privatkapitalistische Unternehmen vor, wobei die Betriebsräte durch sogenannte »Sozialkomitees« unter der Kontrolle des Betriebseigners und seiner Kreditoren ersetzt werden sollten.(13) »Das Ziel war eine massive Privatisierung der jugoslawischen Wirtschaft und die Vernichtung des öffentlichen Sektors. Und wer sollte für die Durchsetzung dieser Maßnahmen sorgen? Die kommunistische Parteibürokratie! Namentlich ihr militärischer und geheimdienstlicher Teil wurde gründlich korrumpiert und gewährte daraufhin politische und ökonomische Unterstützung bei der Abschaffung der sozialen Rechte der jugoslawischen Arbeiterschaft ...«(14)

Runderneuerung der Gesetzgebung

Eine ganze Anzahl neuer Gesetze wurde unter dem Beistand westlicher Rechtsanwälte und Berater hastig verabschiedet. Ein neues Bankengesetz trat in Kraft, das die Liquidation der gemeineigenen Banken vorsah. Über die Hälfte aller jugoslawischen Banken wurden geschlossen, der Nachdruck lag eindeutig auf der Schaffung »unabhängiger, profitorientierter Institutionen«.(15) Schon 1990 war das dreigliedrige Bankensystem, das aus der Nationalbank Jugoslawiens, den acht Nationalbanken der Teilrepubliken und der autonomen Provinzen und den kommerziellen Banken bestand, unter der Ägide der Weltbank vernichtet.(16) 1990 handelte man einen sogenannten Sektor-Restrukturierungs-Kredit mit der Weltbank aus, der 1991 von der Belgrader Regierung angenommen wurde. (...)

Das Bankrott-Programm

Alle Industrieunternehmen waren sorgfältig kategorisiert worden. Unter den IWF / Weltbank-gesponserten Reformen waren die Kredite an den industriellen Sektor eingefroren worden, mit der klaren Perspektive, den Auflösungsprozeß zu beschleunigen. Das »Gesetz zur Regelung der Finanzwirtschaft« von 1989 hatte sogenannte »Abwicklungsmechanismen« geschaffen, die besagten, daß ein Unternehmen im Falle einer 45 Tage andauernden Zahlungsunfähigkeit innerhalb von 15 Tagen eine Einigung mit seinen Kreditoren erreichen mußte. Dies erlaubte den Kreditoren, ihre Kredite routinemäßig als Machtmittel über die zahlungsunfähigen Unternehmen zu mißbrauchen. Das Gesetz verbot Regierungsinterventionen. Wenn keine Übereinkunft erzielt werden konnte, wurde der Konkurs eingeleitet, ohne daß den Arbeitern Übergangsgelder bezahlt wurden. 1989 wurden so, offiziellen Quellen zufolge, 248 Unternehmen in den Bankrott geführt oder aufgelöst, 89.400 Arbeiter verloren ihren Arbeitsplatz.(19)

Während der ersten neun Monate von 1990, im unmittelbaren Anschluß an die Installierung der IWF-Programme, gingen weitere 889 Firmen mit einer Gesamtbelegschaft von 525.000 Arbeitern in Konkurs.(20) Mit anderen Worten, die gesetzlichen Regelungen führten innerhalb zweier Jahre für über 600.000 Arbeiter zur Arbeitslosigkeit, und das bei einer nur 2,7 Millionen starken industriellen Arbeiterschaft in ganz Jugoslawien. Die höchste Zahl von Bankrotten und neuen Arbeitslosen entfiel auf Serbien, Bosnien, Herzegowina, Makedonien und den Kosovo.(21)

Viele vergesellschaftete Betriebe versuchten den Bankrott zu vermeiden, indem sie keine Löhne zahlten. Eine halbe Million Arbeiter, also ungefähr 20% der Industriearbeiterschaft, erhielten während der ersten Monate von 1990 keinen Lohn, um die Forderungen der Kreditoren im Rahmen der »Übereinkünfte« zu erfüllen, wie sie das »Gesetz zur Regelung der Finanzwirtschaft« vorsah. Die Reallöhne befanden sich in freiem Fall, Sozialprogramme waren zusammengebrochen, die Konkurswelle in der Industrie hatte zu flächendeckender Arbeitslosigkeit geführt, und all dies verursachte bei der Bevölkerung eine Atmosphäre der Hoffnungslosigkeit und sozialen Verzweiflung. »Herr Markovic startete seine gelenkte Privatisierung. Die Oligarchien der Teilrepubliken, die alle von einer nationalen Erneuerung träumten, hatten die Wahl zwischen Krieg und einem echten jugoslawischen gemeinsamen Markt plus Hyperinflation. Sie wählten den Krieg. Dieser Krieg sollte die wahren Ursachen der wirtschaftlichen Katastrophe verbergen.«(22)

Das vom IWF unterstützte Reformpaket vom Januar 1990 trug zweifelsohne zu steigenden unternehmerischen Verlusten bei, während es viele der großen Unternehmen der Elektrotechnik, der Petrochemie, des Maschinenbaus, und der Chemiebranche in den Ruin trieb. Darüber hinaus provozierte die Deregulierung des Außenhandels im Januar 1990 eine Flut von Warenimporten aus dem Ausland, die weiter dazu beitrug, die einheimische Produktion zu destabilisieren. Diese Importe wurden mit geliehenem Geld finanziert, das der IWF im Rahmen des Gesamtpakets gewährt hatte, und zwar in der Form sogenannter »Schnellkredite«, die vom IWF, der Weltbank und verschiedenen Geberländern zur Unterstützung der ökonomischen Reformen ausgeschüttet wurden. Der Importboom steigerte den Schuldendruck auf Jugoslawien, und die abrupten Anstiege bei Zinsen und Einkaufspreisen, mit denen die einheimische Industrie konfrontiert war, führten gleichzeitig zum Ausschluß einheimischer Produkte vom innerjugoslawischen Markt.

»Die Freisetzung überflüssiger Arbeitskräfte«

Die Situation, die kurz vor der Abspaltung Kroatiens und Sloweniens im Juni 1991 herrschte, und die sich in den Bankrottzahlen für 89/90 ausdrückt, verdeutlicht die Größenordnung und die Brutalität des industriellen Abbaus. Diese Zahlen allein jedoch geben nur ein unvollständiges Bild, indem sie lediglich die Situation am Beginn des »Bankrottprogramms« verdeutlichen. Dieses Programm hat mit voller Wirkung den ganzen Krieg über angedauert, und bestimmt seine Nachwehen. (...) Ähnliche industrielle Restrukturierungsprogramme haben die ausländischen Kreditoren über alle Nachfolgestaaten Jugoslawiens verhängt.

Die Weltbank schätzte im September 1990 die Zahl der »Verlust erwirtschaftenden Betriebe« immer noch auf 2.435, bei einer verbliebenen Gesamtzahl von 7.531.(23) In anderen Worten, diese 2.435 Firmen, mit einer Gesamtbelegschaft von 1,3 Millionen, wurden als »zahlungsunfähig« kategorisiert, und dadurch dem sofortigen Beginn von Konkursverfahren unterworfen. Wenn man bedenkt, daß 600.000 Arbeiter vor September 1990 von bankrotten Firmen bereits entlassen worden waren, bedeuten diese Zahlen, daß 1,9 von insgesamt 2,7 Millionen Arbeitern für schlicht und ergreifend »überflüssig« erklärt wurden. Die »zahlungsunfähigen« Firmen, die sich vor allem in den Bereichen Energie, Schwerindustrie, Metallverarbeitung, Forstwirtschaft und Textilindustrie konzentrierten, gehörten zu den größten Firmen des Landes und repräsentierten im September 1990 49,7% der gesamten verbliebenen industriellen Arbeiterschaft.(24)

Fortsetzung auf Seite 6

FORTSETZUNG VON SEITE 5

Plakataktion am 3.4.99 in Berlin-Kreuzberg, Mänteuffel-/Oranienstraße
Fotos: Umbruch Bildarchiv Berlin

Politische Auflösung

Unter der Verfolgung weitsichtiger strategischer Interessen hatten die Sparmaßnahmen den Weg für die Rekolonisierung des Balkans geebnet. Bei den Mehrparteienwahlen 1990 stand die Wirtschaftspolitik im Zentrum des Interesses, und die separatistischen Allianzen konnten die Kommunisten in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Slowenien besiegen. Nach dem Erdrutschsieg der rechtsgerichteten Demokratischen Union in Kroatien von 1990 unter der Führung von Franjo Tudjman gewann die Abspaltung Kroatiens die Zustimmung des deutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher, der beinahe täglich mit seinem Kollegen in Zagreb in Verbindung stand.(25) Deutschland unterstützte nicht nur die Abspaltung, es »bestimmte auch das Tempo der internationalen Diplomatie« und drängte seine westlichen Verbündeten zur Anerkennung Sloweniens und Kroatiens. Kroatien (einschließlich des Territoriums von Bosnien-Herzegowina) war im zweiten Weltkrieg unter dem faschistischen Ustasha-Regime ein *Satellit der Achsenmächte:* »Die deutsche Expansionspolitik wird von einem Anwachsen des Nationalismus und der Fremdenangst begleitet (...). Deutschland möchte freie Hand haben, um seine ökonomische Vormachtstellung in ganz Mitteleuropa auszubauen. (...)« (26) Washington hingegen bevorzugte die Bildung »einer losen Konföderation durch die Unterstützung demokratischen Fortschritts (...)« Der US-Staatssekretär Baker sagte dem kroatischen Präsidenten Franjo Tudjman und dem slowenischen Präsidenten Milan Kucan, daß die USA eine einseitige Abspaltung nicht unterstützten. Wenn sie unbedingt gehen müßten, dann sollten sie das durch die Ausarbeitung einer vertraglichen Vereinbarung tun (...)(27)

Der Wiederaufbau nach dem Krieg

Die Wirtschaftsreformen, die jetzt den Nachfolgestaaten aufgezwungen werden, sind eine logische Erweiterung und Fortsetzung dessen, was das ehemalige Jugoslawien zu Fall gebracht hat. In den tragischen Nachwehen eines brutalen und sinnlosen Krieges sind die Chancen zum Wiederaufbau der neuerdings unabhängigen Republiken gering. Trotz des weitgehenden Schweigens in der Presse über dieses Thema sind Umschuldungen ein integraler Bestandteil des Friedensprozesses. Das ehemalige Jugoslawien ist unter der Lupe der ausländischen Kreditoren zerstückelt, und seine Auslandsschulden sind genauestens an die verschiedenen Nachfolgestaaten aufgeteilt worden. Die Privatisierungsprogramme, die unter der Ägide der Geberländer installiert worden sind, haben zu noch größerem Wirtschaftsabbau und weiterer Verarmung der Bevölkerung beigetragen. Das Bruttoinlandsprodukt ist um sage und schreibe 50% in vier Jahren gefallen (1990-1993).(28)

Darüber hinaus kollaborieren die Führer der neuerdings souveränen Staaten voll und ganz mit den ausländischen Kreditoren: »Alle gegenwärtigen Führer der ehemaligen jugoslawischen Republiken waren Funktionäre der kommunistischen Partei, und jeder von ihnen gierte geradezu danach, die Forderungen der Weltbank und des IWF zu erfüllen, um sich für die Investitionskredite und die beträchtlichen Geschenke an die politische Elite zu qualifizieren (...). Staatliche Betriebe wurden geplündert, und der Maschinenpark tauchte in »Privatunternehmen« auf, die von Mitgliedern der Nomenklatura geführt wurden«.(29)

Noch während der Krieg andauerte, traten Kroatien, Slowenien und Makedonien in unabhängige Kreditverhandlungen mit den Institutionen von Bretton Woods ein. In Kroatien ratifizierte die Regierung 1993 unter Franjo Tudjman ein Abkommen mit dem IWF. Massive Budgetkürzungen, die von diesem Abkommen verlangt wurden, lähmten Kroatiens Anstrengungen zur Stimulierung der eigenen Wirtschaftskräfte und gefährdeten somit den Wiederaufbau nach dem Krieg. Die Kosten zum Wiederaufbau der kriegsgeschütteltenkroatischen Wirtschaft sind auf etwa 23 Milliarden US-Dollar geschätzt worden, weitere Kredite sind unvermeidlich. Ohne Schuldenstreichungen wird die Schuldenlast Zagrebs bis weit ins 21. Jahrhundert immer weiter anwachsen. Als Gegenleistung für ausländische Kredite hat die Regierung Tudjmans Reformen zugestimmt, die zu noch mehr Firmenstillegungen und Konkursen geführt hat, während die Löhne auf ein katastrophal niedriges Niveau gefallen sind. Die offizielle Arbeitslosenrate stieg von 15,5% (1991) auf 19,1% 1994.(30)

Zagreb hat auch ein weit strengeres Konkursrecht eingeführt, zusammen mit »Entflechtungsverfahren« für große staatseigene Betriebe. In ihrer »Absichtserklärung« an die Bretton-Woods-Institutionen verspricht die kroatische Regierung die Restrukturierung und völlige Privatisierung der Banken, und zwar unter Mithilfe der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und der Weltbank. Diese Institutionen haben auch einen Umbau des kroatischen Finanzmarkts verlangt, um ihn für westliche Investoren und Finanzspekulanten leichter zugänglich zu machen.

Makedonien ist ähnliche Wege gegangen. Im Dezember 1993 stimmte die Regierung in Skopje einer Senkung der Reallöhne und einer Einfrierung der normalen Kredite zu, um einen Sonderkredit von der »System-Anpassungs-Abteilung« (Systemic Transformation Facility / STF) des IWF zu erhalten. In einer untypischen Wendung beteiligte sich der Multimilliardär George Soros an den Ak-

tivitäten der »internationalen Unterstützergruppe«, die sich hauptsächlich aus der Regierung der Niederlande und der in Basel beheimateten Bank für internationale Schuldentilgung zusammensetzte. Das Geld, das diese Unterstützergruppe zur Verfügung stellte, war aber nicht für den Wiederaufbau bestimmt, sondern für die Rückzahlung von Krediten, die Skopje der Weltbank schuldig war (...). (31) Darüber hinaus mußte die Regierung des makedonischen Premierministers Branko Crvenkovski der Abwicklung der restlichen »Verlustbetriebe« und der Entlassung der »überflüssigen« Arbeiter zustimmen – was für die Hälfte der Industriearbeiter des Landes die Arbeitslosigkeit bedeutete. Dazu bemerkte der stellvertretende Finanzminister nüchtern, daß es bei astronomischen Profitraten aufgrund der kreditorengesponserten Bankreform »schier unmöglich war, einen Betrieb im Land zu finden, der (...) kostendeckend arbeitete (...).«(32)

Im allgemeinen bedeutet die Wirtschaftstherapie des IWF für Makedonien eine Fortführung des Bankrottprogramms, das im ehemaligen Jugoslawien seit 1989 aktiv war. Die Filetstücke der Wirtschaft werden jetzt an der neuen makedonischen Börse gehandelt, aber diese Verschleuderung vergesellschafteten Eigentums hat zu einem Wirtschaftskollaps und flächendeckender Arbeitslosigkeit geführt. Und trotz des Wirtschaftsabbaus und der Zerstörung des Schul- und Gesundheitswesens, die das Sparprogramm mit sich gebracht hat, erzählte der Finanzminister der Weltöffentlichkeit stolz, daß »die Weltbank und der IWF Makedonien in Hinblick auf die gegenwärtigen Wirtschaftsreformen unter die erfolgreichsten Länder zählen«. Der Vorsitzende der IWF-Arbeitsgruppe zu Makedonien, Paul Thomsen, ergänzte, daß die »Ergebnisse des Stabilisierungsprogramms eindrucksvoll« seien und erwähnte besonders lobend die »effektive Lohnpolitik«, die die Regierung in Skopje in Anwendung bringe.(33)

Der »Wiederaufbau« Bosnien-Herzegowinas

Während das Friedensabkommen schlecht und recht von den Waffen der NATO aufrechterhalten wird, installiert der Westen in Bosnien-Herzegowina ein »Wiederaufbauprogramm«, das das Land seiner wirtschaftlichen und ökonomischen Souveränität vollständig beraubt. Dieses Programm besteht hauptsächlich darin, Bosnien-Herzegowina als ein geteiltes Land weiterzuentwickeln, das unter der militärischen Oberhoheit der NATO steht und vom Westen verwaltet wird.

Gestützt auf das Dayton-Abkommen, haben die USA und die Europäische Gemeinschaft eine vollkoloniale Verwaltung in Bosnien installiert. Als ihr Kopf fungiert der Hochkommissar (High Representative / HR), Carl Bildt, ein ehemaliger Premierminister Schwedens und Vertreter der Europäischen Gemeinschaft bei den Friedensverhandlungen in Bosnien. Der Hochkommissar hat volle Exekutivrechte in allen zivilen Angelegenheiten. Er kann sogar Regierungsentscheidungen sowohl der bosnischen Föderation als auch der bosnisch-serbischen Republika Srpska außer Kraft setzen. Der Hochkommissar handelt in enger Übereinstimmung mit dem IFOR-Generalkommando und den Agenturen der Geberländer. Eine internationale Polizeitruppe unter der Führung eines Kommandeurs, der vom Generalsekretär der Vereinten Nationen bestimmt wird, setzt sich aus 1.700 Polizisten aus fünfzehn Ländern zusammen, von denen die meisten vorher nie auf dem Balkan gewesen sind. Die »Ausbildung« für diese Polizisten besteht aus einem fünf Tage langen Trainingsprogramm in Zagreb, bevor sie stationiert werden.

Weil dem Westen die Demokratie nichts gilt, kann das Parlament Bosniens, das mit der »Verfassung« eingesetzt wurde, völlig zu Recht als Farce angesehen werden. Hinter der demokratischen Fassade liegt die wahre Macht in den Händen einer Schattenregierung, die aus dem Hochkommissar und ausländischen Beratern besteht.

Dazu kommt, daß die Verfassung, die in Dayton ausgearbeitet wurde, die Wirtschaftspolitik völlig den Bretton-Woods-Institutionen und der in London residierenden Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung überantwortet. Artikel VII dieser Verfassung besagt, daß der Präsident der bosnischen Zentralbank vom IWF bestimmt wird, und »weder ein Bürger Bosnien-Herzegowinas, noch einer der Nachbarstaaten (...)« sein darf. Und während der Präsident der Zentralbank vom IWF ausgewählt wird, darf die Zentralbank keine wirkliche Zentralbank sein. »Im Zeitraum der ersten sechs Jahre (...) darf sie keine Kredite mit dem Effekt der Geldschöpfung vergeben. Dadurch fungiert sie nur als einfache Emissionsbank« (Artikel VIII). Und dem neuen »souveränen« Staat wird eine eigene Währung verweigert, indem er dazu verdammt wird, Papiergeld nur dann zu schaffen, wenn es voll durch ausländische Devisen gedeckt ist, was heißt, daß er seine eigenen wirtschaftlichen Ressourcen gar nicht mobilisieren kann. Wie in den anderen Nachfolgestaaten, wird seine Fähigkeit zur Selbstfinanzierung (ohne massive Verschuldung im Ausland) von Anfang an sabotiert. Das Management der bosnischen Wirtschaft ist mit Bedacht unter den Institutionen der Geberländer aufgeteilt worden: während die Zentralbank unter IWF-Überwachung steht, kontrolliert die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung die Kommission zur Regulierung der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen, die die Geschicke aller staatlichen Unternehmen lenkt, was die Energie- und Wasserwirtschaft ebenso einbegreift wie die Post, die Straßenbauverwaltung, die Eisenbahnen usw. Der Präsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung bestimmt auch den Vorsitzenden dieser Kommission, die die Restrukturierung des öffentlichen Sektors überwacht, was in diesem Fall nicht viel mehr heißt, als daß staatliches

und gesellschaftliches Eigentum zum Vorteil von Langezeit-Investitionsfonds verschleudert wird.

Man kann sich nicht um folgende grundsätzliche Frage herumdrücken: verdient die bosnische Verfassung, wie sie von den Staatschefs in Dayton vereinbart wurde, überhaupt ihren Namen? Ein ernster und gefährlicher Präzedenzfall ist in der Geschichte der internationalen Beziehungen geschaffen worden: Westliche Kreditoren haben ihre Interessen in eine »Verfassung« eingebettet, die hastig zu ihrem Vorteil geschrieben wurde, wichtige Posten des bosnischen Staats werden standardmäßig von Nicht-Bosniern besetzt, die Angestellte von westlichen Finanzorganisationen sind. Keine verfassunggebende Versammlung, keine Beratungen mit Bürgerorganisationen in Bosnien-Herzegowina, keine »verfassungsrechtlichen Zusätze« nach amerikanischem Vorbild, die bürgerliche Grundrechte verbriefen, nichts ... Die bosnische Regierung schätzt, daß der Wiederaufbau 47 Milliarden US-Dollar kosten wird. Westliche Geberländer haben 3 Milliarden an Wiederaufbaukrediten versprochen, aber nur magere 518 Millionen Dollar wurden im Dezember 1995 gewährt, von denen, dem Dayton-Abkommen gemäß, ein Teil für die zivilen Kosten der IFOR-Truppenstationierung bestimmt ist, und ein anderer Teil für die Rückzahlung von Schulden an internationale Kreditoren.

In einem schon zum Standard gewordenen Verfahren sind »neue Kredite« gewährt worden, um alte Schulden zurückzuzahlen. Die Zentralbank der Niederlande hat zum Beispiel großzügigerweise eine Summe von 37 Millionen Dollar als »Überbrückungskredit« gewährt. Aber der Kredit ist zweckbestimmt: Er soll Bosnien in die Lage versetzen, alte Schulden an den IWF zurückzuzahlen. Ansonsten möchte der IWF Bosnien nämlich kein Geld mehr leihen (...) (35)
Und der nächste Schritt in dieser absurden Spirale: Der an-

Fortsetzung nächste Seite

Anmerkungen

(1) Siehe die Schrift von Warren Zimmermann (ehemal. US-Botschafter in Jugoslawien): »Der letzte Botschafter, Erinnerungen an den Zusammenbruch Jugoslawiens«, Foreign Affairs, Vol. 74, Nr. 2, 1995.
(2) Milos Vasic et al., »Krieg gegen Bosnien«, in Vreme-Nachrichtendienst, Nr. 29, 13. April 1992.
(3) Sean Gervasi, »Deutschland, die USA und die Krise in Jugoslawien«, in: Covert Action Quarterly, Nr. 43, Winter 1992-93
(4) Ebenda
(5) Dimitrije Boarov, »Eine kurze Untersuchung über Anti-Inflations-Programme, der Fluch veralteter Programme«, Vreme-Nachrichtendienst, Nr. 29, 13. April 1992
(6) Die Weltbank, »Studie zur industriellen Restruktuierung / Gesamtwürdigung, Themen und Strategien des Restrukturierungsprozesses«, Washington DC, Juni 1991, Seiten 10 und 14.
(7) Sean Gervasi, siehe Anm. 3
(8) ebenda
(9) Ralph Schoenman, »Teile und herrsche auf dem Balkan«, The Organiser, 11. September 1995
(10) Die Weltbank, siehe Anm. 6 . Der einfachheitshalber benutzte Begriff »Bruttoinlandsprodukt« ist nicht völlig äquivalent mit dem Konzept, nachdem östliche Ökonomien ihr Nationalprodukt gemessen haben.
(11) Siehe Judit Kiss, »Schuldenmanagement in Osteuropa«, Eastern European Economics, Mai/Juni 1994, S. 59.
(12) Die Weltbank, siehe Anm. 6.
(13) Ebenda, S. VIII
(14) Ralph Schoenman, s. Anm. 9.
(15) Weitere Details in: Die Weltbank, »Industrielle Restrukturierung in Jugoslawien«, S. 38.
(16) Ebenda, S. 38.
(17) Ebenda, S. 33.
(18) Ebenda, S. 33.
(19) Ebenda, S. 34. Die ursprünglichen Daten stammen vom jugoslawischen Bundessekretariat für Industrie und Energie. Von allen erwähnten Firmen machten 222 Bankrott und 26 wurden aufgelöst.
(20) Ebenda, S. 33. Diese Zahlen beinhalten sowohl Bankrotte als auch Betriebsliquidierungen.
(21) Ebenda, S. 34.
(22) Dimitrije Boarov, s. Anm. 5.
(23) Die Weltbank, »Industrielle Restrukturierung ...«, S. 13, Anhang 1, S.1.
(24) Die Weltbank hält 20% der jugoslawischen Gesamtarbeiterschaft von 8,9 Millionen Menschen, d.h. ungefähr 1,8 Millionen, für »überflüssig«. Diese Zahl scheint jedoch noch zu gering, wenn man die Gesamtzahl der »überflüssigen« Arbeiter von den als »zahlungsunfähig« klassifizierten Betrieben ableitet. Allein im industriellen Sektor waren im September 1990 1,9 Millionen Arbeiter in solchermaßen klassifizierten Betrieben beschäftigt, bei einer 2,7 Millionen starken Industriearbeiterschaft. S. Die Weltbank, »Industrielle Restrukturierung ...«, Anhang 1.
(25) Sean Gervasi, s. Anm. 3.
(26) ebenda, S. 45.
(27) Zimmermann, s. Anm. 1.
(28) Die Zahl bezieht sich auf Makedonien, laut Informationsdienst der Weltbank am 28. Nov. 1994.
(29) Ralph Schoenman, s. Anm. 9.
(30) »Zagreb vor der Kehrtwende«, The Banker, Januar 1995, S. 38.
(31) Laut Informationsdienst der Weltbank am 28. Nov. 1995.
(32) Aussage des makedonischen Vize-Finanzministers Hari Kostov, in: MAK-News, 18. April 1995.
(33) Makedonischer Informationsdienst MILS-News, 11. April 1995.
(34) Siehe Der Internationale Währungsfond, »Bosnien-Herzegowina wird Mitglied des IWF«, Pressemitteilung, Nr. 97/70, Washington, 20. Dezember 1995.
(35) Frank Viviano und Kenneth Howe, »Bosnische Führer behaupten, daß Bosnien über Ölvorkommen verfügt«, The San Francisco Chronicle, 28. August 1995. Siehe auch Scott Cooper, »Was der Westen in Ex-Jugoslawien will«, The Organizer, 24. September 1995.
(36) Viviano und Howe, s. Anm. 35.
(37) Die Weltbank, Bericht über die Entwicklung der Weltwirtschaft 1991, Statistischer Anhang, Tabellen 1 und 2, Washington DC, 1991.

FORTSETZUNG VON SEITE 1:

Anders Arbeiten

Selbstbestimmte Arbeit gemeinsam organisieren

... SozialhilfeempfängerInnen für zusätzliche zwei bis drei Mark die Stunde wieder am Arbeitsleben teilhaben zu dürfen. Da wird geputzt, gepflegt und betreut für das Gemeinwohl, alles unter dem Deckmäntelchen, daß von diesem zweitklassigen Arbeitsmarkt nur zusätzliche Aufgaben übernommen werden. Diese Zusätzlichkeit besteht u.a. aus Grünanlagenpflege, Fahrgastbetreuung, Betreuung von Kindern, Alten und Menschen mit Behinderungen. Eher also ein Minimalprogramm zur Instandhaltung öffentlicher Räume und notdürftigster humanitärer Hilfen.

In etlichen Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften haben NutznießerInnen der Krise sich wenigstens für eine begrenzte Zeit gut bezahlte Jobs als ErfüllungsgehilfInnen von Arbeits- und Sozialämtern geschaffen. Daneben sind solche Maßnahmen auch immer wieder von mehr oder weniger selbstverwalteten Initiativen genutzt worden, um engagierte soziale und kulturelle Arbeiten ökonomisch abzusichern. Dort ist die Kurzfristigkeit der Maßnahmen besonders bitter.

Immer neue Qualifizierungsangebote suggerieren, daß es an den Arbeitslosen selbst liegt, daß sie keine Stellen finden, weil sie eben nicht qualifiziert genug sind. In überwiegend aus Europamitteln finanzierten Maßnahmen zur Qualifizierung von Arbeitslosen werden in der Regel nur Zertifikate über die Teilnahme an den Bildungsveranstaltungen erworben. Viel zu selten werden

Foto: Umbruch-Bildarchiv Berlin

IHK-Abschlüsse oder gar berufliche Erstausbildungen ermöglicht.

Existenzgründung als Alternative?

Existenzgründungen aus der Arbeitslosigkeit sind nur in Ausnahmefällen eine echte Möglichkeit für Menschen, die neben dem nötigen Fachwissen auch über genügend materielle Mittel, Selbstvertrauen und Durchhaltevermögen verfügen. Ein Ausweg für nennenswerte Teile der arbeitslosen Bevölkerung kann darin nicht gesehen werden.

Herkömmliche Existenzgründungen und ihre Förderung sind ausschließlich auf Individuen ausgerichtet. Darin spiegelt sich die gesellschaftliche Entwicklung zu immer mehr Individualisierung und Entsolidarisierung. Es gibt durchaus einige Menschen, die diese neuen Freiheitsgrade für sich kreativ nutzen können, weil sie dynamisch, flexibel und mobil genug sind, in der sich verändernden Welt ohne herkömmliche Sicherheiten ihren Platz zu behaupten. Für alle anderen, die den größeren Teil der Bevölkerung ausmachen, ist die Situation eher verunsichernd und bedrohlich.

Soziale Unternehmen zwischen Markt und öffentlicher Förderung

Als arbeitsmarktpolitische Instrumente zwischen Markt und öffentlich geförderter Beschäftigung wurden in Berlin z.B. Arbeitsförderbetriebe (AFBs) eingerichtet. Diese sollten nach einer dreijährigen, degressiven Förderung am Markt bestehen. Die noch existierenden AFBs haben dieses Ziel nicht erreicht, die Förderungsdauer mußte verlängert werden. Trotz aller Schwierigkeiten ist es ein vernünftiger Ansatz, öffentliche Fördermittel einzusetzen in Vorhaben, die auf langfristige Tragfähigkeit ausgerichtet sind.

An der Schnittstelle zwischen Markt und öffentlich gefördertem Sektor würde es Sinn machen, kollektive Existenzgründungen mindestens ebenso zu fördern wie individuelle Gründungsvorhaben. Mit einer Kombination aus Arbeitsfördermitteln, Wirtschaftsförderung, sowie der Bereitstellung von Risikokapital und Ressourcen (Gebäude, Ausstattungen etc.) könnten sich auch Menschen eigene Arbeitsplätze schaffen, die allein dazu nicht in der Lage wären. Die Bevorzugung solcher sozialen Unternehmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge wäre ein weiterer Schritt zu ihrer Stabilisierung.

Ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor mit Durchlässigkeit zum ersten Arbeitsmarkt ist eine von vielen möglichen Antworten auf die anhaltende Erwerbslosigkeit. Weitere Elemente einer Strategie zur Zukunft der Arbeit wären Mindestlöhne, allgemeine Arbeitszeitverkürzungen, Erleichterungen für Teilzeitarbeit und eine bedingungslose Existenzsicherung für alle.

Auf dem Kongreß in Berlin werden konkrete Empfehlungen und Forderungen zu Rahmenbedingungen selbstbestimmter Arbeit entwickelt, die in einem »Berliner Frühlingspapier« veröffentlicht werden. Der Kongreß wird dokumentiert, und die Arbeit an diesen Themen soll nach dem Kongreß fortgesetzt werden, um die mit der Kongreßvorbereitung begonnene Vernetzung zwischen den verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen fortzuführen und zu erweitern.●

Info zum Kongreß auf Seite 9

WORKSTATION BERLIN

Finde heraus, was du wirklich, wirklich willst

von Frauke Hehl, Berlin

...letzten Jahr

wurde der Verein *workstation* – Ideenwerkstatt Berlin e.V. im Mai '98 von der Wiener Künstlergruppe WOCHENKLAUSUR gegründet. WOCHENKLAUSUR hatte sich zuvor drei Monate mit dem Thema »Arbeit – Arbeitslosigkeit« auseinandergesetzt. Ausgehend vom Berliner Stadtteil Kreuzberg SüdOst wurde ein Konzept entwickelt, welches in Hinblick auf eine handlungsfähige und soziale Gesellschaft Menschen dabei unterstützen soll, herauszufinden was sie wollen und dieses dann auch umzusetzen. Der Kreuzberger Ansatz ist übertragbar auf andere Teile Berlins und Deutschland allgemein.

Das erarbeitete Konzept wird seitdem konkretisiert durch Erfahrungen aus Theorie und Praxis und ansatzweise umgesetzt.

Die zentralen Inhalte sind:

- Die Erweiterung der sozialen Kompetenzen, Motivation und Selbstsicherheit
- Die Entwicklung eines Konzeptes: »Raum für Ideen, Raum der Möglichkeiten«:
  Wie muß dieser Raum geschaffen sein, damit Bedarf und Angebot ineinandergreifen und zu gewünschten Ergebnissen führen? Welche Form von Eigenarbeit ist heute gefragt und nützlich für die Gesellschaft?

Foto: Workstation Berlin

- Sensibilisierung der Gesellschaft für die Notwendigkeit der Veränderung des Arbeits- und Wertesystems durch Beratung, Informationsveranstaltungen wie z.B. den Kongreß »anders arbeiten – oder gar nicht?!«, Seminare und Kunstaktionen.
- *workstation* bemüht sich um Erfahrungs- und Informationsaustausch zwischen lokalen und überregionalen Ansätzen von »anders leben und arbeiten«.

Alle Inhalte werden in Zusammenarbeit mit lokalen oder fachspezifischen PartnerInnen verfolgt.

Derzeit

bemühen wir uns um Unterstützung in finanzieller und personeller Hinsicht. Neben unserem Standort in Kreuzberg SO 36 beteiligen wir uns an der Entstehung von Arbeitsräumen in einer Kiez- und Kulturlandschaft im Ostberliner Bezirk Friedrichshain.

Für den **28. Mai 1999 ist ein Treffen in Berlin geplant**, bei dem sich Projekte aus ganz Deutschland, die mit dem Konzept der »Neuen Arbeit« arbeiten, treffen. *workstation* stellt sich mit Konzept und aktuellem Stand der Dinge vor. Initiativen und interessierte Einzelpersonen aus Berlin und Brandenburg sind zum gemeinsamen Austausch eingeladen.

Nachmittags findet das Forum OSTWESTPOLIS mit kulturellem Rahmenprogramm statt. (Kunst und kommunales Leben)

Weiteres Programmangebot für Donnerstag und Samstag ist in Arbeit, Anregungen sind willkommen!●

Infos gibt's bei *workstation* über
work.station@berlin.de, Tel. (0 30) 61 65 99 07 (06 fax)

FORTSETZUNG VON SEITE 6

geforderte Kredit vom »Notfonds« des IWF für sogenannte »Nachkriegsgesellschaften« wird überhaupt nicht in den Wiederaufbau fließen, sondern dazu dienen, den Kredit aus den Niederlanden zurückzuzahlen, der doch dazu diente, alte Schulden mit dem IWF zu begleichen! Auf diese Weise schraubt sich die Schuldenspirale in die Höhe, während überhaupt keine realen finanziellen Ressourcen für den Wiederaufbau verwendet werden.

Die Ölmultis haben ein Auge auf Bosnien

Die Regierungen und Konzerne des Westens haben weit mehr Interesse am Zugang zu potentiell strategischen Bodenschätzen als an der Gewährung von Wiederaufbauhilfen für Bosnien. Dokumente in den Händen der kroatischen und bosnischen Serben lassen vermuten, daß Kohle- und Ölvorkommen auf der Ostseite des Dinarischen Gebirges gefunden worden sind, ein Gebiet, das den bosnischen Serben in der Kraijna durch die letzte Offensive der kroatischen Armee gerade rechtzeitig vor dem Dayton-Abkommen wieder abgenommen wurde.

Bosnische Regierungsvertreter berichten, daß der in Chicago ansässige Amoco-Konzern einer von verschiedenen ausländischen Konzernen war, die daraufhin Probebohrungen in Bosnien veranstalteten. Der Westen ist sehr begierig, diese Region wirtschaftlich zu nutzen: »Die Weltbank – und die verwickelten multinationalen Konzerne – geben die betreffenden Untersuchungsergebnisse nur sehr zögerlich an die Regierungen der kriegführenden Parteien weiter – Stand Aug. 1995 (...)« (36) Darüber hinaus finden sich »beträchtliche Ölvorkommen in den serbisch besetzten Gebieten Kroatiens, und zwar an der Save, Tuzla direkt gegenüber.« (37)

Dem Dayton-Abkommen zufolge ist dieses Gebiet der militärischen Oberhoheit der Amerikaner unterstellt, die ihr Hauptquartier in Tuzla haben. Die territoriale Aufteilung Bosniens zwischen der bosnisch-kroatischen Föderation und der serbisch-bosnischen Republika Srpska, die das Dayton-Abkommen verlangt, enthüllt auf diese Weise ihre strategische Bedeutung. Die 60.000 Mann starken NATO-Truppen, die angeblich den »Friedensprozeß« sichern, sichern in Wahrheit die Zerstückelung Bosnien-Herzegowinas zum Vorteil westlicher Wirtschaftsinteressen. Da dem Land nationale Souveränität vollkommen fehlt, wird seine Zukunft viel eher in Washington, Bonn und Brüssel gemacht als in Sarajevo (...), und der Prozeß eines sogenannten »Wiederaufbaus«, der sich auf fortgesetzte Umschuldung stützt, wird sowohl Bosnien-Herzegowina als auch die anderen Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien auf dem Niveau der Dritten Welt festhalten. Während lokale Machthaber und die Westmächte die Filetstücke der ehemaligen jugoslawischen Wirtschaft untereinander aufteilen, dient die Zersplitterung des Staatsgebiets und die Verewigung sozialer und ethnischer Spaltungen durch die neugeschaffene Teilungsstruktur als Bollwerk gegen einen vereinten antikolonialen Widerstand der Jugoslawen.

Zusammenfassung

Die volkswirtschaftlichen Reformen, die Jugoslawien nach den Prinzipien des Neoliberalismus aufgedrängt wurden, haben unbestreitbar zur Auflösung des ganzen Landes beigetragen. Aber seit dem Beginn des Krieges 1991 ist die zentrale Rolle dieser Reformen mit Bedacht von den globalen Medien übersehen worden. Der »freie Markt« wurde als die Lösung zum Wiederaufbau einer kriegsgeschüttelten Wirtschaft gepriesen. Während die Medien ein genaues Tagebuch der Kriegsereignisse und des »Friedensprozesses« lieferten, wurde der soziale und politische Einfluß der ökonomischen Reformen in Jugoslawien aus unserem Bewußtsein getilgt, und kann so das Bild von dem, was »wirklich geschah«, nicht vervollständigen.

Kulturelle, ethnische und religiöse Spannungen werden nach allen Seiten untersucht und auf dogmatische Weise als die einzige Ursache der Krise dargestellt, während sie doch in Wirklichkeit nur die Folge eines tiefer liegenden Prozesses der wirtschaftlichen und politischen Auflösung sind. Dieses »falsche Bewußtsein« hat alle Ebenen der Debatte durchdrungen. Es verdeckt nicht nur die Wahrheit, es hindert uns auch daran, historische Ereignisse korrekt zu werten. Es verzerrt die Wahrnehmung der realen Ursachen für soziale Konflikte. Die Einheit, Solidarität und Identität der Südslawen ist in der Geschichte wohlbegründet, aber diese Identität ist künstlich manipuliert und zerstört worden.

Der Ruin eines ganzen Wirtschaftssystems, einschließlich des Ausverkaufs ganzer Industriezweige, die Gewinnung »neuer Märkte« und das Gerangel um »Einflußsphären« auf dem Balkan sind die wahren Ursachen des Konflikts.

Im ehemaligen Jugoslawien steht das Schicksal von Millionen Menschen auf dem Spiel. Die volkswirtschaftlichen Reformen zerstören ihre Lebensperspektive, nehmen ihnen das Recht auf Arbeit, Ernährung und Unterkunft, ganz zu schweigen von ihrer Kultur und ihrer nationalen Identität (...). Die Grenzen wurden willkürlich neu gezogen, das gesamte Justizsystem wurde auf den Kopf gestellt, vergesellschaftete Unternehmen wurden in den Ruin getrieben, das Finanz- und das Bankensystem wurde zerstört, Sozialprogramme und soziale Institutionen wurden dem Erdboden gleich gemacht (...).

Im Rückblick ist es nützlich, sich die sozialen und ökonomischen Errungenschaften Jugoslawiens vor dem Krieg (bis zum Jahr 1980) zu vergegenwärtigen: Das durchschnittliche Wachstum des Bruttoinlandsprodukts betrug 6,1% pro Jahr, und zwar über eine Dauer von zwanzig Jahren (1960 - 1980), es gab freie medizinische Versorgung bei einer Rate von einem Arzt auf 550 Jugoslawen, die Alphabetisierungsrate lag bei 91%, die durchschnittliche Lebenserwartung bei 72 Jahren (...).(37)

Die Entwicklung in Jugoslawien spiegelt die Ergebnisse ähnlicher Restrukturierungsprogramme nicht nur in den Entwicklungsländern, sondern auch in den USA, Kanada und Westeuropa. »Einschneidende Wirtschaftsmaßnahmen« seien die Antwort, heißt es; überall wird den Menschen weisgemacht, daß es keine andere Lösung gibt als die Schließung von Fabriken, die Entlassung von Arbeitern, die Kürzung der Sozialprogramme (...). In diesem Gesamtkontext sollte die Wirtschaftskrise in Jugoslawien gesehen werden. Die Reformen in Jugoslawien sind nur die extreme Spielart eines destruktiven ökonomischen Modells, das der Neoliberalismus Ländern in der ganzen Welt aufzwingt.●

Übersetzung von Marcus Hammerschmitt

ÖFFENTLICHER SEKTOR:

Anders Arbeiten

Sackgasse oder Experimentierfeld?

Louis Kaufmann, Jahrgang 44, Berufspädagoge, Vorstandsmitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit e.V. und geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Projekteverbundes LOWTEC gGmbH / GFBM e.V. hat seit Gründung der gemeinnützigen Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft LOWTEC im Jahre 1993 diese zu einem der großen freien Träger in Berlin entwickelt. Die Berliner Qualifizierungsgesellschaft versucht die Integrationsfähigkeit von Langzeitarbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen in den ersten Arbeitsmarkt zu verbessern und die individuellen Auswirkungen von Langzeitarbeitslosigkeit zu mildern. Schwerpunkt der Tätigkeit der LOWTEC liegt in der Durchführung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Lohnkostenzuschußprogrammen und Fortbildung und Umschulung. Das Gespräch führte Ingo Vogt.

Ingo Vogt: *Der zweite Arbeitsmarkt und öffentlich geförderte Beschäftigung werden ja häufig von Medien und InteressenvertreterInnen kritisiert. Ist diese Kritik berechtigt?*

Louis Kaufmann: Die Kritik, die an öffentlich geförderter Beschäftigung geübt wird, ist in der Regel nicht berechtigt. Wesentlich an dieser Kritik ist, daß sie sich eher mit Bildern des Beschäftigungssektors, als mit der Realität des Beschäftigungssektors beschäftigt. Der zweite Arbeitsmarkt ist mittlerweile zu einem stabilisierenden Faktor unserer Gesellschaft geworden. Da die Arbeitsgesellschaft sich in einer langfristigen Strukturkrise befindet, bedeutet dies, daß der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor verstetigt werden muß, d.h. er muß gesellschaftspolitisch akzeptiert und planbar gemacht werden. Die größten Probleme entstehen dadurch, daß der zweite Arbeitsmarkt ausschließlich eine Wellenbewegung von kurzfristig zur Verfügung gestellten Haushaltsmitteln ist. Diese Mittel werden aber häufig nicht zur Verfügung gestellt, um das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit lösen zu können, sondern als politisches Instrument, wie z.B. im Wahlkampf, eingesetzt.

Was sollte aus Deiner Sicht an der öffentlichen Förderung verändert werden?

Es gibt hier zwei Ebenen, die eine planvolle Kontinuität brauchen. Die eine nenne ich die quantitative Ebene, das bedeutet, daß auf einer mittelfristigen Zeitschiene Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden müssen für eine bestimmte Anzahl von Beschäftigungsverhältnissen. Diese Anzahl darf weder von Jahr zu Jahr erheblich schwanken, noch darf sie der kameralistischen Diskontinuität unterliegen. Diese führt derzeit dazu, daß die Stellenanzahl je nach Haushaltslage entweder gekürzt wird oder – vor allem gegen Jahresende, wenn die Mittel nicht ausgegeben wurden – proportional die Beschäftigungsverhältnisse erhöht werden.

Die zweite Ebene ist die qualitative Ebene. Darunter verstehe ich, daß es verläßliche Größenordnungen geben muß für die Finanzierung der einzelnen Arbeitsverhältnisse. Im Durchschnitt kostet ein öffentlich gefördertes Beschäftigungsverhältnis zwischen 45 und 50 Tausend DM pro Jahr. Diese Finanzierung setzt sich aus mehreren Finanzinstrumenten zusammen, die starken Schwankungen unterliegen. Die Träger, die öffentlich geförderte Beschäftigung anbieten, werden permanent gezwungen, sich die einzelnen Scheiben der Finanzierung zusammenzuverhandeln und müssen selbst sehen, wie sie die notwendigen Kosten zur Umsetzung von Beschäftigungsverhältnissen durch die verschiedenen Zuwendungsgeber erstattet bekommen.

Ein typisches Beispiel: Im vergangenen Jahr setzte sich in Berlin die Finanzierung für ein öffentlich gefördertes Beschäftigungsverhältnis zusammen aus den Lohnmittel der Bundesanstalt für Arbeit, der verstärkten Förderung, die zu 50% vom Arbeitsamt und zu 50% vom Senat gefördert wurde und den Geldern aus dem europäischen Sozialfonds sowie Mitteln aus dem arbeitsmarktpolitischen Rahmenprogramm. In diesem Jahr sind die Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds nahezu verbraucht und gleichzeitig wurden die Mittel aus dem arbeitsmarktpolitischen Rahmenprogramm um ca. 30% gekürzt, so daß die Mittel für ein Beschäftigungsverhältnis um bis zu 5.500 DM gekürzt wurden. Es soll nun im wesentlichen den Trägern überlassen bleiben, auf die einzelnen Arbeitsämter einzuwirken, daß sie kompensatorisch mit ihrer Finanzierung höher gehen. Die Arbeitsämter haben aber ein Interesse daran, möglichst viele Förderfälle zu finanzieren und nicht unbedingt mit ihrem Geld abbrechende Ressourcen des Senats zu kompensieren. Diese von mir betriebswirtschaftlich genannte qualitative Seite eines Beschäftigungsverhältnisses ließe sich nur dadurch beheben, daß die öffentlichen Mittel gepoolt würden und für den Träger planbare Richtwerte festgelegt werden mit wieviel Geld ein einzelnes Beschäftigungsverhältnis im Durchschnitt finanziert wird. Ein solches Finanzierungskonstrukt, das auf der Basis von zwei oder drei verschiedenen Festbetragszuschüssen geschaffen werden könnte, würde zusätzlich den positiven Effekt haben, daß der Verwaltungsaufwand für alle Beteiligten – sowohl der öffentlichen Hand, als auch der Träger – mindestens halbiert würde.

Foto: LOWTEC

Foto: LOWTEC

Ist der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor eine Sackgasse oder kann man ihn als Experimentierfeld für Arbeit und Leben betrachten?

Der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor wird von seinen Inhalten weit unterschätzt. Es ist weder inhaltlich noch politisch eine Sackgasse, im Gegenteil, die Betriebsstrukturen vieler Beschäftigungsträger sind eher zukunftsweisend als antiquiert. Beschäftigungsträger sind in der Regel gezwungen alle Mittel, die erwirtschaftet werden, wieder in den Betrieb zu investieren. Eine Wertabschöpfung in private Taschen ist damit weitgehend ausgeschlossen. Das eher größere Hindernis Menschen in Lohn und Brot zu bringen sind in erster Linie die fehlenden Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt.

Es wird zur Zeit auch über eine Symbiose des zweiten Arbeitsmarktes mit dem dritten Sektor diskutiert – z.B. die Vernetzung von ABM-Projekten mit Selbsthilfe-Ökonomien – wäre dies für Dich eine Perspektive?

Ich will mich nicht über die Begriffe des zweiten Arbeitsmarktes oder des dritten Sektors auslassen. In der Regel wird mehr über die reine Lehre des Begriffes diskutiert, als über die Inhalte. Aber selbstverständlich ist es wichtig, daß Vernetzungen stattfinden zwischen öffentlich geförderten Beschäftigungsfeldern und den Selbsthilfe-Ökonomien, nicht nur weil sie eine gemeinsame Wurzel haben. Auch die Inhalte vieler öffentlich geförderter Projekte entstehen aus den Selbsthilfegedanken heraus, sie geben auch Impulse für neue Beschäftigungsfelder, für zu entwickelnde Produkte oder auch für kleine Existenzgründungen. Gemeinsam ist ihnen auch, daß sie aus den Widersprüchen entstehen, die die erste Arbeitsgesellschaft produziert, weiterhin ist ihnen der ständige Kampf um Selbstbehauptung und Anerkennung gemeinsam, um nicht permanent als geduldetes Randphänomen der Gesellschaft stigmatisiert zu werden.

Mit dem Regierungswechsel sind auch einige Veränderungen in der Arbeitsmarktpolitik einhergegangen. Der Schwerpunkt der Förderung liegt im Moment auf dem Abbau der Jugendarbeitslosigkeit. Was hat sich an Qualität und Quantität der geförderten Maßnahmen geändert?

Die Veränderung der Arbeitsmarktpolitik und die neue Schwerpunktsetzung auf den Abbau der Jugendarbeitslosigkeit zielt in die richtige Richtung. Erfolgreich können solche Programme aber nur sein, wenn sie nicht mit einem immensen Geldvolumen kurzfristige Entlastung bringen, sondern dieses Geld zielgerichteter in langfristige Programme umgesetzt wird. Jugendarbeitslosigkeit läßt sich nur dann bekämpfen, wenn es möglich ist, für die Jugendlichen Perspektiven zu entwickeln. Dies bedeutet, es muß möglich sein Lebens- und Berufsplanung so miteinander zu verbinden, daß sie sowohl den einzelnen Jugendlichen als auch dem notwendigen längerfristigen Prozeß der beruflichen Sozialisation gerecht wird. Ein auf Breite angelegtes, aber nach spätestens 12 Monaten abrupt endendes Programm bringt erstmal einen politisch wirkungsvollen Effekt, eine kurzfristige Entlastung und somit auch einen kurzfristigen politischen Erfolg. Der wird aber, wenn nicht schleunigst nachgebessert wird, im nächsten Jahr noch eine größere Resignation bei den Jugendlichen erzeugen. Berufliche Planung braucht Kontinuität und keine kurzfristigen Adrenalinstöße.

Herr Henkel vom Bundesverband der deutschen Industrie hat kürzlich in einem Interview im Zusammenhang mit den Tarifverhandlungen im Metallbereich gesagt, es gehe nicht darum Arbeitsplatzbesitzer reicher zu machen, sondern neue Arbeitsplätze zu schaffen. Was sagst Du dazu?

Wenn Herr Henkel vom Bundesverband der deutschen Industrie sagt, daß es in erster Linie darum geht neue Arbeitsplätze zu schaffen, so hätte die deutsche Industrie in den letzten Jahren dafür reichlich Zeit gehabt. Es gab in den letzten Jahren nur drei zuverlässige Steigungsraten in der deutschen Wirtschaft: Erstens: die Gewinne sind gestiegen, zweitens: die Zahl der Millionäre hat zugenommen und drittens: die Arbeitslosenzahlen sind kontinuierlich gestiegen. Die Wirtschaft ist in den letzten Jahren den Nachweis schuldig geblieben, daß das Einlenken auf ihre Forderungen, wie z.B. die Lockerung des Kündigungsschutzes oder die Herabsenkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, in neue Arbeits-

ERFAHRUNGSAUSTAUSCH ZU »NEUE ARBEIT« IN BREMEN

Arbeitsmarktpolitik von unten?

Unter dem Titel »Kämpferisch und selbstorganisiert in die Zukunft« trafen sich vom 19.-21. Februar in Bremen im »Grundversorgungs-, Kommunikations- & Bildungszentrum« (siehe CONTRASTE Nr. 174) ca. 50 Menschen zu Erfahrungsaustausch und Diskussion. Veranstaltet wurde der Kongress vom Bremer Bildungs- & gegenseitigem Unterstützungsverein erwerbsarbeitender & erwerbsarbeitsloser Menschen.

von Till Mossakowski, Bremen ● Neben »Perspektiven der Erwerbsarbeitslosen-Aktionstage« und »Politischen Aufgaben von Bildung« ging es vor allem um »Neue Arbeit zwischen Selbstorganisation & Institutionalisierung« – von diesem Strang des Kongresses wollen wir, die AG Neue Arbeit(sorganisation), im folgenden berichten.

Los ging es mit der Veranstaltung »Jenseits der Vollbeschäftigung: Zentren für neue Arbeit als Ansatz für eine Arbeitsmarktpolitik von unten?«. Wir stellten das Bremer Konzept für ein »Zentrum für neue Arbeit« vor, das auf drei Bausteinen (Überblick über Praxis neuer Arbeit, Beratung auf der Grundlage eines neuen Arbeitsbegriffs, Streiten für eine öffentliche Anerkennung neuer Arbeit) basiert. Einige kritisierten dies als Strategie, sich in den schlechten Verhältnissen noch irgendwie einzurichten, und forderten stattdessen Grundsicherung und Arbeitszeitverkürzung. Wir konnten uns darauf einigen, daß beides nicht gegeneinander diskutiert werden sollte, sondern sich sogar ergänzen muß, um überhaupt Chancen zu haben. Interessant, daß auch ein Bremer Pastor als Referent mitmachte – in der Kirche wird neue Arbeit schon länger diskutiert.

In der Veranstaltung »Neue Arbeitsberatung zwischen Arbeitsmarktorientierung & Emanzipation von Lohnarbeit« stellte *John Webb* aus Münster sein interaktives Beratungsmodell vor. Eindrucksvoll, wieviele Fähigkeiten, die tatsächlich in einem Menschen stecken, ans Tageslicht kommen können. Entscheidend natürlich die Frage, in welchem gesellschaftlichen Rahmen diese Fähigkeiten eingesetzt werden können. Webbs Strategie, eineN UnternehmerIn im persönlichen Gespräch von ihren/seinen Fähigkeiten zu überzeugen, kann für einige eine gute individuelle Überlebensstrategie sein, aber sie ist noch keine gesellschaftliche Antwort. Könnte der Beratungsansatz mit einer Ausrichtung auf beispielsweise Bürgerarbeit im Stadtteil verbunden werden?

In der Veranstaltung »Chancen und Grenzen der Kooperation zwischen Tauschringen und Projekten« stellte *Klaus Reichenbach* die Zeitbörse Kassel vor, die aus einer sozialen Einrichtung entstanden ist. Auch *Oskar Brilling* von der Umweltakademie Leinefelde machte deutlich, daß Tauschringe als ökonomische und Selbsthilfe-Struktur mit inhaltlichen Projekten gute Verbindungen eingehen können. Vielleicht müssen sie das sogar, wenn staatlichen Plänen, kommunale Pflichtarbeit über Tauschringe abzurechnen, eine andere Perspektive entgegengesetzt werden soll.

Auf dem nächsten Kongress, der für Sommer 1999 geplant ist, werden diese Fragen weiter Thema sein.●

Kontakt: Bremer Commune – im Projektehaus Bauernstr. 2, D-28203 Bremen, (04 21) 70 66 16

Anders Arbeiten

Weniger Ökonomie

statt »Arbeit, Arbeit, Arbeit«, alternativer Selbstausbeutung und »New Work«!

Das Zielbild einer herrschaftsfreien Gesellschaft sieht die Menschen im Mittelpunkt. Alle Menschen sind frei und gleichberechtigt. Was zwischen ihnen bzw. zwischen den Organisationen und Gruppen, zu denen sich Menschen zusammenschließen, geschieht, erfolgt auf der Ebene freiwilliger Vereinbarungen. Die Existenz von Strukturen, die den Menschen die Regelung ihres Zusammenlebens abnehmen, widerspricht dem Prinzip der Selbstbestimmung. Folglich gibt es auch keine ökonomischen Strukturen, die nicht von den Menschen selbst gewollt, getragen und organisiert werden – keinen Handel, kein Wirtschaftsministerium, keine Welthandelsorganisation und keine Bank, die nicht direkt aus dem Willen und der Vereinbarung der Menschen entspringen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

von Jörg Bergstedt, Saaßen ● Eine herrschaftsfreie Gesellschaft ist nicht das Ende von Austausch, Handel und Zusammenarbeit von Menschen und ihren Zusammenschlüssen, aber alle Institutionen und Organisationen verschwinden, die heute auch dann weiterexistieren, wenn es keine Menschen gibt, die sie wollen und tragen (außer denen, die es machen, um damit Geld zu verdienen). Auf dem Weg zu einer Gesellschaft ohne oder mit weniger Ökonomie sind verschiedene Teilschritte denkbar, die allein das Ziel nicht erreichen, aber dem immer ein Stück näher kommen.

Absicherung durch Grundsicherung oder Subsistenz

Subsistenz bedeutet die Fähigkeit, sein Leben selbst zu organisieren. Das beinhaltet die Möglichkeit zur Befriedigung der Grundbedürfnisse (Nahrung, Wasser, je nach Wohnort ein Dach über dem Kopf und Heizung u.ä.) und zur Entwicklung der kulturellen Gemeinschaft zwischen Menschen.

Die Absicherung von Menschen kann vor der Auflösung zentraler ökonomischer Strukturen über verschiedene Wege führen. Diskutiert wird bereits die finanzielle Absicherung über eine Grundversorgung, d.h. ein staatlich gesichertes Gehalt. Dieses darf nicht an Bedingungen geknüpft sein, weil es sonst in gleicher Weise wie ein Arbeitsplatz zu konformen Verhaltensweisen führt, also nicht absichert, sondern kanalisiert. Sinnvoller, vor allem in Hinblick auf eine Weiterentwicklung in Richtung einer herrschaftsfreien Gesellschaft, wäre die Absicherung über materielle Werte, vor allem einen Anteil am Bodenbesitz. Diese müssen unverkäuflich sein, damit nicht über Zwang, ökonomischen Druck u.ä. diese Sicherungen wieder entfallen bzw. bei wenigen zusammengeführt werden. Bei einer Absicherung über einen Anteil am Boden können die Menschen selbst entscheiden, ob sie diesen selbst bewirtschaften, anderweitig nutzen oder aber verpachten (auf welcher Tauschbasis auch immer) bzw. mit anderen gemeinsam nutzen.

Individueller und gemeinsamer Abbau ökonomischer Zwänge

Ein hoher materieller Lebensstandard ist daher für Menschen ohne vorhandenes Kapital gleichbedeutend mit starken Zwängen, d.h. der Notwendigkeit, den Gegenwert der materiellen Güter zu erwirtschaften. Der einfachste Teilschritt, sich ökonomischen Zwängen zu entziehen, ist daher die Beschränkung der im freien Markt erworbenen, materiellen Werte und Dienstleistungen. Das ist nicht gleichbedeutend mit Verzicht. Zum einen entsteht ein Gewinn: Zeit und Freiheit. Zum anderen gibt es für die Schaffung eines ausreichenden Lebensstandards auch Alternativen zum Markt, z.B. Tausch oder Eigenproduktion. Zu den Möglichkeiten, den materiellen Bedarf zu senken, gehören auch Eigentumsgemeinschaften: Wo Sachwerte nicht individuell zugeordnet, sondern von mehreren genutzt werden, sinkt der wirtschaftliche Druck auf den Einzelnen, diese zu beschaffen, instandzuhalten usw. Die bekanntesten Fälle solcher Eigentumsgemeinschaften sind das Car-Sharing oder geteiltes Hauseigentum.

Am konsequentesten sind Gütergemeinschaften, d.h. die Teilung aller materiellen Werte innerhalb eines Zusammenschlusses von Menschen in freier Vereinbarung.

Dezentralisierung von Politik und direkte Demokratie

Jeder Schritt gesellschaftlicher Machtverlagerung nach unten sowie verbesserter Beteiligungsrechte für die BürgerInnen bedeutet einen Fortschritt hin zur Herrschaftsfreiheit. Zur Zeit bietet sich aber nur ein geringer Rahmen für solche Veränderungen. Die Bemühungen um direkte Demokratie stärken die Rechte der Menschen für Einzelfälle und meist außerhalb vieler Politikbereiche, die von der Entscheidungsbefugnis ausgenommen sind.

Verbesserungen der Beteiligungsrechte für alle Menschen bzw. die BürgerInnen einschließlich des vollen Einsichtsrechts werden auch die Mitwirkungsmöglichkeiten bei ökonomischen Entscheidungen stärken, vor allem bei der Gewerbeansiedlung und Flächennutzung. Zudem stellt die direkte Demokratie die Mittel bereit, per BürgerInfen- oder Volksentscheid weitergehende Veränderungen durchzusetzen.

Zerschlagung/Entmachtung zwangausübender Wirtschaftsinstitutionen

Das richtige Tun ist ein Teil des Ganzen, würde aber angesichts der Übermacht der bestehenden Ordnungsstrukturen nur in Nischen eine Chance haben und in der Wirkung nur wenige Menschen erreichen. Es gilt, sich gegen Institutionen und Organe, die ökonomische Zwänge ausüben, zu erheben. Viele von ihnen können unter Druck gesetzt werden, wenn sich viele Menschen einig wären in der Verweigerung und in ihrem Protest, z.B.

- Blockaden, Besetzungen oder Aktionen in Arbeits- und Sozialämtern, die mit der Androhung der Minderung oder des Entzugs der finanziellen Überlebensgrundlage Menschen zur Bereithaltung oder zum Verkauf ihrer Arbeitskraft zwingen; Forderung nach Freiräumen zur Selbstorganisation statt fremdbestimmter Verwertung im Arbeitsmarkt.
- Streiks und andere Arbeitskampfformen gegen die Firmenleitungen und für mehr Mitbestimmung oder Kollektivierung sowie höhere Autonomie der Menschen.
- Umsturz innerhalb der Gewerkschaften, um diese zu einer Plattform des Widerstandes gegen die Macht der Ökonomie und der Konzerne zu machen.
- Widerstand gegen die Macher der weltweiten Wirtschaftsordnungen, u.a. die Welthandelsorganisation WTO, die Weltbanken und Weltkreditinstitute, die Weltwirtschaftsgipfel usw.
- Widerstand gegen alle Grenzen zwischen Ländern, der Nationalstaaten und ihnen ähnlichen Gebilden (z.B. der EU), denn sie alle bedeuten »Ordnungen«.
- Widerstand gegen die lokalen und regionalen AkteurInnen der Wirtschaftsordnung, d.h. dominante Konzerne, Industrie- und Handelskammern und andere, die mit Rechten ausgestattet sind und so von oben (Wirtschafts-)Ordnungen schaffen.
- Besetzung von Flächen, die seitens der Politik (z.B. über Baulandausweisung) für die Stärkung zentraler Konzerne oder der nötigen Infrastruktur ausgewiesen werden.

Ökonomie von unten

Wo ökonomische Strukturen bleiben (das wird am Beginn des Veränderungsprozesses fast überall, mit zunehmendem Abbau ökonomischer Zwänge und Institutionen immer seltener der Fall sein), muß sie von den Menschen getragen und organisiert, d.h. selbstverwaltet, sein. Wenn alle verbleibenden Arbeitsstrukturen selbstverwaltet organisiert wären, wäre eine Ausbeutung von Mensch und Natur schwerer möglich. Im günstigsten Fall gibt es die folgenden Wirkungen, wenn alle Bereiche selbstverwaltet sind, also wirtschaftliches Handeln nur noch entsteht, wenn sich Menschen in freier Entscheidung dazu entschließen.

- Der Bau von Großanlagen oder zentralen Versorgungsstrukturen ist nicht oder kaum möglich, weil sich kein Mensch freiwillig (also ohne Verfügbarmachung über Lohnzahlung oder Unterdrückungsmaßnahmen) dafür bereitfinden wird, über viele Jahre und ohne eigene Identifikation an solchen Mammutprojekten zu arbeiten.
- Lokale und regionale Bezüge werden gegenüber überregionalen und internationalen Arbeitsstrukturen und Handelsbeziehungen bevorteilt, weil internationale Geflechte ständig Transport- und andere Leistungen verlangen, die auf der Ausbeutung von Mensch (BilliglohnarbeiterInnen) und Natur (Rohstoffen) basieren. Wenn alle (!) Betriebe selbstverwaltet sind, werden auch im Trikont Kollektive als Gesprächspartner für Kollektive aus dem reichen Norden bereitstehen und keine ausbeutbare, verfügbare Masse Mensch.
- Es wird kleinere Betriebe bzw. Betriebseinheiten geben, da nur diese selbstverwaltet arbeitsfähig sind. Kooperationen werden durch freiwillige Vereinbarungen und nicht von oben oder per Bankensteuerung geschlossen. Die Arbeitsformen werden vielfältiger, alle Menschen arbeiten gemäß ihren Fähigkeiten und Zeitmöglichkeiten.
- Gewerkschaften und ArbeitgeberInnenverbände gibt es nicht mehr. Die Menschen vertreten sich selbst.

Dezentralisierung ökonomischer Strukturen

Je direkter wirtschaftliche Kontakte organisiert werden, desto einfacher wird es möglich, daß die beteiligten Menschen diese selbst verwalten. Daher sind kleinräumige Strukturen des Wirtschafteris und Handels kleine Schritte in Richtung des Abbau ökonomischer Hierarchien. Konkrete Anfänge sind Tauschringe, Tauschhandel, Kooperativen, Direktvermarktung und gemeinsames Eigentum.●

HINWEIS:

Der Text ist ist die Kurzfassung eines Kapitels aus dem Buch »Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit«, daß im April 1999 im IKO-Verlag erschienen ist (39,80 DM, Autor: Jörg Bergstedt).

Anmeldung zum Kongreß »Anders arbeiten – oder gar nicht?!«

Hiermit melde ich mich zum Kongreß »Anders arbeiten – oder gar nicht?!« an.
Kongreßbeitrag: 10,– bis 50,– DM nach Selbsteinschätzung

Name: _____

Institution: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

fon/fax: _____

Email: _____

O Den Kongreßbeitrag von 10,– bis 50,- DM (nach Selbsteinschätzung) überweise ich auf das Konto: Förderverein Netzwerk Selbsthilfe, Konto: 3023301, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 000, Stichwort: Kongreß.

O Ich möchte am gemeinsamen Mittagessen teilnehmen (nur nach Anmeldung). Unkostenbeitrag: 12,-DM. Den Betrag überweise ich auf das o.g. Konto zusammen mit dem Kongreßbeitrag. Stichwort: Kongreß/Essen.

O Ich nehme voraussichtlich an folgendem Workshop teil:

O Am Samstag brauche ich eine Kinderbetreuung für ..... Kinder

O Ich bin RollstuhlfahrerIn und benötige Unterstützung.

Datum/Unterschrift

_____

Bitte schickt eine Einladung auch an:

_____

_____

_____

Anmeldung schicken an:
Netzwerk Selbsthilfe, Kongreßbüro, Gneisenaustr. 2a, D-10961 Berlin
oder per Fax an: (0 30) 691 30 05
Rückfragen: Tel. (0 30) 695 98 306
eMail: Netzwerk-Kongress@t-online.de

BERLIN VOM 23. BIS 25.4.1999: (Internet: www.nadir.org/nadir/periodika/contraste/kongress

Kongreß »Anders arbeiten – oder gar nicht?« Politische und rechtliche Rahmenbedingungen des »Dritten Sektors

Programm Freitag, 23.4.99

12.00 Uhr Projekterundfahrt
19.00 Uhr Auftaktreferat: Was ist der »Dritte Sektor«, Ziele der Konferenz (InitiatorInnenkreis)
19.30 Uhr Podiums- und Plenumsdiskussion
Thema: Wie werden, sollen und wollen wir zukünftig arbeiten? Welche Perspektiven und welche Zukunft bestehen für einen Tätigkeitssektor jenseits von Staat und Markt?
Es diskutieren: Prof. Ingrid Kurz-Scherf (FH Bielefeld), Prof. Rolf Schwendter (FH Kassel, Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise), Norbert Trenkle (Krisis-Gruppe), Annette Zimmer (Uni Münster). **Moderation:** Holger Thärichen.
ab 22.00 Uhr Gemütliches Beisammensein

Programm Samstag, 24.4.99

10.00 Uhr: Auftaktplenum mit Kurzinfos zu den Workshops

10.30 Uhr: Workshops
Ziel der Workshops ist es, im jeweiligen Themenbereich Forderungen für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen im »Dritten Sektor« zu erarbeiten:

- Genossenschaften – Perspektiven für mehr Beschäftigung
- Selbstverwaltung und Selbstorganisation: Kann »Neue Arbeit« ein zweites Standbein neben der Erwerbsarbeit werden?
- 2. Arbeitsmarkt – »the meaning of life« (Öffentlich Förderung für dauerhafte Beschäftigung)
- Lokale Foren und Partnerschaften – Chancen für eine nachhaltige Entwicklung
- Existenzgeld für Ehrenamtliche – Voraussetzung für den 3. Sektor?
- Arbeit, Gender und 3. Sektor – die Zukunft der Arbeit im Wandel der Geschlechterverhältnisse
- Ohne Moos nix los? Tauschringe in der lokalen Ökonomie

13.00 Uhr: Mittagessen

16.30 Uhr: Strategie- und Perspektivdiskussion: Wie geht's weiter nach dem Kongreß?
ab 20.00 Uhr:
Kulturprogramm und Fest

Programm Sonntag, 25.4.99

10.30 Uhr:
Kabarett zu Rot/Grün mit Gerald Wolf
11.00 Uhr: Diskussion des Forderungskataloges mit PolitikerInnen
Podium: Wolf Schulgen (SPD, Staatssekretär für Arbeit und Berufliche Bildung), Dr. Sybill-Anka Klotz (Bündnis90/Die Grünen), Heidi Knake-Werner (Arbeitsmarktpolitische Sprecherin der PDS), Petra Meyer (Abteilungsleiterin für Arbeitsmarkt- und Gleichstellungspolitik beim DGB-Landesbezirk Berlin-Brandenburg) sowie VertreterInnen aus Kongreß-Arbeitsgruppen.
Moderation: Leonie Baumann (Neue Gesellschaft für Bildende Künste)
In Planung: Politische Aktionen, Dokumentation.

ENDE DER BESCHEIDENHEIT – GIPFEL STÜRMEN

Jetzt geht's richtig los – auf nach Köln!

Viele Organisationen arbeiten seit Monaten an der Vorbereitung von Aktionen zu den Gipfeln im Juni. Im Bündnis Köln 99 hat sich ein breites Spektrum großer und kleiner, »gemäßigter« und »radikaler«, auf politische Lobbyarbeit und auf Basisaktivitäten ausgerichteter Gruppen zusammengefunden.

Kristian Golla/Isabel Martin/Werner Rätz, Bündnis Köln 99 ● Es ist lange her, daß es dies einer einer solchen Vielfalt gegeben hat. Die Zusammenarbeit war – auch wenn sie nicht immer ganz einfach war – in jeder Phase von einem erstaunlich großen und eindeutigen Willen getragen, gemeinsam unübersehbare Gegenpunkte zur Selbstzelebration der Macht zu setzen. Noch stehen nicht alle Details fest, trotzdem wollen wir euch mit diesem Beitrag über einen ersten Zwischenstand informieren.

Foto: Umbruch Bildarchiv, Berlin

Aktionsplanungen

Es wird in der ersten Junihälfte in Köln eine Vielzahl von Aktivitäten geben, die Organisationen alleine oder in wechselnden Kooperationen planen. Wie die meisten von euch wissen, hat sich das Bündnis Köln 99 auf die gemeinsame Durchführung von vier Aktionen verständigt: Ein Alternativkongress zum EU-Gipfel findet am 28.5. und vom 30.5. bis 2.6. statt, einer gegen den Weltwirtschaftsgipfel vom 16. bis 18.6. (siehe auch eigene Artikel in dieser Ausgabe). Wenn alles gut klappen soll, ist eure Mitarbeit nötig: Meldet frühzeitig Interesse an Infoständen etc. an; versucht möglichst selbständig einen Schlafplatz zu finden; überlegt, ob und wie ihr praktisch mitarbeiten könnt (Auf- und Abbau, Aufräumen, Eintritt o.ä. kassieren).

Demonstrationen

Am 29.5. findet als Abschluß der europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung, Ausgrenzung und Rassismus eine Demonstration statt. Da der EU-Gipfel am 3. und 4. Juni (donnerstags und freitags) tagt, für eine breite, europaweite Beteiligung aber ein Samstagstermin unerläßlich ist, gab es zu diesem Datum keine Alternative. Ein Bündnis linksradikaler, autonomer und antifaschistischer Gruppen mobilisert für den 3.6. zu einer eigenen Demonstration.

Am 19.6. findet eine Demonstration gegen den Weltwirtschaftsgipfel statt, die in Themen und RednerInnen stark an den Interessen des Südens ausgerichtet sein wird. Am gleichen Tag organisiert die Kampagne »Erlaßjahr 2000 – Entwicklung braucht Entschuldung« eine Menschenkette um den Tagungsort des Gipfeltreffens.

Zwischen beiden Aktionen gibt es Absprachen bezüglich Zeiten und Orten, eine Teilnahme an beiden ist möglich; das Anliegen der Kampagne wird auf der Schlußkundgebung der Demo vertreten sein. Für alle Demos gibt es z. Zt. noch keine polizeilich bestätigten Routen und Kundgebungsplätze. Der einzig wirklich geeignete Ort für solche Großveranstaltungen – der Kölner Neumarkt – ist teilweise Baustelle und wurde schon vor über Jahresfrist dem Circus Roncalli zugesichert, der auch über rechtlich bindende Verträge verfügt. Es stehen Ausweichmöglichkeiten zur Verfügung, die aber einige praktische Probleme aufwerfen – nicht zuletzt dadurch bedingt, daß schon die offiziellen Gipfel zu empfindlichen Bewegungseinschränkungen führen.

Fest steht, daß alle Demonstrationen in der Kölner Innenstadt stattfinden werden. Die Veranstalter werden notwendige Klärungen (auch gegenüber der Polizei) gemeinsam herbeiführen.

Mobilisierung

Diese Zusammenarbeit ist auch vor Ort, in den Städten notwendig. Wir bitten euch deshalb dringend:

- Bildet örtliche Bšndnisse!
- Organisiert gemeinsame Anreisemöglichkeiten und bietet sie vor Ort breit an!
- Erkundigt euch, ob die Kampagne Erlaßjahr schon Vorklärungen getroffen hat und sprecht über mögliche Zusammenarbeit! (Erlaßjahr 2000, Lindenstr. 58, D-53721 Siegburg, Tel. 0 22 41 59 12 26, Fax 59 12 27)
- Führt Veranstaltungen durch, schreibt Flugblätter, (Alternativ-)Zeitungsartikel, LeserInnenbriefe, klebt Palakte, verteilt die Aktionszeitungen von Bündnis Köln 99!
- Meldet uns baldmöglichst, wieviele Busse kommen werden! Wir organisieren ein Anreise- und Park-Leitsystem: Jeder Bus erhält eine farbliche Kennzeichnung, Anreisebeschreibung, organisatorische Hinweise, Stadtplan.

Finanzen

Das Bündnis Köln 99 umfaßt keine finanziell potenten Organisationen. Wir haben zwar schon eine Menge Geld aufgetrieben, aber noch mehr ausgegeben. Die Beteiligung aller ist notwendig, um die Aktionen abzusichern! Im Büro kann mensch einen »Bettelbrief« bekommen. Darin stellen wir das Bündnis kurz vor und bitten um finanzielle Unterstützung. Der Brief richtet sich an alle, aber vornehmlich an solche Personen, die mit vielerlei Aktivitäten nicht ohnehin schon praktisch und finanziell überlastet sind. Bestimmt kennt fast jedeR Menschen, die außerhalb der Arbeitszusamenhänge unserer Aktionen stehen, sie aber politisch richtig und notwendig finden. Bitte gebt den Brief unterzeichnet an diese weiter; ihr könnt uns auch die Anschriften mitteilen, die nur zu diesem einen Anschreiben benutzt und dann vernichtet werden, dann schreiben wir sie direkt an.

Die erste Voraussetzung fšr einen Erfolg unserer gemeinsamen Aktionen ist geschafft – die politische Einigung auf ein breites Bündnis. Die zweite ist das Mitziehen vieler Menschen und Gruppen vor Ort:
Jetzt geht's richtig los – auf nach Köln!●

RÜCKMELDECOUPON

Das Bündnis Köln '99 gibt einen Rundbrief mit allen wichtigen Informationen und demnächst die Aktionszeitung Nr. 2 heraus.

O Ich will Eure Rundbriefe und alle wichtigen Informationen erhalten.
O Ich bestelle ..... Exemplare der Aktionszeitung Nr.2
O Ich zahle für diese Materialien einen Betrag von ..... DM (Briefmarken, V-Scheck, Überweisung).
O Ich bitte um die Zusendung von ..... unterschriebenen Exemplaren des Bettelbriefes; ich schikke sie selbst ab.
O Bitte schickt den Bettelbrief an folgende Anschriften (extra Zettel beilegen, den wir dann vernichten könnnen!).
O Aus unserer Stadt kommen voraussichtlich ..... Busse; schickt mir alle Unterlagen dafür.
O Ich suche Kontakt zu anderen Aktiven in meiner Umgebung.
O Meine Anschrift kann an andere Aktive in meiner Umgebung weitergeben werden.
O Ich unterstütze unsere gemeinsamen Aktionen mit einer Spende von ..... DM und zahle auf Konto Nr. 13 23 20 87 Stadtsparkasse Köln (BLZ 370 501 98).

Name: _____

Gruppe: _____

Straße: _____

Ort: _____

Unterschrift: _____

Abschicken an: Bündnis Köln '99, Körnerstr. 69, D-50823 Köln

BÜNDNIS KÖLN 99:

Aufruf

Der Kapitalismus ist für uns kein zu realisierender Traum, sondern ein bereits existierender Alptraum.

Eduardo Galeano

In Köln findet vom 3. bis 4. Juni 1999 der nächste Gipfel der EU – diesmal unter deutschem Vorsitz – statt. Vom 18. bis zum 20. Juni folgt ihm der letzte Weltwirtschaftsgipfel in diesem Jahrhundert.

Von ihrem laut verkündeten Ziel, weltweit das wirtschaftliche Wohlergehen zu fördern, ist die herrschende Weltordnung weit entfernt. In ihrem aktuellen Gewand des Neoliberalismus stellt diese Ordnung nach wie vor eine Bedrohung für die Menschen dar. Sie zerstört die Umwelt ebenso wie die soziale Sicherheit. Sie verschärft Armut und Ausgrenzung, Erwerbslosigkeit und die Verschuldung der »Dritten Welt«. Sie verfestigt und begünstigt die Unterdrükkung und Ausbeutung besonders von Frauen weltweit. Ökologischer Raubbau und kriegerische Gewalt nehmen zu.

Bei gleichzeitigem Reichtum und Warenüberfluß wie nie zuvor in der Menschheitsgeschichte haben die Schulden der arm gemachten Länder gigantische Größenordnungen erreicht. Die Schuldenfalle läßt ihnen kaum eine Entwicklungsperspektive: Die reichen Gläubiger haben sich damit auf Generationen hinaus die »Rechte« an Ressourcen und zukünftigen Arbeitsleistungen der Schuldnerländer angeeignet. Gleichzeitig müssen sich die Schuldnerländer den Auflagen von IWF und Weltbank beugen, die darauf hinauslaufen, daß sich die Lebensbedingungen der Menschen verschlechtern.

Über 100 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht vor Armut, Krieg, Unterdrückung und Umweltzerstörung. Weit davon entfernt, ihre Verantwortung für diese Situation anzuerkennen, errichten die EU- und G7-Staaten rund um ihre Grenzen Zäune und Mauern. Flüchtlinge werden verjagt und zum Teil sogar getötet, wenn sie versuchen, diese zu überwinden. Flüchtlinge und EinwanderInnen werden diskriminiert, ausgegrenzt und zum Teil abgeschoben. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit bedrohen häufig ihr Leben. Staatliche Politik und alltäglicher Rassismus reichen sich die Hand.

Die ungleiche Verteilung des Wohlstandes nimmt beständig zu, sowohl zwischen den Industrieländern und der »Dritten Welt« als auch innerhalb der reichen kapitalistischen Länder. In der Bundesrepublik z.B. verfügen 10% der Haushalte über 50% des gesamten Vermögens, während die ärmeren gerade mal 2,5% des Vermögens besitzen. Deregulierung und Erwerbslosigkeit führen zu verstärkter Ellenbogenmentalität, Ausgrenzung und Entsolidarisierung.

Gegen diese »Ordnung« der Welt hat sich längst international Widerstand organisiert. In allen Teilen der Welt kämpfen Menschen gegen die verschiedensten Formen der Ausbeutung und Unterdrückung. Menschen setzen sich gegen Naturzerstörung, ökologischen Raubbau und Ressourcenvergeudung zur Wehr. Sie wenden sich gegen die gesellschaftliche Ausgrenzung aller, die als nicht »normal« definiert werden, wie Schwule und Lesben oder Behinderte. Frauen wehren sich gegen allgegenwärtige patriarchale Strukturen, gegen die Ausbeutung in Familie und am Arbeitsplatz, gegen Mißbrauch und Gewalt.

Nicht nur in den Schuldnerländern Asiens, Afrikas, Lateinamerikas und Osteuropas gibt es Bewegungen, die sich gegen die Schuldenfalle und die Globalisierung des Elends wehren. Auch in den Gläubigerstaaten fordern immer mehr Menschen und Institutionen Schuldenstreichung. Überall fordern einige darüber hinaus Entschädigung für die bisherige Ausbeutung. Erwerbslose und Beschäftigte haben begonnen, sich international zusammenzuschließen und grenzübergreifende Aktionen zu organisieren. Illegalisierte, Flüchtlinge und MigrantInnen haben sich zusammengeschlossen, und es hat sich eine Vielfalt antirassistischer Initiativen quer durch die Gesellschaft herausgebildet, die Solidarität gegen Rassismus organisiert.

Ungeachtet der Tatsache, daß inzwischen in allen europäischen G7-Ländern sozialdemokratisch geführte Regierungen bestehen, kommt es darauf an, sich jetzt nicht mit kosmetischen Kurskorrekturen zufrieden zu geben. Gesellschaftlicher Druck ist notwendig, um tatsächliche grundlegende Veränderungen zu erreichen. Für das nächste Jahrtausend müssen die Weichen der Weltwirtschaftsordnung umgestellt werden. Nicht die Gewinninteressen der transnationalen Konzerne und Banken, sondern die Interessen der großen Mehrheit der Menschen wie das Recht auf Nahrung, Wasser, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung, intakte Umwelt, Bildung und Arbeit müssen auf der Tagesordnung stehen. Es reicht nicht, sie in der »Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte« unverbindlich zu kodifizieren, sondern sie müssen die tatsächlichen Eckpfeiler einer neuen Weltwirtschaftsordnung sein. Es geht nicht darum, Almosen zu verteilen, sondern wirtschaftliche Verhältnisse zu schaffen, die weder auf Ausbeutung noch auf Unterdrückung basieren.

Wie bei den vergangenen Weltwirtschaftsgipfeln und EU-Gipfeln wollen wir auch diesmal in Köln dafür sorgen, daß diese Gipfel nicht ohne lautstarke Proteste verlaufen. Mit unseren Aktionen wollen wir unsere Alternativen vorstellen und zeigen, daß viele Menschen nicht bereit sind, die bestehende zerstörerische Weltordnung einfach hinzunehmen. Sie sollen auch öffentliches Forum sein für die Opfer dieses Weltsystems, z.B. für illegalisierte Flüchtlinge, Erwerbslose, verfolgte GewerkschafterInnen und politische Gefangene, und für VertreterInnen von Befreiungsbewegungen.

Wir fordern:

- Streichung aller Schulden der armen Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas
- Existenzsicherung und Recht auf sozial geschützte Arbeit!
- Für eine Welt ohne Grenzen, ohne Rassismus und Ausgrenzung, ohne Abschiebung.
- Gleiche Rechte für alle, unabhängig von ihrer Herkunft!
- Neugestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen nach sozialen und ökologischen Kriterien!

Deshalb rufen wir zu folgenden Aktionen auf:

- Europäische Märsche gegen Erwerbslosigkeit, prekäre Beschäftigung, Ausgrenzung und Rassismus
- Demonstration gegen den EU-Gipfel am 29.05.99
- EU-Alternativgipfel vom 29.05.-02.06.99
- G7-Alternativgipfel vom 17.-18.06.99
- Demonstration gegen den G7-Gipfel am 19.06.99

Kontoverbindung: Kontonummer 13 23 20 87 · Stadtsparkasse Köln · BLZ 370 501 98

ALTERNATIVKONGRESS DES KÖLNER BÜNDNISSES '99 VOM 16.–18.6: JENSEITS DES NEOLIBERALISMUS – NEUE STRATEGIEN GESELLSCHAFTLICHER EMANZIPATION

»Das Alte stirbt und das Neue ist noch nicht zur Welt gekommen«

von Thomas Seibert ● In den siebziger Jahren setzt weltweit der politische, ökonomische und ideologische Umbruch ein, dessen vielfältige Erscheinungen mehr schlecht als recht im Begriff des »Neoliberalismus« gebündelt werden. Als »neoliberal« wird bezeichnet, was zum Prozeß der »Globalisierung« beitrug und beiträgt: die wilde Jagd eines aus seinen nationalen Beschränkungen freigesetzten Kapitals, das auf der Suche nach den aktuell günstigsten Verwertungsbedingungen über den ganzen Erdball hetzt. Neoliberal ist die Mobilisierung aller natürlichen und sozialen Ressourcen in der entfesselten Konkurrenz der transnationalen Konzerne.

Neoliberal ist der Umbau des fordistischen Sozialzum »nationalen Wettbewerbsstaat«, der den Kapitalfluß deregulieren, zugleich aber die Arbeitskräfte dort festhalten und dorthin treiben muß, wo sie benötigt werden – wenn sie denn benötigt werden. Die wettbewerbsstaatlichen »Reformen« haben mittlerweile nahezu sämtliche sozialen Kompromisse aufgelöst, die die historische Arbeiterbewegung der Metropolen und die Befreiungsbewegungen der Peripherien dem Kapital historisch haben abringen können. Dies hat zu einer radikalen Polarisierung und Hierarchisierung der sozio-ökonomischen Verhältnisse geführt, zu einer Vertiefung der Spaltungen zwischen Metropole und Peripherie, zwischen den politischen Blöcken, zwischen den jeweiligen Ländern, in jeder einzelnen Gesellschaft: eine weltweite strukturelle Apartheid. Damit einhergehend die Auflösung traditioneller sozialer Bindungen, die rückhaltlose Vereinzelung der Individuen und ihre Neu-Formierung entlang vielfältiger Ausgrenzungsprozesse ethnizistischer, rassistischer und sexistischer Art. Neoliberal ist zuletzt auch die Ideologie eines gnadenlosen Produktivismus, der die deregulierten Gesellschaften ebenso unterworfen werden wie die auf sich vereinzelten Individuen.

In nahezu ungebrochener zwanzigjähriger Offensive zum »apokalyptischen Untier« ausgewachsen, scheint der Neoliberalismus alle emanzipativen Kräfte zu lähmen und jede Gegenwehr auszuschliessen. Und trotzdém: Spätestens seit den Aufständen im Chiapas verbreitet sich eine Losung, die Freund und Feind wieder zu trennen vermag und deshalb Alternativen möglich werden läßt:
»Für eine menschliche Gesellschaft
und gegen den Neoliberalismus!«

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

So verschwommen diese Losung bis heute auch geblieben ist, ihr Auftauchen markiert einen Bruch, der sich unter unseren Augen immer weiter und immer schneller vertieft und mittlerweile eines deutlich werden läßt: Der Neoliberalismus hat sich eben nicht als hegemoniales Projekt einer krisenfesten Neuordnung der Welt etablieren können – die Krise, die er überwinden sollte, sucht den Kapitalismus heute stärker heim als je zuvor. Davon künden die makroökonomischen crashs in Asien, Rußland und Lateinamerika ebenso wie der immer offenkundigere Bankrott der wettbewerbsstaatlichen Regime auch in den Metropolen. Höchste Zeit, von hilflosen Appellen zur »Zivilisierung des Marktes« zum Entwurf grundlegender Alternativen überzugehen. Schließlich verdankte sich die endlich bröckelnde Dominanz des Neoliberalismus nicht zum Fehlen eines Gegenmodells zur »sozialen Marktwirtschaft«.

Schaltzentralen der neoliberalen Offensive

Zwei Jahre nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems, 1973 eingeführt, waren die Gipfeltreffen der sog. G7-Staaten eine der Schaltzentralen der neoliberalen Offensive. Zum intimen Meinungsaustausch der Mächtigen eingerichtet, dienten sie gleichzeitig symbolischer Herrschaftssicherung: wie in den Zeiten der Monarchie sollte das Volk auf den Straßen ergriffen der Zusammenkunft der Herren der Welt beiwohnen. Während die Gipfel zum Medienspektakel wurden, verlagerte sich die Entscheidungsgewalt in die zweite Reihe, zu den Ministern und ihren Stabschefs. Die trugen zusammen, was ihnen die »Sachzwänge« ihres eigenen Marktradikalismus vorgaben und stimmten dann ab, was IWF und Weltbank am Schluß ausführten.

G7-Gipfel und IWF-Konferenzen waren allerdings immer auch Anlaß zur Mobilisierung der emanzipativen Kräfte der Gesellschaft. Höhepunkt solcher Gegenbewegung waren die Treffen der Jahre 1988 und 1992 und im letzten Jahr der Gipfel von Birmingham. Daran ist anzuknüpfen, gerade jetzt, wo die Krise des neoliberalen Projekts offen zu Tage liegt.

Alternativ-Gipfel

Der Alternativkongreß des Kölner Bündnisses '99 will neue Strategien gesellschaftlicher Emanzipation diskutieren. Sofern sie den Rücklauf der neoliberalen Offensive zur Voraussetzung und die Umkehr der gegenwärtigen politisch-ideologischen Hegemonien zum Ziel haben, können sie nicht mehr als Strategien des Übergangs sein: Möglichkeiten einer Zeit, in der »das Alte stirbt und das Neue noch nicht zur Welt gekommen ist« (Gramsci). Dem entspricht, daß die sich abzeichnende Niederlage des Neoliberalismus nicht gleich die Überwindung des kapitalistischen Weltsystems einschließt: zur Disposition steht zunächst einmal nur eine offenbar gescheiterte Regulationsweise dieses Systems.

Umso wichtiger aber ist, daß die gesuchten Strategien gesellschaftlicher Emanzipation so bald als möglich die Autonomie gewinnen, in der der defensive Charakter des Beginnens unter feindlicher Dominanz so bald als möglich überwunden werden kann. Deshalb ist diese Autonomie selbst das nächste Ziel der Diskussionen, die auf dem Alternativkongreß zu führen sind. Zu gewinnen ist sie, wenn Tagesforderungen mit mittel- und langfristigen Zielen so vermittelt werden, das die Notwendigkeit grundlegender Alternativen schon in den nächsten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zur Erfahrung möglichst vieler Menschen werden kann. Dabei ist die gesuchte Alternative weder eine utopische Konstruktion noch ein bloß moralisches Ideal. Sie ist – um gerade an dieser Stelle mit Marx und Engels zu reden – »die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung« (MEW 3, S. 35).●

PERSPEKTIVEN GEGEN DIE SCHÖNE NEUE EXPO-WELT

Macht Zukunft Spaß

Der 22. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) findet vom 28. bis 31.10. 1999 in Hannover statt. Der BUKO nimmt – wenige Monate nach dem G7-Gipfel in Köln – die Internationale Weltausstellung EXPO 2000 (1.6. bis 31.10.2000) zum Anlaß, die Debatten über emanzipatorische Politik jenseits der herrschenden Weltordnung weiterzuführen.

»The knowledge of the poor is rich - ...«

Die Entwicklung solidarischer Lebenszusammenhänge steht im Zentrum vieler sozialer und politischer Bewegungen in Deutschland, Europa und in anderen Kontinenten. Für sie will der BUKO 22 ein Diskussionsforum schaffen. Die Leitfragen entwickeln sich aus der praktischen Arbeit der beteiligten Gruppen und Organisationen und artikulieren ihre grundlegende Kritik zu den Mainstream-Perspektiven, wie sie die EXPO 2000 inszeniert.

172 Regierungen und 14 internationale Organisationen haben sich bis Februar 1999 auf Einladung der Bundesregierung als »offizielle Teilnehmer« zur EXPO 2000 angemeldet. Diese werden den größten Teil der Ausstellungen auf dem EXPO-Messe-Gelände bestreiten. Als »nichtoffizielle Teilnehmer« sind multinationale Konzerne, NGOs u.a. Institutionen im Spiel. Die *EXPO 2000 GmbH* managt das Großereignis. Ob es um Hunger in der Welt geht, um Armut oder Umweltzerstörung, die EXPO GmbH verspricht in »atemberaubenden Ausstellungsbeiträgen« »Lösungsvorschläge für die Probleme der Zukunft anschaulich, aktiv und mit allen Sinnen erlebbar« zu machen (www.expo2000.de). Neben einem 'Kultur- und Ereignisprogramm' sind ein 'Themenpark' zu 11 Einzelthemen, 'weltweite Projekte' und das Konferenzprogramm 'Global Dialogue' in Planung.

»... the knowledge of the rich is toxic« (S. Narain)

Die Ausstellenden sollen sich am Konzept nachhaltiger Entwicklung der Agenda 21 orientieren. Nach diesem Konzept wäre es möglich, gleichzeitig Wirtschaftswachstum, Ressourcenschonung und den Abbau der weltweiten sozialen Ungleichheiten zu erreichen – unter Beibehaltung bzw. Intensivierung der bestehenden patriarchal-kapitalistischen Weltordnung. Etwa 40 Mio. BesucherInnen werden zu der riesigen Wirtschafts- und Technikshow erwartet. Sie sollen für mehr Wachstum, mehr Technik und mehr »Liberalisierung« des Handels begeistert werden – nach dem altbekannten Motto: Ist die Wirtschaft gesund, freut sich der Mensch.

Im Gegensatz zur »Wissenspopularisierung« a la EXPO 2000 ist für den BUKO 22 eine kritische und kontinuierliche Auseinandersetzung relevant . Folgende Themen der politischen, sozialen und kulturellen Praxis werden im Mittelpunkt stehen:

- Globalisierung und Neoliberalismus
- Nachhaltige Entwicklung und Herrschaft
- Perspektiven eines neuen Verständnisses internationalistischer Arbeit
- Kooperation und Vernetzung von sozialen, politischen und kulturellen Bewegungen
- Zukunftsentwürfe und Gegenmacht von unten

Vier Foren für den BUKO 22

Für den BUKO 22 werden vier Foren organisiert, die jeweils in einzelnen Arbeitsgruppen zentrale Fragen, praktische Erfahrungen und Perspektiven diskutieren. Anknüpfend an zentrale Positionen des Konzeptes »Expo 2000« wird am ersten Tag die kritische Bestandsaufnahme der herrschenden Verhältnisse im Vordergrund stehen. Am zweiten Tag dreht sich die Diskussion um Zukunftsentwürfe »von unten« und Perspektiven emanzipatorischer Politik. Auch Gäste aus anderen Ländern sind zum BUKO 22 eingeladen. Zur Eröffnung der Diskussionstage und für die Auswertung am Sonntag werden SprecherInnen aus politischen und sozialen Bewegungen erwartet, deren Beiträge besonders für zukünftige Kooperationen vielversprechend sein dürften.●

Aktuelles Programm, Informationen und Anmeldung:
BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34,
D-22765 Hamburg, Tel.: (0 40) 39 31 56, Fax: 390 75 20,
Email: buko@cl-hh.cl.sub.de

EUROPA IN KÖLN

Der EU-Alternativgipfel

In ganz Europa sehen wir uns mit großen sozialen und ökologischen Problemen konfrontiert, die nur gemeinsam bekämpft werden können.

von Jan Ceyssens (Grün-Alternatives Jugendbündnis) ● In den letzten Jahren wurde immer deutlicher, daß die Politik der EU selbst eine wesentliche Ursache für diese Probleme ist: Fünf Jahre nach der Eröffnung des freien EG-Binnenmarkts stehen den versprochenen hunderttausenden neuen Arbeitsplätze mehr Arbeitslose gegenüber. Die riesige Ausweitung von Warenströmen und die einseitige Fixierung auf wirtschaftliches Wachstum zerstören großflächig die Umwelt. Mit einer neoliberal angelegten Währungsunion wurden Sozialkürzungen in allen Ländern forciert, ArbeitnehmerInnen und verschiedene sozial benachteiligte Gruppen der Gesellschaft werden gegeneinander ausgespielt. Dieses Europa hat ausgedient. Mehr und mehr Menschen haben sich gegen seine Folgen gewehrt und einen Kurswechsel gefordert. Jetzt kommt es darauf an, den Regierungen der EU und den Regierungen zu zeigen, daß es mit ein bißchen Nachhaltigkeit und etwas sozialer Kosmetik nicht getan ist. Jetzt kommt es darauf an, wirkliche Alternativen zu entwickeln und der herrschenden Politik entgegenzustellen.

Auf dem EU-Alternativgipfel am 28. Mai bis 2.Juni 1999 wollen wir mit Menschen aus ganz Europa und aus vielen anderen, von der EU-Politik betroffenen Ländern diskutieren, wie Europa wirklich ökologisch und sozial wirtschaften kann, und unsere Forderungen an die Öffentlichkeit bringen.

Das Programm des Alternativgipfels wird aus vier Foren bestehen: Soziales & Arbeit, Umwelt, Bildung und Frauen. Innerhalb dieser Foren finden eine Vielzahl von Workshops statt, die sich Einzelaspekten dieser Themen widmen werden. Geplant sind z.B. Workshops zur Sozialpolitik in Europa, zur Privatisierung der Bildung, zur EU-Osterweiterung, Workshops zum europäischen Atomausstieg und zum Klimaschutz, zur EU-Umweltpolitik und zu den Transeuropäischen Netzen.

Täglich tagen wird ein Parlament der Erwerbslosen, veranstaltet von den Euromärschen und mehreren Erwerbsloseninitiativen.

Der Alternativgipfel soll zugleich ein Ort sein, wo Bewegungen aus verschiedenen Ländern und Bereichen die Möglichkeit finden, ihre Entwicklung zu reflektieren, Kontakte zu knüpfen, sich zu vernetzen und ihre weiteren Perspektiven zu planen. Möglichkeiten dafür werden sich aufgrund der vielfältigen und internationalen Beteiligung aus allen Diskussion ergeben. Einige Workshops werden speziell der europäischen Vernetzung von SchülerInnen, StudentInnen und Bildungsgewerkschaften, Gewerkschaften, Arbeitsloseninitiativen, Netzwerken und anderen politischen Gruppen dienen. An dem Alternativgipfels beteiligen sich die unterschiedlichsten bundesweiten und lokalen Organisationen: z.B. die Euromärsche, der Freie Zusammenschluß der StudentInnenschaften, Jusos-Bundesverband, das Grün-Alternatives Jugendbündnis, die Dutch Foundation towards a different Europe, die Naturfreundejugend, die Gruppen Gegenstrom (Köln) und IMMUN (Bochum), Play Fair Europe!, A SEED sowie der Europäische Aufruf für Vollbeschäftigung.

Höhepunkt des Alternativgipfels ist die europäische Demonstration gegen Erwerbslosigkeit, prekäre Beschäftigung, soziale Ausgrenzung und Rassismus am Samstag, dem 29.Mai 1999. Nach den Aktionen zum Amsterdamer EU-Gipfel 1997, die zu der bisher größten europäischen Demonstration führten, marschieren im Rahmen der »Köln-Kampagne« der Euromärsche zum zweiten Mal GewerkschaftlerInnen, Erwerbslose und viele andere Gruppen in ganz Europa gegen Erwerbslosigkeit, prekäre Beschäftigung, soziale Ausgrenzung und Rassismus. Die Europäische Demonstration am 29.Mai, zu der mehrere zehntausend Menschen aus ganz Europa erwartet werden, ist Ziel und Abschluß dieser Märsche.●

EINE STANDORTBESTIMMUNG JENSEITS DES »NEUEN INTERNATIONALISMUS« – TEIL 2

150° WEST – 60° NORD

Fortsetzung aus CONTRASTE Nr. 174: Grundsatztext (stark gekürzt) zur Erneuerung internationalistischer Politik aus alaska, Zeitschrift für Internationalismus (Heft 223)

von Redaktion alaska, Bremen

Die Debatte seit 1992

Eine postmoderne Kritik und Erneuerung der Vorstellung von Herrschaft und Befreiung (Emanzipation) ist etwas gänzlich anderes als die ebenfalls anzutreffende Praxis, die Frage nach Herrschaft und Befreiung einfach aufzugeben. Die »neuen Diskurse«, die an die Stelle des gescheiterten Entwicklungsbegriffs getreten sind - Neue Weltordnung, Zivilgesellschaft, Globalisierung, Nachhaltigkeit und »Kultur« – tun genau das. (..) Die Interessensgemeinschaft der sozialen Bewegung und deren Leitthemen, wie sie in den 80er Jahren existierte, hat sich aufgespalten. Während sich die einen (die Kapitalismusreformer) Globalisierung, Nachhaltigkeit oder Zivilgesellschaft zu ihren Themen erkoren haben, arbeiten sich die anderen an der neuen Weltordnung bzw. heute am Neoliberalismus ab und lehnen nach wie vor das kapitalistische System grundsätzlich ab. Im Vordergrund stehen bei allen die Marktstrukturen, bzw. die ökonomischen Zusammenhänge. Die anderen Unterdrückungsmechanismen wie Rasse und Geschlecht werden dem untergeordnet. An der Entwicklung eines Herrschaftsbegriffs, der alle Unterdrückungsstrukturen bearbeitet und sie als komplexes System sieht, hält nur ein kleiner Teil innerhalb der widerständigen Kräfte fest.

Das ist auch die Folge von Demokratisierung und Integration. Innerhalb der Modernisierung von Herrschaft, wie sie sich in den letzten Jahren entwickelt hat, wurde durch das partielle Einbeziehen von diskriminierten Gruppen und deren Inhalten, aber auch den ökonomischen und politischen Druck (»partizipier' oder stirb«) die soziale Bewegung gespalten. Ergebnis ist, daß sich die Bewegung mitmodernisiert hat, Reibungsflächen verschwunden sind und es schwerer geworden ist, in der Perspektive zwischen Machterhaltung und Abbau des Zugriffs zu unterscheiden.

Die Klammer der verschiedenen Ansätze und Bewegungssegmente ist immer noch der Antikapitalismus. Diese Klammer ist jedoch eine Leerformel. (..) Es klingt daher zwar gut, sich in der Bewegung gegenseitig mangelnden Antikapitalismus vorzuwerfen, in Wirklichkeit war aber nie zuvor unklarer, was damit eigentlich gemeint sein soll – die Verstaatlichung der großen Produktionsmittel allein kann es wohl nicht sein, was aber dann?

Eines der Felder, wo diese Unklarheit unlösbare Debatten hervorbringt, ist die Debatte um den Neoliberalismus. Ist der Neoliberalismus eine exzessive Form des Kapitalismus, oder ist er die Rückkehr zur kapitalistischen Normalität nach dem Ende der Systemalternative? (..)

Die Neoliberalismus-Debatte verweist, ebenso wie das Dilemma des Radikalen Reformismus und bestimmte Aspekte der Chiapas-Debatte, auf die zentrale Leerstelle linker Erneuerung: nämlich die Bestimmung dessen, was eine Politik der Emanzipation ausmacht, die der Logik der Kapitalverwertung und verwertenden »Optimierung« entgegengestellt werden kann. Diese Leerstelle wird durch abstrakten Antikapitalismus nur schwach verdeckt, und um sie zu füllen, ist nicht antikapitalistischer Scheinradikalismus entscheidend, sondern die Breite und Konsequenz des emanzipativen Ansatzes. Daß nicht alles, was aus sozialen Bewegungen heraus gefordert und durchgesetzt wird, emanzipativ ist, dürfte klar sein (z.B. aus der Kritik der Gewerkschaftsbewegung oder dem Charakter sozialer Reformen in den Metropolen als Privilegienverteidigung). Es ist richtig, die Aufstandsbewegung in Chiapas als Suche nach einer emanzipativen Konzeption zu interpretieren, die den Revisionen am klassischen Politik- und Emanzipationsbegriff gerecht wird. (..)

Dem Problem läßt sich auch nicht durch einen Streit über die Wahl des revolutionären Subjekts entkommen, (..). Das Dilemma läßt sich nur lösen durch die (..) Fragestellung: Nicht »mit wem kann/will man/frau noch Politik machen?«, sondern »welche emanzipative Konzeption wollen wir in alle Verhältnisse einbringen?«

Grundrisse einer Neubestimmung

Die Notwendigkeit einer Neubestimmung ist keine Aufgabe, die sich nur für den Internationalismus stellen würde. Es ist die Frage nach einer Neubestimmung dessen, was heute links, was heute Emanzipation ist. Es funktioniert nur auch keine internationalistische Politik mehr, die zu dieser »allgemeinlinken« Frage keinen Entwurf hat – die Zeit des Drunterdurchtauchens (»Wir machen Nicaragua und G8 und warten ab«) ist vorbei.

Emanzipation heißt, in allen gesellschaftlichen Bereichen die Regeln freier Kooperation einzufordern und durchzusetzen. Soziale Verhältnisse in freier Kooperation regeln, heißt

- daß den historisch überkommenen Verteilungen und Regelungen von Arbeit und Verfügungsgewalt kein höheres Recht zukommt, sondern sie von den Beteiligten jederzeit und ohne Ausnahme zur Disposition gestellt werden können;
- keine anderen »natürlichen« oder »vernünftigen« Regeln anzuerkennen als die, daß alle Beteiligten das gleiche Recht haben sollen, auf die Regeln einer Kooperation Einfluß zu nehmen, indem sie ihre eigene Mitwirkung einschränken, unter Bedingungen stellen oder notfalls ganz aufgeben;
- soziale Verhältnisse so zu gestalten, daß alle Beteiligten diese Einflußnahme zu einem vergleichbaren und vertretbaren Preis praktizieren können.

Ein solches Konzept geht vom Konflikt als Normalfall aus und von Emanzipation als Realität und Notwendigkeit, die durch keine spezifische »Ordnung« ein für allemal überflüssig gemacht werden kann (..). Ein solches Konzept ist leitmotivisch für alle sozialen Verhältnisse – vom Staat bis zur Beziehung, von der Institution bis zur politischen Organisation, vom Nord-Süd-Verhältnis bis zum Miteinander von verschiedenen Bewegungen.

Wir sind der Meinung, daß in den verschiedenen Diskussionsprozessen, in denen die Revision des klassischen Emanzipationskonzepts betrieben worden ist, auch die wesentlichen Ziele einer derzeitigen Orientierung inzwischen beschrieben worden sind (..). Wir sehen das Folgende nicht als vorzuschlagendes »schlaues Konzept«, sondern als Sichtbarmachen dessen, was sich jenseits des alten Konzeptes bereits herausgeschält hat.

a) Abwicklung von Herrschaftsinstrumenten

Die zukünftige Orientierung kann sich nicht darauf richten, mit den vorhandenen Strukturen und Herrschaftsinstrumenten »was Gutes zu machen«, sondern muß sich auf den Abbau der Instrumente richten, mit denen der herrschaftsförmige Zugriff auf Natur und Arbeit organisiert wird. Dieser Abbau muß z.T. schrittweise, aber mit klarem Ziel des Verschwindens erfolgen, was mit »Abwicklung« gemeint ist. In der Diskussion um Nachhaltigkeit haben wir diesen Prozeß »Abwicklung des Nordens« genannt, (..). Diese Abwicklung beinhaltet:

- Die prinzipielle Ablehnung von gewaltförmiger Intervention. (..)
- Der extern orientierte, »globale Sektor« soll nicht ausgebaut, sondern im Verhältnis zu den Binnenprozessen zurückgeführt und seine Dominanz gebrochen werden. Das gilt für ökonomische Makropolitik ebenso, wie für jedes »alternative Projekt« und für jede soziale Kooperation.
- Eine Deprivilegierung der formalen Arbeit soll durchgesetzt werden. Qualifizierte Lohnarbeit, die weder prekär, noch entrechtlicht oder illegalisiert, noch biographisch zerstückelt oder in ein hohes Maß »informeller« Arbeit eingebettet ist, ist Sache einer soziologischen Minderheit, deren Privilegien weit über die unmittelbare Bezahlung hinausgehen. (..)
- Eine Aneignung von Räumen und Zusammenhängen »von unten« soll vorangetrieben werden. (..)
- Formen direkter Überlebenssicherung ist der Vorzug zu geben vor den Formen »verumständlichter Reproduktion«, mit denen massive Abhängigkeiten geschaffen werden (und es sollen solche Formen auch selbst aufgebaut werden). (..)

b) Politik der Beziehungen

Die Idee der Abwicklung hat ihre Defizite darin, daß sie strategische Ziele als überwiegend negative beschreibt (»weniger von...«), bzw. als abstrakte Kriterien. Für eine Vergesellschaftung von unten reicht das aber nicht aus, sie ist ein kreativer Prozeß, in dem für die verschiedenen Fragen und Widersprüche jeweils Lösungen gefunden werden müssen. Das mögen auch technische und ökonomische sein, es sind vor allem aber auch soziale. Wesentliche Elemente einer solchen Zielbestimmung, die z.B. für die Praxis eigener Organisationen und Kooperationen gelten sollen, aber auch allgemein für soziale Verhältnisse leitmotivisch sein sollen, sind unter dem Begriff einer »Politik der Beziehungen« diskutiert worden. Dazu gehört:

- Verhältnisse nach dem Prinzip des Verhandelns zu organisieren. Dies grenzt sich gegen das Prinzip ab, aufgrund erkannter »richtiger« Strukturen (seien sie effizienzorientiert oder besonders »demokratisch«) durchzuziehen, anstatt sich auf den schwierigeren Prozeß des Aushandelns der Bedingungen der Kooperation einzulassen – insbesondere über unterschiedliche Emanzipations- und Unterdrückungsgeschichten hinweg.
- Eine Praxis der Anerkennung zu entwickeln. Das heißt, Differenzen anzuerkennen, aber dabei nicht stehenzubleiben, (..).
- Ein Prinzip der Ermöglichung zu praktizieren. Es muß möglich sein, die Ressourcen einer Gruppe, d.h. auch die Unterstützung der anderen, auch für Projekte zum Tragen zu bringen, die nicht komplett vereinheitlicht, abgesichert, von allen geteilt und für gut befunden sind. (..)
- Die Kooperation nach dem Grundsatz der Disloyalität zum Bestehenden zu behandeln. Das bedeutet, ihr Scheitern nicht auszuschließen und ihren Bestand nicht zur obersten Richtschnur zu machen; sich der überkommenen »Zivilisation« gegenüber, sei es eine gesellschaftliche oder eine »Gruppenzivilisation«, nicht zwangsloyal zu verhalten, sondern lieber aus Prinzip disloyal. (..)

c) Politik der 'praktischen Demokratiekritik'

Zum heutigen Erkenntnisrepertoire von Herrschaftskritik gehört auch die Kritik an der historischen Demokratie und an heutigen (herrschaftsförmigen) Demokratisierungsprozessen. Diese Kritik basiert darauf,

- daß bei der Demokratisierung von Entscheidungsprozessen ein Abbau von Herrschaft kein Kriterium ist, sondern ganz im Gegenteil die »Eingriffstiefe« der Entscheidungen wächst und der herrschende Zugriff auf jeden Ort der Gesellschaft eher zu- als abnimmt;

Nach der aktuellen Kampagne – dieses Jahr gegen EU- und G 8-Gipfel in Köln – erst mal in Urlaub fahren und so die Trennung zwischen Politik und Alltag fortsetzen? Die Redaktion alaska meint »das muß nicht sein« und stellt im zweiten Teil ihres Textes Grundrisse einer Neubestimmung internationalistischer Politik und sozialer Praxis vor.

- daß »nachholende Demokratisierung« die Anpassung an bisher etablierte Normen (männliche, weiße, bürgerliche, nördliche ...) nicht aufhebt, sondern sogar verstärken kann;
- (..)

Wir können zumindest feststellen, daß hier andere theoretische und praktische Leitbilder für eine Politik der Emanzipation zählen müssen, auch wenn der Teufel im Detail steckt:

- Selbstbestimmung und Dezentralisierung. Entscheidungsprozesse sollen soweit wie möglich zurückverlagert werden, von »oben« nach »unten«. Der Dreh- und Angelpunkt ist dabei, nicht die Knochen zu verteilen und die Filetstücke zu behalten, wie das eine herrschaftsförmige Regionalisierung und Partizipationspolitik tut, bei der die Gesamtheit der Entwicklungen und Austauschverhältnisse nicht zur Disposition steht, aber innerhalb dieses Rahmens »gestaltet« werden darf.
- Begrenzung der Eingriffstiefe des demokratischen Prozesses; Schutzmechanismen gegen Majorisierung und Auslieferung an »übergeordnete Entscheidungen«. (..) Die Vorstellung, die zentrale Ebene sei die, von der gesellschaftliche Demokratisierung vorangetrieben werde und die dafür Kompetenzen zur Intervention brauche, gehört zum Inventar einer »modernistischen« Emanzipationsvorstellung, das heute gefährlich und abzulehnen ist.
- Affirmative Action. Anti-Diskriminierungspolitik, die mehr ist als formale Gleichstellung, ist mit Sicherheit ein zentrales Element emanzipativer Prozesse, aber nur, wenn sie von der Kritik der bisher herrschenden Norm ausgeht und nicht in ihrem Sinne Gleichstellung und »Förderung« betreibt.
- Auch Political Correctness ist in diesem Sinne ein zentrales Element. Aber eben nicht verstanden als Dogmatik dessen, »was nicht gesagt werden darf«, sondern als Verpflichtung zur Einbeziehung dessen, was bisher nicht gesagt werden konnte, sozusagen eine Affirmative Action auf dem Gebiet der Inhalte und der Öffentlichkeit.
- Die Forderung nach einer unabhängigen Existenzsicherung wird die Idee einer Absicherung durch Arbeitspolitik, »Vollbeschäftigung« usw. ablösen müssen, wobei der Akzent auf »unabhängig« und auf »qualitativ ausreichend« liegt. Die Produktivität der Gesellschaft ist eine kollektive und umfassende; daß Existenzsicherung nach Kriterien der Formalarbeit oder der »besonderen Bedürftigkeit« von oben vergeben wird, ist nichts als ein willkürliches Instrument des Zwangs und der Unterwerfung.

d) Organisierung

Die Frage, wieweit Emanzipation Organisierung braucht und welche das sein soll, ist umstritten – aber zurecht umstritten, weil die Frage notwendig und eben nicht geklärt ist. Als halbwegs gesichert sollte unseren Erachtens gelten:

- Für eine zukünftige emanzipative Bewegung wird es keine organisatorische Vereinheitlichung in einer großen Organisation geben. Das ist weder sinnvoll, noch möglich, noch wünschenswert; das war es auch in der Vergangenheit nicht. »Organisierung« im Sinne inhaltlicher Annäherung und des annähernden Austauschs strategischer Ziele kann und sollte jedoch sehr wohl ein übergreifender Prozeß sein, der an sektoralen Grenzen nicht halt macht. Multiple Zugehörigkeit und divergierende Herrschaftsanalysen sind das eine, die gemeinsame Erarbeitung von Grundrissen einer zukünftigen emanzipativen Politik ist das andere.
- Für letzteres gibt es heute einen massiven Bedarf. Deshalb wächst die Bedeutung von »gemischten« und »teilbereichsübergreifenden« Formen der Zusammenarbeit und Organisation, in denen eine solche Neubestimmung entwickelt, praktiziert, durchgesetzt, ein Stück weit gelebt wird. Auch sonst gibt es Bereiche theoretischen und praktischen Handelns, die ohne »Organisation« im engeren Sinne schlecht funktionieren: die Schaffung selbstverwalteter Räume, »organisierte« Formen von Widerstand und Protest, das Ausloten theoretischer und praktischer Gemeinsamkeiten für eine emanzipative Bewegung usw. (..).
- Politische Organisationen sind kein privilegierter Ort für Emanzipationsprozesse und deren Durchsetzung. Emanzipation und ihre Durchsetzung findet überall in der Gesellschaft statt, (..). Die Individuen handeln dabei tatsächlich nicht allein, ihre »Organisierung« muß aber keineswegs unbedingt die der klassischen Organisationen sein – z.B. handelt eine Frau, die patriarchale Regeln praktisch in Frage stellt, »organisiert« in dem Sinne, wenn sie ihr Handeln in Verbindung mit der Theorie und Praxis anderer Frauen stellt (sei es die Frauenbewegung oder ihre Freundinnen) und sich in einen Prozeß der Auseinandersetzung begibt, wofür sie aber nicht notwendig eine politische Organisation braucht. Ganz im Gegenteil haben sich »allgemeine« politische Organisation für solche Fälle oft als hinderlich, kontraproduktiv, herrschaftsförmig erwiesen.
- Gerade das Wichtigste an Organisierung, nämlich das gemeinsame Erarbeiten von Grundrissen einer zukünftigen emanzipativen Politik, hat überhaupt keinen Raum in den »Dachorganisationen«, die heute unter dem Druck der Mittelvergabe an NGOs so gerne vorangetrieben werden. Aber auch auf »bewegungsnäherer Seite« ist heute das Problem weniger, was bestimmte Kampagnen und Aktionsformen bringen oder nicht bringen. Das Problem ist, wie es möglich ist, innerhalb einer unübersichtlicher gewordenen Politlandschaft einen attraktiven, ausstrahlungsfähigen, bündnisfähigen und handlungsfähigen »Ort des Widerspruchs« am Leben zu halten und auszubauen, zu Gehör zu bringen und in andere Sparten hineinwirken zu lassen. Für dieses Problem reichen »bloße Dächer« und rein pragmatische Bündnisse nicht aus. (..)

Schluß

Der Regierungswechsel hat die Situation für die Linke verändert. Wir werden nun noch genauer sagen müssen, was wir denn wie anders haben wollen. Dafür ist eine Debatte um die Neubestimmung emanzipativer Theorie und Praxis wichtig, an der wir uns seit mehr als drei Jahren, vor allem durch die *alaska*, beteiligen. Wir sehen mit Interesse, daß auch andere Gruppen, Zeitschriften und Einzelpersonen mit dieser Debatte begonnen haben und sie führen (..).

Mit diesem Text haben wir unseren Zwischenstand in der Debatte zusammengefaßt und stellen ihn hiermit zur Diskussion. Linke Debatte ist auf den Austausch angewiesen: Wir freuen uns über Rückmeldungen, die Diskussion ist eröffnet.●

alaska

alaska erscheint seit Frühjahr 1997 und entstand aus der Zeitschrift FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen. alaska ist die Zeitschrift des BUKO (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen), einem Zusammenschluß von ca. 200 internationalistischen Gruppen, NGOs und Dritte-Welt-Läden und hat sich einer Erneuerung internationalistischer Theorie und Praxis verschrieben, in der das Manifest einen Zwischenstand darstellt. Kontakt: alaska, Bernhardstr. 12, D-28203 Bremen, fon/fax (04 21) 7 20 34.

FREIE HILFE ARBEITSLOSENZENTRUM E.G.

Spannende Zukunftsmöglichkeiten erfordern Anschubfinanzierung

Die Freie Hilfe e.G., eine Arbeitslosengenossenschaft mit Höhen und Tiefen, entstand 1985 aus dem Zusammenhang des Arbeitslosenzentrums Ludwigsburg e.V. Das Arbeitslosenzentrum selbst wurde 1983 durch Betroffene mit der Unterstützung von Gewerkschaftlern der IGM und des DGB sowie der Betriebsseelsorge gegründet. Mitglieder sind vor allem die Festangestellten, während Arbeitslose, die nur zeitweilig Aufträge ausführen, oftmals keinen Genossenschaftsanteil zeichnen. Ein neues Team führt aktuell zu neuem Schwung und neuen Ideen, aber auch zu der Erfahrung, auf welche Grenzen die Selbstorganisation von Beschäftigungschancen stößt.

Gabi Hafner, Red. Genossenschaften ● Im Jahre 1983 wurde das Arbeitslosenzentrum Ludwigsburg e.V. gegründet. Im Mittelpunkt standen der Info-Treffpunkt sowie die Beratung und Freizeitgestaltung Betroffener. Zusätzlich ergaben sich kleinere Kundenaufträge, die von außen an das Zentrum herantragen wurden. Sie boten den (Langzeit-)Arbeitslosen Arbeit in Form geringfügiger Beschäftigung. Hauptsächlich wurden damals Gartenarbeiten, Entrümpelungen und kleinere Umzüge ausgeführt.

Betrieblicher Rahmen für die Arbeit

Sowohl die Zahl der Aufträge als auch die Zahl der Arbeitsuchenden stiegen rasch an. 1985 erfolgte deshalb die Gründung der Freien Hilfe: Auf diese Weise sollte die steigende Zahl der Aufträge in einen betrieblichen Rahmen gestellt und so den geringfügig Beschäftigten eine sicherere und strukturierte Basis für ihre Arbeit gegeben werden. Hinzu kam das Ziel, auch feste Arbeitsplätze – vorläufig für den Meister bzw. den Betriebsleiter – und Arbeitsplätze über § 18, 19 BSHG zu schaffen.

§ 18, 19 BSHG ordnet die »Hilfe zur Arbeit«: Für die Einstellung eines langzeitarbeitslosen Sozialhilfeabhängigen kann das Sozialamt Personalkostenzuschüsse an den Betrieb ausbezahlen. Diese Maßnahme ist auf ein bis eineinhalb Jahre befristet und dient sowohl der Resozialisierung als auch dem Versuch der Reintegration in den Ersten Arbeitsmarkt.

Als Schwerpunkt der betrieblichen Arbeit entwickelt sich der Maler-Bereich. Hier vergab das Sozialamt, das auch die Sozialhilfeabhängigen »stellte«, Aufträge für die Renovierung von Sozialwohnungen sowie für Umzüge von Sozialhilfeempfängern. In den Folgejahren blieb der Betrieb relativ konstant bei einem Mitarbeiterstab von einem Malermeister, vier bis sechs Malerhelfern und einer relativ hohen Anzahl geringfügig Beschäftigter. Die sozialpädagogische Betreuung der Malerhelfer deckten die im Zentrum angestellten SozialpädagogInnen ab.

Motive zur Wahl der Genossenschaft

Als Gesellschaftsform wurde die Genossenschaft gewählt. Gründe waren unter anderem der relativ geringe Genossenschaftsanteil, der auch von Arbeitslosen bezahlt werden kann. Vor allem aber gab es kein ausreichendes Grundkapital, um eine GmbH zu gründen. Eingezahlt sind derzeit von 25 Mitgliedern der Pflichtanteil von 50 DM, so daß das an Einlagen bzw. Genossenschaftskapital 1.250 DM zur Verfügung steht. Einen Verein als andere Alternative hätte das Finanzamt für diese Zwecke nicht akzeptiert. Auch ideelle Gründe spielten für die Wahl der genossenschaftlichen Rechtsform eine Rolle.

Der Bereich »Malerarbeiten« konnte in den letzten zwei Jahren ausgebaut werden. Neben dem Malermeister gibt es mittlerweile einen fest angestellten Vorarbeiter. Er wurde aus der Maßnahme »Hilfe zur Arbeit« übernommen. Zusätzlich beschäftigt die Genossenschaft im Schnitt vier bis fünf Malerhelfer über § 18,19 BSHG. Aufträge kommen nicht mehr ausschließlich von seiten des Sozialamts, sondern zunehmend auch von privaten Auftraggebern. Übernommen werden alle Aufträge im Bereich Innenrenovierung. Im letzten Jahr stieg so der Umsatz um 30% auf 180.000 DM an.

Der Bereich Umzüge und Entrümpelungen wird zu einem großen Teil über geringfügig Beschäftigte aus dem Umfeld des Zentrums abgedeckt. Die erforderlichen Organisationsarbeiten leisten Festangestellte. In den letzten Monaten konnte zusätzlich der Bereich Schreinerei aufgebaut werden. Vorwiegend dient dieser zur Unterstützung bei Umzügen mit Arbeiten wie Möbelauf- und -abbau, Aufstellen von Einbauküchen, Bodenlegen etc., aber auch für Klein-Aufträge im Möbelbau, beispielsweise von Regalen. Unterstützend steht ein Schreinermeister zur Verfügung.

Stärkere Unterstützung erforderlich

Die Betreuung in sozialen und persönlich-psychologischen Fragen leistet eine Sozialpädagogin. Sie ist überwiegend im Zentrum tätig. Längerfristig soll für diese Aufgaben auch eine Stelle in der Freien Hilfe finanziert werden. Ob dies gelingt ist noch unklar. Denn zunehmend entstehen Schwierigkeiten bei der »Rekrutierung« von Arbeitern. Oft scheinen die Personalkostenzuschüsse für das Sozialamt eine zu hohe Investition darzustellen.

Große Probleme bereitet, daß weder angemessene Arbeits- und Aufenthaltsräume noch geeignete Werkstätten zur Verfügung stehen. Finanzielle Spielräume zum Anmieten bestehen nicht. Von seiten der Stadt werden nur Räume ohne Heizung und ohne Wasser vermietet. Passende Räumlichkeiten stellen aber eine wichtige Voraussetzung dar, um die vielen Entwicklungsmöglichkeiten des Betriebes wahrnehmen zu können.

Vielfältige Pläne für die Zukunft

Die Arbeit der Genossenschaft – das gesamte Team hat sich 1997 neu zusammengesetzt – zeigt neben der nunmehr positiven wirtschaftlichen Entwicklung weitere Erfolge: Gut 75% der Maler- und Schreinerhelfer, die die Freie Hilfe in den letzten 18 Monaten verließen, konnten einen Arbeitsplatz in anderen Betrieben finden.

Bei angemessener Unterstützung, beispielsweise in Form einer Anschubfinanzierung, könnte es angesichts des vorhandenen Potentials an Motivation, beruflicher und sozialer Kompetenz spannende Zukunftsmöglichkeiten geben. Geplant sind Projekte zur Ausbildung von Jugendlichen in Kooperation mit Berufsschulen und Arbeitsämtern. Eine begleitende sozialtherapeutische Betreuung zur sozialen Stabilisierung vor allem von Suchtkranken, Strafentlassenen und sozial benachteiligten Jugendlichen kann und soll mit einbezogen werden.

Auch eine verstärkte Konzentration auf Arbeitsplatzschaffung für Frauen wird von den Verantwortlichen der Genossenschaft als notwendig angesehen. Denkbar ist ein Dienstleistungs-Zentrum mit einem Angebot an höher aber auch geringer qualifizierten Arbeiten. Dazu gehören Reinigungsarbeiten beispielsweise nach Fertigstellen von Baustellen und als offenes Angebot, Einkaufsservice für ältere Mitbürger, eine »Kindersammelstelle« zwecks sorglosen Einkaufens in der Innenstadt, Kleinreparaturen von Möbeln und vieles andere mehr.●

Anzeige

SCI Service Civil International, Blücherstr. 14, 53115 Bonn

Workcamps

Urlaub mit Engagement

Leben und Arbeiten in internationalen Gruppen
Freiwilligenarbeit in gemeinnützigen Projekten

Sommerprogramm mit 600 Camps in 60 Ländern! (5 DM)

fon: 0228-212086 sci-d@tronet.de home.tronet.de/sci-d

INTERNATIONALE ARBEITSTAGUNG:

Genossenschaftliche Selbsthilfe im 21. Jahrhundert

Ein Ziel dieser Tagung vom 27. bis 29. September 1999 ist es, die besonders in Deutschland vernachlässigte Auseinandersetzung mit der Gemeinwesenökonomie anzuregen. Doe Problemlösungspotentiale und Zukunft der genossenschaftlichen Selbsthilfe in einem europäischen Sektor der »Economie Solidaire« sollen in einem Praxis-Theorie-Dialog ausgelotet werden. Der Erfahrungstransfer zwischen verschiedenen regionalen Entwicklungen und Akteuren des solidarwirtschaftlichen Sektors in Europa soll einen Beitrag dazu leisten, über eine Rückbettung der Ökonomie in die Gesellschaft nachzudenken sowie europäische Netzwerke der gegenseitige Selbsthilfe anzuregen.

In den letzten Jahren sind neue Initiativen entstanden, die unter dem Begriff »Gemeinwesenökonomie« (Economie Solidaire) verstärkt nach praktischen, lokal und regional orientierten Alternativen zwischen Staat und kapitalistischer Wirtschaft suchen. Diese neuen Formen einer Solidarwirtschaft zur Bewältigung von Arbeitslosigkeit, Armut und sozialer Verelendung von Wohnquartieren können in den europäischen Ländern unterschiedlich an die Tradition der genossenschaftlichen Selbsthilfe bzw. des Genossenschaftssektors anknüpfen. Daher sollen folgende Aspekte in dem Seminar behandelt werden:

- neue Formen genossenschaftlicher Selbsthilfe und Solidarökonomie
- unterschiedliche, rechtliche, politische und kulturelle Rahmenbedingungen des Genossenschaftssektors in Europa
- sozial- und wirtschaftswissenschaftliche und sozialethische Argumente für eine Gemeinwesenökonomie im europäischen Integrationsprozeß des 21. Jahrhunderts
- Chancen und politische Förderung von regionalen und europäischen Netzen der Gemeinwesenökonomie

Angesprochen sind PraktikerInnen und WissenschaftlerInnen aus Portugal, Italien, Österreich, belgien und Luxemburg, die sich mit Fragen der Gemeinwesenökonomie und des Genossenschaftswesens auseinandersetzen. Die Tagung soll auch jungen WissenschaftlerInnen Gelegenheit geben, Arbeiten vor einem internationalen, fachkundigen Publikum vorzutragen und zur Diskussion zu stellen.●

Informationen: Sekretariat der wissenschaftlichen Arbeitsstelle im Oswald-von-Nell-Breuning-Haus, Marlene Damm, Postfach 12 26, D-52112 Herzogenrath, Tel. (0 24 06) 95 58 20, Fax 46 32
e-mail: nbh-wa@t-online.de

ERGEBNISSE EINER EXPERTISE

Genossenschaftsgründungen mit Kombilohn

Chancen zur Existenzsicherung von Sozialhilfeempfängern

Eignet sich die genossenschaftliche Rechtsform, um Sozialhilfeempfängern zu helfen, als Gruppe eine gemeinsame wirtschaftliche Existenz aufzubauen? Die Ergebnisse einer Expertise, die dies im Auftrag des Ministeriums für Arbeit Gesundheit und Soziales des Landes NRW untersucht, zeigen verhaltend optimistisch Möglichkeiten auf.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Die Genossenschaft als Rechtsform stellt im rein juristischen Vergleich für die unternehmerische Selbsthilfe einer größeren Zahl gleichberechtigter Sozialhilfeempfänger bei Betrachtung der üblichen Kriterien den geeignetsten Rahmen zur Verfügung. Keine Unternehmensform weist so wenige Unternehmenszusammenbrüche bzw. Konkurse auf wie die Genossenschaft. Erklären läßt sich dies damit, daß die Genossenschaft eine behütete Rechtsform ist: Jedes genossenschaftliche Unternehmen muß Mitglied eines Revisionsverbandes sein, der eine Gründungsprüfung und in regelmäßigem ein- oder zweijährigen Abstand weitere Prüfungen durchführt.

Die Prüfung dient als Ausgleich für das nicht vorgeschriebene feste Eigenkapital und die Laienökonomie. Insofern können auch Mitglieder, die aus zeitlichen oder aufgrund fehlender wirtschaftlicher Kenntnisse selbst nicht in der Lage sind, die Aktivitäten der Geschäftsführung zu überprüfen, sicher sein, daß mit ihren Einlagen verantwortlich umgegangen wird. Ergänzt wird dieser Vorteil durch eine demokratische Entscheidungsstruktur, Haftungsbegrenzung und die gesetzlich verankerte Aufgabe, die Mitglieder zu fördern.

Chancen nur bei Eigenmotivation

Eine Identifikation von Sozialhilfeempfängern mit ihrer Rolle besteht in den meisten Fällen vermutlich nicht. Ihre starke Differenzierung schließt jedoch eine genossenschaftliche Organisationsfähigkeit nicht grundsätzlich aus. Ausschlaggebend wird sein, ob es unter den arbeitsfähigen Sozialhilfeempfängern einen nennenswerten Anteil von Personen mit der Motivation gibt, sich durch eigene Arbeit, gleichgültig welcher Art, auf Dauer von staatlichen Transferleistungen unabhängig zu machen. Diese oder eine vergleichbare Motivation ist erforderlich, um mit anderen eine Existenzgründung zu wagen und dafür geeignete Strukturen zu entwickeln.

Auch wenn der Vorteil des Kombilohns einen besonderen Anreiz bietet, dürfte das Entstehen solcher Genossenschaften ausschließlich durch Selbsthilfe eher die Ausnahme bleiben. Zusätzliche Hilfe zur Selbsthilfe wird für eine stärkere Verbreitung der Genossenschaftsidee bei dieser Zielgruppe notwendig sein. Zudem ist nicht nur eine regionale, sondern möglichst eine kommunale Verortung erforderlich, wie die Erfahrungen der Ortsgenossenschaften zeigen. Dies ergibt sich auch aus dem vorgeschlagenen Tätigkeitsfeld: Dienstleistungen mit geringem Anforderungsprofil.

Produktiv- oder fördergenossenschaftliche Struktur?

Zu unterscheiden sind Förder- und Produktivgenossenschaften. Fördergenossenschaften unterstützen ihre Mitgliedswirtschaften oder Haushalte unter Wahrung, Erhaltung oder gar Stärkung ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit. Sie übernehmen für diese eine Hilfsfunktion. In Abgrenzung dazu sind Produktivgenossenschaften Vollgenossenschaften zur Verwertung der Arbeitskraft ihrer Mitglieder. Diese betreiben kein selbständiges Gewerbe neben der Genossenschaft. Das heißt, die Mitglieder bauen auf einer Produktivgenossenschaft ihre gesamte wirtschaftliche Existenz auf. Die Träger der Genossenschaft sind gleichzeitig ihre eigenen Arbeitnehmer.

Produktivgenossenschaften bieten den Vorzug, daß Mitglieder, die in der Genossenschaft arbeiten, bedingt durch Arbeits-und Sozialrecht, den Status des Arbeitnehmers erhalten. Sie sind grundsätzlich sozialversicherungspflichtig, werden in die Arbeitslosenversicherung aufgenommen und unterliegen dem Arbeitsrecht mit seinen Schutzbestimmungen (Kündigungsschutz, Arbeitszeitbegrenzung, Urlaubsansprüche, Mutterschutz, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall).

Instrument der Arbeitsmarktpolitik

In zeitlicher Perspektive dürfte die Verknüpfung beider Genossenschaftsformen, der Förder- und der Produktivgenossenschaft, die richtige Vorgehensweise sein. Zu Beginn, beispielsweise auf zwei bis drei Jahre begrenzt, können die Mitglieder als Selbständige flexibel nach Arbeitsanfall für die Genossenschaft arbeiten, bezahlt nach den geleisteten Stunden. Nach Ablauf dieser Zeit soll ein eigenständiges, sich ohne Transferzahlungen tragendes Tätigkeitsfeld für jedes Genossenschaftsmitglied vorhanden sein. Ist dies nicht gelungen, fällt für das betreffende Mitglied die Möglichkeit weg, ein Kombieinkommen zu beziehen. Als Mitunternehmer kann es über seine Einflußmöglichkeiten kontrollieren, was für die Entwicklung seines Dauerarbeitsplatzes getan wurde.

Drei ineinandergreifende konkrete Schritte helfen, die Gründung von Genossenschaften unter Einsatz des Kombieinkommens anzustoßen:

1. Entwicklung relativ homogener, zusammenpassender Existenzgründungsgruppen als überschaubare Teilgruppen von Sozialhilfeempfängern vor Ort.
2. Ausarbeitung von Geschäftsideen im Dienstleistungsbereich, die sich ohne besondere Qualifikation umsetzen lassen.
3. Institutionalisierung professioneller Promotoren für die gezielte Entwicklung von Genossenschaften in einer Region.

Ablehnung durch traditionelle Verbände

Bisher lehnen die traditionellen deutschen Genossenschaftsverbände eine eigenständige Rolle von Genossenschaften bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ab. Sie vertreten in Deutschland vor allem Interessen des Mittelstandes. Den bundesweiten Genossenschaftsverbänden einschließlich der regionalen Prüfverbände kommt aber für das reflektierte Konzept eine wichtige Funktion zu. Neugründungen müssen von ihnen über die Gründungsprüfung als wirtschaftlich solide eingestuft werden, wollen diese als eingetragene Genossenschaften firmieren.

Dienstleistungsgenossenschaften mit Sozialhilfeempfängern als Träger sind deshalb in ihrer Realisierung gefährdet, da gegenüber einem solchen Konzept mit hoher Wahrscheinlichkeit Vorbehalte bestehen. Vorab sollte deshalb ein Klärungsgespräch mit den jeweils zuständigen Verbänden geführt werden. Umgehen läßt sich diese Problematik eventuell durch eine Absprache mit zwei in Ostdeutschland arbeitenden überregionalen Prüfverbänden. Sie gehören nicht dem Freien Ausschuß der deutschen Genossenschaftsverbände an und können deshalb nicht auf eine entsprechende Ablehnung verpflichtet werden.●

Die Expertise ist erschienen beim BBJ-Verlag Berlin, Tel.: 030/39998-0. Sie kann für 29,80 DM dort oder beim Autor Burghard Flieger, Erwinstraße 29, 79102 Freiburg, Fax: (07 61) 70 90 84 bestellt werden.

Frauen gründen anders!

Frauen machen sich oft aus anderen Gründen selbständig als Männer. In der Regel wollen sie eher ideelle als ökonomische Ziele verwirklichen, aber von ihren Idealen auch leben können. Die Verbindung von selbstbestimmter Arbeit, beruflichem Erfolg und gesellschaftlichem Engagement stellt für immer mehr Frauen eine Alternative zum Angestelltendasein dar.

Die meisten Frauen jedoch, die den Schritt in die Selbständigkeit wagen, zögern lange. Und dies, obwohl ihr Lebens- und Berufsweg von Qualifikationen »gepflastert« ist. Sie verfügen über (mindestens) eine Ausbildung oder haben studiert, können auf unterschiedlichste Berufserfahrungen zurückblicken, waren Haushaltsmanagerin oder machten in einem traditionellen Unternehmen Karriere, stießen dort an die »glass ceiling«, die »gläserne Decke«, die einen weiteren beruflichen Aufstieg (für Frauen!) unmöglich macht, oder aber sind arbeitslos gemeldet und wollen nicht länger auf »fremdbestimmte Alternativen warten«.

Früher wurde eine solch' bunte Biographie scheel angesehen (soziologisch war gar die Rede von »Brüchen im Erwerbsverlauf«) – mittlerweile jedoch, spätestens seit Mitte der neunziger Jahre, gelten diese »brüchigen Biographien« als Erfolgsgarant! Sie entsprechen den zeitgemäßen Anforderungen an Flexibilität und Mobilität, weisen soziale Kompetenz und fachliche Qualifikationsvielfalt nach und können als Garantie dafür gelten, daß diese Frauen Mehrfachbelastungen gewachsen sind.

Insofern ist es nur schlüssig, daß die meisten Frauen, die sich selbständig machen, erfolgreich sind: sie sind hoch qualifiziert und motiviert, aber vorsichtig, eher bescheiden als risikofreudig, gehen dadurch erheblich seltener in Konkurs, beschneiden sich aber zugleich in ihren Möglichkeiten.

Dieses Buch soll Ihnen helfen, der Gefahr der »Selbstbeschneidung« zu entgehen. Wenn wir Unternehmerinnen sein wollen, müssen wir nicht traditionellen (=männlichen) Mustern folgen. Wir entwickeln unsere eigenen. Wir haben keine Frau, die uns den Rücken frei hält – wir selbst halten ihn uns frei. Wir müssen keine sechzig Stunden die Woche arbeiten – wir leben nach einem ökonomischen Zeitkonzept, das uns auch noch Zeit für unsere sozialen Beziehungen erlaubt. Wir müssen nicht 24 Stunden am Tag verfügbar sein – wir können ein Handy auch ausschalten und sind dennoch perfekt organisiert.

Auf Millionenkredite können wir gegebenenfalls verzichten – der Verschuldungsgrad ist für uns kein Erfolgsindikator. Auch investieren wir lieber in die Zukunft als in Schrott: PS sind uns gleichgültig, und eine »rasende Expansion« entspricht auch nicht unbedingt unseren Vorstellungen von einer geschäftlichen Entwicklung: Ein kleiner grüner Zweig ist uns lieber als ein großer, morscher (was nicht ausschließt, daß aus dem kleinen grünen Zweig ein großer oder, noch besser: eine üppige Baumgruppe wird).

Wir brauchen keine »Chefin«: wir kooperieren – mit PartnerInnen inner- und außerhalb unseres Unternehmens – wir entwickeln eigene Führungsmodelle, unseren Stil, der unabhängig ist von mamorgefliesten Eingangsbereichen und sterilen Bürobunkern, wir ziehen der Kommunikation mit Maschinen die Kommunikation mit Menschen vor – und wir stellen uns Fragen:

Wie kann ich herausfinden, ob meine Geschäftsidee »erfolgversprechend« ist? Gründe ich alleine oder mit anderen zusammen? Wie finde ich Gleichgesinnte? Wie sieht ein Exposé aus – der professionelle Businessplan? Gibt es unkonventionelle Methoden der Öffentlichkeitsarbeit? Wie kann ich überregional tätig werden? Wie schütze ich mich vor Selbstausbeutung? Was muß ich selber können bzw. wissen? Was kann ich outsourcen? Wie finde ich meinen Preis für meine Leistung? Wie werte ich meine Mitbewerbsbeobachtung aus? Wie manage ich meine Finanzen? Welche Controlling-Instrumente gibt es?

Auf diese und weitere Fragen geht das Buch mit (Original-)Beispielen ein und bietet eine Fülle von Anregungen und Ideen. Checklisten und Testfragen geben praktische Hilfe.●

Originalvorwort

Angelika Huber: Existenzgründung für Frauen. 186 Seiten, mvg-verlag, ISBN 3-478-85140-8

Über das Kartenhaus der Staatsschulden

Die Staatsschulden wachsen, doch Literatur über die Ursachen ist äußerst spärlich. Jetzt liegt mit Rainer Roths Buch die zur Zeit einzige umfassende Darstellung der ökonomischen und politischen Ursachen der Staatsverschuldung in Deutschland vor. Roth begnügt sich nicht mit der Aussage, daß Politiker oder Parteien für die Staatsschulden verantwortlich seien. Er begreift Staatsschulden als Barometer für eine krisenhafte Ökonomie als öffentliche Kehrseite privater Bereicherung.

Staatsverschuldung ist die Folge von Privatinteressen auf allen Ebenen von Gesellschaft und Staat, aber nicht hauptsächlich die Folge von Sozialmißbrauch bzw. einer ausufernden Anspruchsmentalität an Sozialleistungen, auch nicht in erster Linie von öffentlicher Verschwendung, sondern der Subventionierung der langfristig gefallenen Renditen von Konzernen und Banken durch Gewinnsteuersenkungen und Subventionen, Lohnsubventionen und der Finanzierung überschüssiger Arbeitskräfte.

Neu und von besonderer Aktualität ist die These, daß die mit Hilfe von Staatsschulden angehobenen privaten Renditen überwiegend in die Finanzanlage des zunehmend »arbeitslosen Kapitals« fließen, nicht in die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von Lohnabhängigen.

Das Buch verarbeitet reichhaltiges empirisches Material und stellt eine Art Nachschlage- und Standardwerk nicht nur zur Staatsverschuldung, sondern zum gesamten ökonomischen und politischen System dar, das sie hervorbringt. Der Autor versteht sich auf verständliche Darstellung des komplizierten Stoffs.●

dp

Rainer Roth: Das Kartenhaus, Staatsverschuldung in Deutschland. DVS, Oktober 1998, 430 Seiten, 25 DM, ISBN 3-932246-13-6

Der Preis der Versöhnung

Thema des neuen medico-Reports ist die südafrikanische Wahrheitskommission, deren Arbeit 1998 zuende ging und der durch sie moderierte »Versöhnungs«-Prozeß im Nach-Apartheid-Südafrika. Damit ist zugleich der Verlauf des Transformationsprozesses nach dem Ende des Befreiungskampfes, seine historische Entstehung, sein Verlauf und seine Funktion angesprochen. Der »Versöhnungs«-Prozeß kann als Resultat und als Moment des Übergangs begriffen werden. Er schafft Legitimität im Aufbau des neuen Staates und der Herausbildung einer neuen gesellschaftlichen Hegenomie, belastet mit der Hypothek einer »unvollendeten« Revolution, die in der neoliberalen Modernisierung und im durchgeführten Anschluß Südafrikas an den globalisierten Kapitalismus zu verenden droht. Der Akzent der Zusammenstellung von Texten und Interviews liegt auf der Frage nach den Möglichkeiten und Bedingungen, diesen Prozeß umzukehren, eine andere Dynamik zu entfalten: Versöhnung an die Herstellung von Gerechtigkeit zu binden, eine Gerechtigkeit, die auch materiell herzustellen wäre.

Mit Interviews und Beiträgen u.a. von Mahmood Mamdani, Usche Merk, Njabulo Ndebele und Steven Robins.●

dp

medico Report 21: Der Preis der Versöhnung. Südafrikas Auseinandersetzung mit der Wahrheitskommission. ca. 96 Seiten, ca. 12 DM, ISBN 3-923363-27-3. Bezug: medico international e.V., Obermainanlage 7, D-60314 Frankfurt.

SCHULDENREPORT 1999

Der WEED bietet mit dem Schuldenreport 1999 eine kritische Analyse der Verschuldungssituation der Entwicklungsländer an. Er informiert über die aktuellen Tendenzen der Verschuldung und des Krisenmanagements und beschreibt die strukturellen Ursachen der Finanz- und Schuldenkrisen. Der analytische Teil wird durch einen Forderungsteil ergänzt, der die Erwartungen an die neue Bundesregierung sowie Vorschläge für eine Reform des internationalen Finanzsystems konkretisiert. Zudem werden zahlreiche internationale Entschuldungsinitiativen, deren Aktivitäten und Positionen portraitiert.●

Aus ila 222

Bezug: Weltwirtschaft, Ökologie, Entwicklung (WEED), Bertha-v.-Suttner-Platz 13, D-53111 Bonn, Tel. (02 28) 76 61 30, Fax 69 64 70, e-mail: weed@weedbonn.org, Schutzgebühr 15 DM (zzgl. Versandkosten)

Kritischer Agrarbericht 1999

Mit dem »Kritischen Agrarbericht 1999« ist das Jahrbuch der Agraropposition bereits das siebte Mal erschienen. Das herausgebende, 1988 gegründete *»AgrarBündnis«* will mit seinem Agrarbericht die Anstrengungen für eine flächendeckende umwelt- und sozialverträgliche Landwirtschaft verstärken. Es besteht zur Zeit aus 20 Verbänden aus den Bereichen Ökolandbau, Tier- und Naturschutz, Entwicklungspolitik, VerbraucherInnen sowie der Agraropposition. Gedankengut des Agrarbündnisses wird, so seine Hoffnung, nach dem Regierungswechsel nun mehr Gehör finden. Der »Kritische Agrarbericht« soll ein »Handbuch für den Wandel« werden, so der Wunsch seiner HerausgeberInnen.

Wie weitgehend der Wandel in Bonn (z.B. ist erstmals ein Sozialdemokrat Bundeslandwirtschaftsminister) werden wird, ist aber noch offen. Ebenso inwieweit das Agrarbündnis und auch die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft ihre parteipolitische Unabhängigkeit noch bewahren können. Durch Personalentscheidungen kam es in den letzten Jahren zu einer starken Identifikation mit den Grünen. Inhaltlich besteht eine immer größer werdende Annäherung an die nicht unumstrittene Nachhaltigkeit. Der Ökolandbau steht, mitverursacht durch sinkende Preise, möglicherweise vor einem Konzentrationsprozeß. Von diesen grundsätzlichen Konflikten ist im Agrarbericht aber leider wenig zu lesen.

Jenseits dessen, weist er – wie jedes Jahr – auf die unzureichende Berücksichtigung ökologischer, entwicklungspolitischer und sozialer Belange bei der Produktion, Vermarktung und dem Konsum von Nahrungsmitteln hin. Agrarpolitik ist immer noch von einer Subventionierung des Strukturwandels, der vor allem den Großbetrieben und dem Agrobusiness zu gute kommt, gekennzeichnet. Gleichzeitig werden vermehrt ökologische Aspekte in die Förderungspraxis aufgenommen. Welche Auswirkungen die nächste grundlegende Agrarreform (»Agenda 2000«) haben wird, ist noch nicht genau abzusehen.

Die über 40 Artikel liefern Beiträge und Einschätzungen zu unterschiedlichsten Aspekten der Agrarpolitik und Agrarentwicklung, der sozialen Lage auf dem Land, der Regionalentwicklung und versuchen die zukünftige deutsche und europäische Agrarpolitik einzuschätzen. Der »Kritische Agrarbericht« ist ein wichtiges Hilfsmittel für die in den genannten Bereichen Engagierten und Interessierten, auch für die mit links-ökologischem Anspruch. Er beweist, daß die falsche Frontstellung zwischen bäuerlicher Landwirtschaft und Naturschutz überwunden ist, und daß eine andere Agrarentwicklung nur in und mit einem starken gesellschaftlichen Bündnis von bäuerlicher Landwirtschaft, Naturschutz und anderen Gruppen durchgesetzt werden kann.●

Bernd Hüttner

AgrarBündnis (Hg.): Der kritische Agrarbericht 1999; Bauernblatt Verlag 1999, 320 S., 36 DM, ISBN 3-930413-15-9; bei AbL-Verlag, Marienfelderstr. 14, D-33378 Rheda-Wiedenbrück

Umweltbibliotheken-Wegweiser erschienen

Umweltbibliotheken – deren Konzeption läßt sich treffend mit den Worten »Bibliotheken als Bürgerinitiative« beschreiben. Aus einer oppositionellen Motivation heraus entstanden – primär in den letzten 15 Jahren – im Osten wie im Westen Deutschlands Bibliotheken, denen ein anderes Selbstverständnis als den etablierten »Büchersammlungen« zugrunde liegt. Sie stellen heute einen unverzichtbaren Teil eines Informationsnetzwerkes dar, in dem wichtige, sonst schwer auffindbare Materialien im weiten Themenfeld »Umwelt« und vielfältige Beratungs- und Bildungsangebote bereitgehalten werden und denen daher sowohl größere öffentliche Aufmerksamkeit als auch Unterstützung gebührt.

Als Hilfestellung zur Informationsrecherche hat die GRÜNE LIGA den »Umweltbibliotheken – Wegweiser« mit 103 Einzeldarstellungen von Umweltbibliotheken im gesamten Bundesgebiet herausgegeben. Neben den Adressdaten sind Angaben wie Bestandsgröße, Schwerpunktthemen und Serviceleistungen der Bibliotheken enthalten. Dem vorangestellt finden sich zwei Texte, die eine Auswertung der unter den Umweltbibliotheken durchgeführten Erhebung zu ihrer Angebots- und Arbeitssituation und eine Übersicht zur Literatur über und von Umweltbibliotheken.

In der Gesamtschau ergibt sich ein positiver Trend in der Entwicklung der Umweltbibliotheken, der allerdings auch von einem relativ bescheidenen Niveau z.B. der Bestandszahlen ausging und daher nicht als: »Alles ist gut« fehlinterpretiert werden darf. Gerade der Blick auf die Personalsituation und die Etatsituation vielerorts zeigt, daß nach wie vor in den Umweltbibliotheken Ehrenamtlichkeit, ABM, Zivildienst und FÖJ sowie geringe finanzielle Möglichkeiten der Bestandsaktualisierung und Erweiterung die Lage prägen.

Die Umweltbibliotheken müssen um öffentliche Aufmerksamkeit, Anerkennung und vor allem um praktische, finanzielle Unterstützung kämpfen. Daß mit einer solchen Unterstützung dann eine neue Qualität in der Arbeit und Wirkung der Umweltbibliotheken möglich ist, zeigen einzelne Beispiele aus Ostdeutschland: Die Leipziger Umweltbibliothek beim Ökolöwen wird vom Umweltamt der Stadt institutionell gefördert und von drei Unternehmen finanziell unterstützt, womit Stellenfinanzierungen, ein attraktiver Bestand mit weitgehender Erschließung und eine gute technische Ausstattung ermöglicht wurden. Das Ergebnis sind auch ein breites Leserspektrum, gute Nutzerzahlen und Zufriedenheit der Nutzer mit Angebot und Arbeitsmöglichkeiten. Diese Nutzung bestätigt auch die Notwendigkeit gut bestückter Umweltbibliotheken in den Regionen. Weitere Beispiele sind die Umweltbibliothek in Großhennersdorf, die Mittel aus der Kulturraumfinanzierung des Landes erhält, die in den einzelnen sächsischen Kulturräumen verwaltet werden, und die Bitterfelder UB mit guten Bestands- und sehr guten Nutzerzahlen.

Dem anbrechenden Zeitalter der Informationsgesellschaft entsprechend, stellt der Bundesverband der GRÜNEN LIGA außerdem im Internet unter der Domain *www.umweltbibliotheken.de* ein Informationssystem für und über Umweltbibliotheken zur Verfügung. Neben Texten zum Thema »Umweltbibliotheken« wird die Website eine recherchierbare Datenbank, ein Diskussionsforum, Mailinglisten und relevante Links bieten. Zur Zeit befindet sich die Website in der Produktion, gegen Ende April wird die endgültigen Fassung online gehen.

Der Wegweiser ist über die Bundesgeschäftsstelle der GRÜNEN LIGA kostenlos (gegen drei DM Porto) erhältlich.●

dp

Kontakt und Bezug: Bundesgeschäftsstelle der GRÜNEN LIGA, Friedrichstraße 165, D-10117 Berlin, Telefon: (0 30) 204 47 45, Fax: 204 44 68, E-Mail: bgst@grueneliga.de, Internet: www.grueneliga.de und www.umweltbibliotheken.de

Widerstand und Selbsthilfe – im Bilderbuch

Widerstand und Selbsthilfe sind das unausgesprochene Motto, nach dem Bertolt Biber handelt. Nach dem recht bekannten »kleinen Maulwurf, der wissen wollte, wer ihm auf den Kopf gemacht hat« ist Bertolt Biber ein neuer tierischer Held in einem Bilderbuch aus dem Wuppertaler *Peter-Hammer-Verlag*. Die Geschichte will ich nur andeuten und die Lösung nicht vorwegnehmen: Überall in der Stadt hängt Bertolt Bibers Steckbrief. 100.000 Mark Belohnung sind ausgesetzt, die Bevölkerung wird vor ihm gewarnt, und das Fernsehen sendet den Fahndungsaufruf der Polizei – getextet von Robert Gernhardt. Dabei sieht Bertolt Biber gar nicht wie ein Gangster aus, sondern sehr gutmütig. Trotzdem hat er es mehr als faustdick hinter den Ohren. Er ist aus dem Zoo entwischt, und nun klaut er, schlimmer als jeder Rabe oder diebische Elstern: 120 Streuselkuchen, 1.000 Tafeln Schokolade und viele andere Leckereien.

Warum stiehlt Bertolt Biber? Was macht er mit seinem Diebesgut? Die Polizei und ihr Ghostwriter *Gernhardt* tappen im Dunkeln, nicht so die junge belgische Illustratorin *Sarah Robin-Zimmermann*. Bertolt Biber ist ihr erstes Bilderbuch, das sie während eines Austauschsemesters an der Fachhochschule Mainz gemalt hat. Darin hat sie – mit Ausnahme einer Fernsehsprecherin – freundlich karikierte Figuren aus überraschenden Perspektiven aufs Papier gebracht und in ein Feuerwerk leuchtender Farben getaucht. Mit ihren wundervoll bunten Bildern erzählt sie uns, was die Fahnder nicht wissen: Bertolt Biber erfüllt sich den Traum vieler Kinder von Gummibärchen, Honig, Ananas und anderen Schnuckersachen im Überfluß nicht für sich selbst, sondern ... Aber genau das will ich hier nicht verraten.

Als Detail, eher beiläufig, verblüffend einfach und anschaulich kritisiert *Sarah Robin-Zimmermann* auch die uns umgebende Bilderwelt, den Steckbrief und das Fernsehbild, die das Feindbild eines bösartigen und mit über-biberhaften Fähigkeiten begabten Gangsters produzieren.

Eine Besonderheit an diesem Bilderbuch und auch eine Herausforderung für Eltern und Kinder ist die Spannung zwischen Text und Bild: hierdurch enstehen genau genommen zwei Geschichten in einem Buch. Mit Vorlesen ist es nicht getan. *Robert Gernhardts* 24-zeiliges Gedicht gibt nur die beschränkte Sicht der Polizei wieder, während *Sarah Robin-Zimmermanns* Bilder beschreiben, was Bertolt Biber wirklich tut. Ihre Bildergeschichte muß erzählt werden und bietet Raum für allerlei Fragen und erste Zweifel, z.B.: Sehen Bertolt Biber und seine ständige Begleiterin, eine kleine, verwandlungsfähige gelbe Ente, wirklich so aus wie auf dem Fahndungsplakat oder im Fernsehbild?

Alles in allem ist Bertolt Biber eines der originellsten, in Text und Bild schönsten Kinderbücher, die derzeit zu haben sind. Und vor allem: wohltuend und erfrischend hebt es sich ab von dem weit verbreiteten Heile-Welt-Kitsch. Deshalb werden die Innenminister, die Zoodirektoren und die Kolleginnen von der Polizei – ganz anders als ich – nur wenig Freude an diesem Buch haben und Nachahmungstäter fürchten. Denn Bertolt Biber ist ein Seriendieb. Nur soviel will ich andeuten: Sein großes Vorbild ist Robin Hood.●

Ulrich Häpke

Robert Gernhardt und Sarah Robin-Zimmermann: Bertolt Biber, Peter Hammer Verlag, Föhrenstr. 33-35, D-42283 Wuppertal, 28 Seiten, 24,80 DM

JOBS

Interessierte Frau für selbstbestimmten Job in **Architekturbüro** gesucht. Vielfältige Arbeitsgebiete im Bereich Altbau, vom Entwurf bis Bauleitung alles möglich, freie Zeiteinteilung, auch Quereinsteigerinnen, ab sofort. Perspektivisch: Aufbau einer Basis-Architektur-Gruppe.
Berlin; ☎ (0 30) 785 99 66

Innovative Monatszeitung sucht mutige/n Einsteiger/in mit (Berufs-)Erfahrung in Redaktion, Layout, Organisation, Verwaltung, Akquise und/oder Vertrieb. Unsere Inhalte sind Ökologie, Kultur und Soziales vor dem Hintergrund eigenständiger Regionalentwicklung. Torfkurier Verlag, Große Str. 81, D-28870 Ottersberg (Nähe Bremen)
☎ (0 42 05) 77 99 66, Fax 77 99 65

AUSBILDUNG

Suche Ausbildungsplatz zur Tischlerin in netter ökologischer Schreinerei, sehr gerne in Betrieb in Selbstverwaltung.
Isa Weitz, 26 J., Abi
Bergheimer Str. 120, D-69115 Heidelberg
☎ (0 62 21) 2 49 53

PROJEKTE

Die legendäre Finkenburg hat ab Juli zehn leere Zimmer. Wenn Ihr mit uns (4 Erwachsene u. 2 Kinder) auf dem Land zwischen Bremen und Verden leben wollt, ruft mal an. Kinder, am liebsten zwischen 6 und 9 wären gut, aber nicht Bedingung.
☎ (0 42 04) 14 97

Gärtner (34, kein Meister) möchte sich mit einer Staudengärtnerei selbständig machen (Sept. 99 oder März 00). Suche noch eine/n Gärtner/in die/der das Risiko mit eingeht. Der Betrieb soll ökologisch und selbstverwaltet organisiert werden.
Kontakt: Wolfgang Skomroch, Grosse Werlstr. 123, D-59077 Hamm

SWFrankreich: Ländl. Ökoprojekt im Aufbau bietet Beteiligung. Kutschfahrten, Pferde, Gartenbau, Gäste.
☎ 0033-5-62 08 34 47
Chiffre: 174-1

Für den Start eines Gemeinschaftsprojekts in Selbstverwaltung in Mitte/ (Süd-)Westen v. Deutschl. suche ich engag. Leute, die an Politik und Umwelt und Tieren interess. sind und sowohl prakt. arbeiten als auch theoret. hinterfragen wollen. Themen: Natur/Umw., Gesellsch./Politik, Tierrechte, Kultur, die aber nicht nebeneinander stehen sollen, sondern integriert betrachtet werden sollen.
Für den Anfang suche ich zunächst einmal Leute, die mit mir gemeinsam Natur-/Umw.seminare inhaltl. u. organisat. vorbereiten wollen.
Susanne, ☎ (02 28) 63 50 94

Anders arbeiten – anders leben. Sozialistische Selbsthilfe Köln-Mülheim (SSM) sucht MitmacherInnen. Wir leben von Umzügen und Gebrauchtwarenhandel, kochen füreinander etc., haben Platz zum Wohnen. Führerschein wäre super. Wir machen Projekte im Stadtteil und betreiben mit Freunden das Institut für Neue Arbeit.
☎ (02 21) 640 31 52

Fidibus – Ökologische Dorfgemeinschaft e.V. plant in Südthüringen naturnahe Selbstversorgung, Handwerk, Erziehung, Bildung, Altenbetreuung und das, was du dir wünscht.
☎ (09 11) 33 02 58 und
(0 70 32) 8 20 79

Im Laufe des Jahres 1999 wird die **Projektwerkstatt** im Kreis Gießen ihre Tore schließen. Das ungewöhnliche Haus, ein biologisch umgebauter Bauernhof mit 500qm Wohnhaus, Zwischengebäuden und Scheune (Fachwerk), ausgestattet mit Solaranlage, Regenwasseranlage, Zentralheizung bot jahrelang vielen Aktions- und Seminargruppen eine Arbeitsplattform.
Zum Haus gehören das komplett eingerichtete Tagungshaus mit 18 Betten, ein schallisolierter Proben-/Fetenraum und 649qm Grundstück. Das bisherige alternative Wohnprojekt hofft, daß sich Menschen finden, die in dem schönen Haus in schöner Lage (20 km östlich Gießen, 60 km nördlich Frankfurt, mit Bahnanschluß im Ort) zumindest das Tagungshaus weiterführen wollen, aber vielleicht auch darüberhinaus die Räume mit Leben füllen. Dafür bieten sie einen »politischen«, d.h. geringeren Verkaufspreis oder auch andere Regelungen, z.B. Ratenzahlung. Die Einnahmen aus dem Verkauf der ehemaligen Projektwerkstatt sollen der politischen Arbeit verschiedener Basisgruppen bundesweit zugute kommen.
Kontaktadresse: Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen
☎ (0 64 01) 90 32 83

Alter, sehr gr. **Bauernhof m. Gasthaus u. Garten** – 20 km Donau, 40 km Bodensee; Dorfmitte – sucht neuen Nutzer / Käufer.
Chiffre: 173

Landrausch will größer werden: 2w, 4m, 5k auf einem großen Hof 100 km nordwestlich v. BLN suchen Menschen (v.a. Frauen), die mit uns leben, den Hof gestalten und viell. auch gemeinsam Arbeitspersp. entwickeln wollen. Info:
☎ (03 39 73) 5 08 40, E-Mail: landrausch@aol.com

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **10 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **40 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Der Karawane-Film ist da!

ist voll und ganz gegen Rassismus

Wahljahr 1998. Eine Karawane zieht quer durch Deutschland. „Wir haben keine Wahl, aber eine Stimme!" Und diese Stimme ist laut. In Rostock bei einer Wahlkundgebung der SPD; in Köln auf der Polizeiwache, wo zwei Freunde in Haft und von Abschiebung bedroht sind oder in Tambach, wo Flüchtlinge gegen ihre Isolierung kämpfen und die Schließung des Heimes fordern.
Die Flüchtlinge kommen aus Sri Lanka, Kurdistan, Kolumbien, Nigeria und vielen anderen Ländern. Es ist das erste Mal, daß sie sich mit MigrantInnen und deutschen Gruppen zusammenschliessen, um sich gemeinsam zu wehren.

Dokumentarfilm 1999, 55 Min
Den Film gibt es als VHS-Kopie bei:
Umbruch Bildarchiv, Lausitzer Str. 10
10999 Berlin, ☎ 030/612 30 37

iz3w

Themenschwerpunkte 1999:
- Turbulenzen im Weltmarkt
- Neoliberalismus, was nun?
- Global Cities
- Gesellschaft und Alter
- Das Jahrhundert der Lager
- KulturIndustriePolitik
- 2000 Reisen – Reisen 2000
- Politik sexueller Identitäten

Einzelheft DM 8,– ► Abo DM 60,– erhältlich im linken Buchhandel, in Dritte-Welt-Läden oder direkt beim
iz3w ► PF 5328 · D-79020 Freiburg
Telefon (0761) 740 03 · Fax 70 98 66
E-Mail: iz3wfreiburg@t-online.de
Internet: http://www.rolf.de/iz3w

☐ ich bestelle ein Probeexemplar
Name
PLZ/Ort
Straße
Unterschrift
Datum

iz3w ► Politik, Ökonomie und Kultur zwischen Nord und Süd

DER RECHTE RAND

liefert zweimonatlich antifaschistische Informationen, die vielerorts über Aktivitäten der Rechten gesammelt werden. Er berichtet über militante Neonazigruppen, rechte Wahlparteien, staatlich geförderten Revanchismus und die Grauzone zwischen Faschismus und Konservatismus.

Er versteht sich als Forum für antifaschistische Diskussion und Aktion, er arbeitet strömungsübergreifend.
Wer bis zum 30. Mai den Rechten Rand abonniert, erhält zusätzlich das Sonderheft „Der deutsche Ritt nach Osten".

Für 20,- DM bzw. 25,- DM im Ausland (6 Ausgaben, incl. Porto) kann **DER RECHTE RAND** abonniert werden: **Postfach 1324, 30013 Hannover**
Leseprobe: 3 ältere Hefte: DM 5,-

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN
DER RECHTE RAND

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstel lung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte auf Diskette, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zwei- bis viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :

01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Martin-Luther-Str. 13, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; **10997 Berlin, Redaktion Berlin,** Ricarda Buch, Manteuffelstr. 97, ☎ (0 30) 612 38 27, **E-Mail:** r.buch@partisan.net; **18546 Saßnitz/Rügen, Redaktion Rügen/MV,** Andreas Küstermann, Weddingstr. 1, ☎ (038392) 3 36 49, Fax 3 37 49, **E-Mail:** a.kuestermann@link-n.cl.sub.de, **Internet:** www.ruegen-wirtschaft.de/presse-verlag-ostseh; **22763 Hamburg, Redaktion Hamburg,** Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, **E-Mail:** hkgw@vossnet.de, **Internet:** http://www.web-line.com/bs/contraste; **23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland,** Volker Nadolni, Janussstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen,** Götz Paschen, Everinghausen 42 ☎ (04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, **E-Mail:** torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen,** Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück,** Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, **E-Mail:** packpapier.verlag@t-online.de; **50679 Köln, Redaktion Köln,** Heinz Weinhausen, Helenwallstr. 20a, ☎ (0221) 88 18 90, **E-Mail:** h.weinhausen@link-k.de; **53119 Bonn, Redaktion Bonn,** Thomas Faßbender, Im Tannenbusch 5, ☎ (0228) 987 52 10, **E-Mail:** vzs5ek@uni-bonn.de; **60313 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main,** netz Hessen, Uwe Weppler, Schäfergasse 46, ☎ (0 69) 131 04 07, Fax 131 04 08; **Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim,** Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg,** Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald,** Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 69 35; **71729 Erdmannshausen, Redaktion Stuttgart,** Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, **E-Mail:** p.streiff@link-n.cl.sub.de; **90429 Nürnberg, Redaktion Franken,** Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68, **E-Mail:** k.regenauer@suedschiene.de, **Internet:** www.suedschiene.de

Fachredaktionen :

Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, **E-Mail:** genossenschaft@t-online.de; **Jugendumweltbewegung: 27283 Groß Hutbergen,** Post Hönisch, Peter von Rüden, Armin Torbecke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79, **E-Mail:** p.rueden@link-n.cl.sub.de; **Sozialpolitik:** 88142 Wasserburg, Dieter Koschek, Dorfstr. 25, ☎ (0 83 82) 88 78 75; **Tauschringe: 49504 Lotte-Halen,** Klaus Kleffmann, Hasenkamp 30, ☎ (0 54 04) 61 97, Fax 48 22, **E-Mail: privatier@t-online.de; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 10777 Berlin,** Elisabeth Voß **E-Mail:** elisv10777@aol.com; **Regionalentwicklung und Landwirtschaft: 28309 Bremen,** Bernd Hüttner, Zur Dampfmühle 8, ☎ (04 21) 45 16 96

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 5/98
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@t-online.de
Internet:
http://www.nadir.org/nadir/periodika/contraste/

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ÖKOSTADT
Eine Vision, die Realität werden soll: ökologisch bewußtes, sozial gerechtes städtisches Leben.
Grundsätzliches, Konkretes und Aktuelles dazu in den
ÖKOSTADT Nachrichten.
Kostenloses Probeheft:
ÖKOSTADT
Danziger Straße 219
10407 Berlin
Tel. 423 59 53
Fax 423 56 87

Viele Zeitschriften kommen nur bis hierhin:

1. Frustrationslappen
2. bewegungsmelancholischer Schlund
3. auswegloses Analyseganglion
4. spätpatriarchale Blähzone

Aber alaska kommt überall hin:

5. Lustschnecke
6. Perspektivtrichter
7. feministischer Widerspruchswirbel
8. Zeitgeisttaster

alaska
internationalistisch - feministisch - links - anders.
Probeheft bestellen: alaska, Bernhardstraße 12, 28203 Bremen, fon/fax 0421 - 720 34
Heft 223: Postmoderner Internationalismus
Heft 224: Antirassismus und Migration

+++ saúde mental +++ mental health +++

Guatemala Geschichtsschreibung von unten

Guatemala hat einen 36 Jahre langen Krieg hinter sich. REMHI, das Projekt zur Wiedererlangung des historischen Gedächtnisses, zieht Bilanz: 150.000 Tote, 40.000 Vermißte und mindestens eine Million Flüchtlinge. Der REMHI-Bericht über die Menschenrechtsverletzungen enthält vieles, was die offizielle Wahrheitskommission bei ihrer Arbeit ausspart: Zeugenaussagen, die aus der Sicht der Betroffenen von Folter und Mord berichten – Geschichtsschreibung von unten.

Nach der Unterstützung der Veröffentlichung des Menschenrechtsberichts von REMHI möchten wir uns weiter für die Menschen in Guatemala einsetzen. Durch medizinische Hilfe, die Förderung von Dentalprojekten und vor allem durch die materielle Unterstützung der Fortsetzung der Menschenrechtsarbeit.

Dafür bitten wir um Ihre Spende.

Stichwort »Guatemala«. Spendenkonten
Kto-Nr. 1800
Frankfurter Sparkasse (BLZ 500 502 01)
Kto-Nr. 6999-508
Postbank Köln (BLZ 370 100 50)

Fordern Sie weitere Informationen an:

medico international

medico international e.V.
Obermainanlage 7
D-60314 Frankfurt am Main
Tel: 069 94438-0 · Fax: 069 436002
eMail: medico_international@t-online.de
www.medico-international.de

ak analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

Neu: Inhalt per Email
Schickt uns ein Mail mit dem Betreff: Inhaltsverzeichnis - und ihr wißt, was in der neuen ak steht.

kostenloses Probeexemplar oder gleich ein Abo...
analyse & kritik
Rombergstr. 10, 20255 Hamburg
Tel: 040-40170174 Fax: 040-40170175
Email: ak-redaktion@cl-hh.comlink.de

anti atom aktuell
Zeitung für die sofortige Stillegung aller Atomanlagen

Monat für Monat neu:
✘ Fotos
✘ Berichte
✘ Argumente
✘ Hintergründe

(kostenloses) Probeheft bestellen oder gleich abonnieren:
Abo 60 Mark pro Jahr
Förderabo gerne 120

anti atom aktuell
Helgenstockstrasse 15
35 394 Giessen

aaa-Vertrieb@Amazonas.comlink.apc.org 0641-491390 http://www.oneworldweb.de/aaa/home.html

nadir infoSystem
betreibt im *worldwideweb* ein *informationssystem* zu *linker politik* und *sozialen bewegungen*

web: http://www.nadir.org/ mail: nadir@mail.nadir.org post: Brigittenstr. 5, 20359 HH

AKTUELL	Meldungen und Hintergründe	**INITIATIV**	Selbstdarstellungen und Informationen von Gruppen und Projekten
PERIODIKA	Elektronische Kopien von Zeitschriften	**NETZ**	Verweise auf weitere linke Infos, Archive, Kontakte etc. im web
ARCHIV	linke Theorie und Praxis aus Geschichte und Gegenwart		

Unser Konto für die allzeit willkommenen Spenden: Postbank HH, (200 100 20), Kto-Nr 797 156 207

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

KONGRESS

»Anders arbeiten – oder gar nicht?!« Politische und rechtliche Rahmenbedingungen selbstbestimmter Arbeitsformen jenseits von Markt und Staat
Vom 23.4. bis 25.4.99 findet der Kongreß »Anders arbeiten – oder gar nicht?!« in Berlin statt. Unter der Perspektive Alternativentwürfe von Arbeit sollen die politischen, sozialen und rechtlichen Rahmenbedingungen diskutiert werden, die für eine forcierte Entwicklung des »Dritten Sektors« notwendig sind und Forderungen an die Politik erhoben werden. Geplant sind u.a. Arbeitsgruppen zu den Themen: Selbstorganisation/Selbstverwaltung; Reformen des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, Sozialgenossenschaften, Tauschringe, lokale Foren / lokale Partnerschaften, Existenzgeld und Gender.
Informationen und Anmeldung:
Netzwerk Selbsthilfe, Kongreßbüro, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin,
Tel. (0 30) 695 98 306, Fax: 691 30 05
E-Mail: netzwerk-kongress@t-online.de
Kongreß im Internet:
www.nadir.org/nadir/periodika/contraste/kongress/

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben – anders arbeiten Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 11 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen.
An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:
- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termine: 11.-13.6.99, 27.-29.8.99, 1.-3.10.99

Los geht's: Selbstbestimmt leben – Gruppen gründen
Mit diesem Motto lädt die Kommune Niederkaufungen zu Pfingsten (20.-24.5.99) Menschen ein mit der Idee, neue Gemeinschaftsprojekte zu gründen. Utopien können ausgetauscht bzw. direkt erlebt werden; Gleichgesinnte können sich finden, um ihre Träume gemeinsam zu verwirklichen. Bestehende Gruppen helfen dabei mit Rat und Tat. Zur Unterstützung der Veranstaltung werden auch SpenderInnen und Sponsoren gesucht.

»When I'm 64 ...« Altersvorsorge – selbstverwaltet
Ein Seminar für Leute, die ihre eigene Altersvorsorge bewußt gestalten und dabei politisch-gesellschaftliche Bedingungen mitreflektieren wollen.
Das staatliche Rentensystem ist in der Krise, Angebote der Versicherungswirtschaft haben zweistellige Zuwachsraten. Gibt es Alternativen?
Im Rahmen des Seminars werden verglichen:
die Solidargemeinschaft »Staatliches Rentensystem« mit Schatzbildungsangeboten der Versicherungswirtschaft (z.B. Kapital-Lebensversicherungen) und selbstgestaltete Schatzbildung (z.B. Wertpapiere, Eigentumswohnung).
Das komplexe Thema Altersvorsorge wird durch Informationsinput und ausgewählte Fall-Beratungen verständlich gemacht. Ein Überblick über alles, rund um das Thema Altersvorsorge, der so umfassend und ohne Verkaufsabsichten kaum anderswo zu haben ist.
Termin: 23.-25.4.1999
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40

GRAFISCHE BETRIEBE

Frühlingstage 1999
Themen:
- Ausbildung/Weiterbildung
- Finanzierung/Eigenkapital
- Selbstverwaltung
- Umweltbewußtes Produzieren/Öko-Audit
- Digitale Druckvorstufe

Termin: 21.-24.5.99, Andechs
Information & Anmeldung:
Ulenspiegel Druck & Verlag GmbH, Besengassl 4, D-82346 Andechs
☎(0 81 52) 33 66, Fax 53 52

KULTUR & ÖKOLOGIE

Konsens – Einvernehmlich entscheiden
Entscheidungen in Gruppen sind oft eine schwierige Angelegenheit. Wir wollen auf dem Seminar Methoden kennenlernen, um in Diskussionen zu gemeinsamen Ergebnissen zu kommen und Entscheidungen im Konsens zu fällen. Bei Mehrheitsentscheidungen werden oft die Interessen eines Teils der Gruppe nicht berücksichtigt. Viele Gruppen fällen daher Beschlüsse generell einvernehmlich. Das zwingt dazu, alle ernst zu nehmen, Bedenken nicht »wegzustimmen« und Probleme auch dann zu erkennen, wenn nur wenige sie sehen.
Konsens geht davon aus, daß eine Entscheidung die von allen – auch mit Bedenken – getragen wird, für eine Gruppe besser ist, als eine Entscheidung, die viele optimal finden, andere aber nicht mittragen wollen. Wo Entscheidungen einvernehmlich gefällt werden, tritt sachliche Argumentation und gleichberechtigtes Miteinander gegenüber Machtspielchen und Dominanz einzelner Personen in den Vordergrund. Daß Konsens nicht zu Entscheidungsunfähigkeit und nervigen Endlosdiskussionen führen muß, werden wir auf dem Seminar in Übungen und Rollenspielen selbst erfahren.
Termin: 23.-25.4.99, Verden

Treffen und Besprechungen gleichberechtigt gestalten mit der Moderationsmethode
»Treffen und Gruppenplena sind nervig und chaotisch«, meinen viele in der täglichen Bürgerinitiativen-, Vereins- und Gruppenarbeit frustrierte Aktive. Wie Treffen nicht mehr als Pflichtübung sondern als effektive, kreative und spaßbringende Arbeitsform organisiert werden, zeigt die Moderationsmethode. Diese Visualisierungs- und Fragetechnik hilft die Kräfte und das Wissen aller Beteiligten zielgerichtet und gleichberechtigt zusammenzutragen. Mit wenig Aufwand können zähe »Labertreffen« und nervtötende Endlosdiskussionen vermieden werden, indem einE ModeratorIn den Ablauf zu strukturieren hilft und den Diskussionsprozeß methodisch unterstützt, ohne sich inhaltlich selbst mit einzubringen.
In den Schulungen bieten wir eine Kurzeinführung in die Moderation und lernen anhand von praktischen Übungen. Die TeilnehmerInnen erwerben Grundkenntnisse, um selbst Treffen und Besprechungen moderieren zu können. Das Wochenendseminar kann nur einen Einstieg bieten und ersetzt nicht eine vollständige Moderationsschulung.
Termin: 7.-9.5.99, Oldenburg
Anmeldung:
Kultur und Ökologie, Postfach 11 31, D-27261 Verden
☎(0 42 31) 48 78, Fax 48 79
E-Mail: p.rueden@link-n.cl.sub.de

NETZ

Gruppenprozesse strukturieren und steuern
Erfolgreiches arbeiten in und mit Gruppen ist ohne Beherrschen von bestimmten Techniken und Methoden nicht gewährleistet. Es benötigt auch die Fähigkeit, emotionale Prozesse in Gruppen zu erkennen und zu gestalten. Diese Veranstaltung stellt praxisbezogen mit vielen Übungen vor, wie Gruppenprozesse sowohl auf der inhaltlichen wie auf der emotionalen atmosphärischen Ebene gestaltet und Methoden prozeßorientiert eingesetzt werden können..
Termin: 11./12.5.99, München

Im Team erfolgreich
Erfolgreiche Teams vollbringen auch unter schwierigen Bedingungen außerordentliche Leistungen. Themen dieses Trainings sind: Teambildung; Teamphasen und Teamentwicklung; Zielklarheit; Leitung, Verantwortung und Delegation im Team; Entwicklung eines »Wir-Gefühls«; Bearbeitung von Störungen und Konflikten. Lernen Sie, die Zusammenarbeit Ihres Teams zu fördern und zu verbessern.
Termin: 19.-21.5.99, Bonn
Information & Anmeldung:
Netz e.V., Schildstr. 12-19, D-28203 Bremen
☎(04 21) 794 90 44, Fax 749 90 46
E-Mail: netz@aries.de
Internet:
http://www.aries.de

MEDIENARBEIT

Homepage mit »Frontpage«
Professionelles Layout von Web-Seiten mit der Software »Frontpage«: Sie planen die Dokumente und ihre Verknüpfung, wählen Designs, setzen Links und Anker und binden Grafiken ein.
Termin: 29.-30.5.99, Frohburg (b. Leipzig)
Information & Anmeldung:
Münchener Medienladen, Postfach 19 04 18, D-80604 München
☎(0 89) 167 51 06, Fax 13 14 06
E-Mail: g.hooffacker@link-m.de
www.hooffacker.de

ÖKODORF-INSTITUT

Seminar zur Gemeinschaftssuche / -gründung
Termin: 23.-25.4.99, Lebensgarten bei Hannover

Vorankündigung: Zu den Ökodorf-Festivals 97/98 gab es motivierende Feedbacks & Wünsche, solche Begegnungen von Gemeinschaften & InteressentInnen häufiger stattfinden zu lassen. Deshalb organisieren wir **1999 zwei Ökodorf-Festivals**: Pfingsten 1999 (22.-29.5.) in einer Gemeinschaft am Bodensee, 6.-12.8. in einer Gemeinschaft bei Mainz, beide Gemeinschaften mit je 20jähriger Erfahrung.
Info: Ökodorf-Institut, Bergwerkstr. 33, D-79688 Hausen
☎/Fax (0 76 22) 67 13 22

raDikal reisen

Seit vielen Jahren organisieren JungdemokratInnen-Junge Linke Seminare und Austauschprogramme mit politischen Jugendorganisationen, linken Initiativen, Antirepressions- und Menschrenrechtsgruppen, Antinationalen und Kulturlinken – in Europa, den USA und ab und an andererorts. Mitfahren kann jede und jeder, unabhängig von einer Mitgliedschaft.

Israel: Tel Aviv und Jerusalem
18.-28.7.99
Israel und die Gründung eines palästinensischen Staates

USA: San Francisco
14.-28.8.99
»Queer-Theorie«

USA: New York & Vermont
14.-29.8.99
Zero Toleranz – Kriminalitätsbekämpfung und Innere Toleranz

Jugoslawien: Belgrad
12 Tage im September 1999

Russia: Moskau und Bransk
27.12.99-6.1.2000
The Real World
Zu jeder Reise gibt es ein ausführliches Faltblatt, ein Vorbereitungsseminar und einen Reader mit inhaltlichen Informationen.
Information:
Jungdemokratinnen-Junge Linke, Pappelallee 9, D-10437 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 64, Fax -66
E-Mail: info@junge-linke.de
http://www.junge-linke.de

SOMMERCAMP

Heraus zum 4. anarchistischen Sommercamp!
Nach den letzten drei @-Camps in Hamburg und Berlin werden wir 1999 die Kontinuität der anarchistischen Sommertreffen weitertragen und an die Erfahrungen und Erfolge der letzten Jahre anknüpfen. Deshalb veranstalten dieses Jahr Braunschweiger AnarchistInnen das Treffen vom 30.7.-8.8.99 in der Nähe von Hannover, der Stadt der EXPO 2000.
Info: @-Camp-Vorbereitungsgruppe, c/o Ökoscouts, Madamenweg 168, D-38118 Braunschweig
☎(05 31) 8 29 09, Fax 89 66 77
E-Mail: a-camp@gmx.de

INTERNATIONALISMUS

Neoliberalismus am Ende? Neue Hoffnung für Mittelamerika?
Gemeinsam mit den Basisorganisationen in Mittelamerika haben wir Ideologie und Praxis des Neoliberalismus immer wieder kritisiert. Inzwischen zeigen Wirtschafts- und Währungskrisen in Asien, Rußland und jetzt auch in Südamerika deutlich, daß freie Märkte und Deregulierung die Probleme nicht lösen, sondern zunehmend neue schaffen. Die schon über ein Jahrzehnt andauernde Schuldenkrise ist alles andere als gelöst und die in diesem Zusammenhang von IWF und Weltbank durchgeführten Strukturanpassungsmaßnahmen legten nicht – wie behauptet –die Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung, sondern dienten und dienen dazu, aus diesen Ländern möglichst viel Schuldendienst herauszupressen und die Öffnung zum Weltmarkt zu erzwingen. Deregulierung und Reduzierung der Staatsausgaben gingen und gehen zu Lasten der Schulbildung, des Gesundheitswesens, der (Land-)ArbeiterInnen-Rechte und der binnenmarktorientierten Produktion. Durch den Hurrican Mitch, der im Oktober '98 in Mittelamerika wütete, rückte die ökonomische und soziale Lage der mittelamerikanischen Länder wieder ins Blickfeld:
- Die Abhängigkeit kleiner, armer Staaten im gegenwärtigen Weltwirtschaftssystem.
- Die ungelöste Landfrage, die Menschen zwingt, an hochwassergefährdenden Flußufern und ungesicherten Berghängen zu siedeln.
- Die untragbare und aus eigener Kraft nicht rückzahlbare Auslandsverschuldung.
- Die Menschenverachtung und Korruption der Regierenden, die nicht davor zurückschrecken, Hilfe zurückzuhalten, wenn Sie den »Falschen« (Basis- und Nichtregierungsorganisationen) zugute kommen könnte.

Das Mittelamerika-Bundestreffen soll allen Interessierten eine Gelegenheit bieten, im Austausch – auch mit mittelamerikanischen Gästen – unsere Wege in der Solidaritätsfrage zu reflektieren und mögliche Handlungsfelder näher zu bestimmen.
Termin: 7. bis 9.5.99, Frankfurt/Main
Information & Anmeldung:
Hessenkoordination der Nicaragua-Initiativen, Verein Monimbó, Darmstädter Str. 23, D-63128 Dietzenbach
☎/Fax (0 60 74) 2 68 91

REGIONALENTWICKLUNG

Die Rolle des Bodens in einer nachhaltigen Regionalentwicklung
Auch in diesem Jahr veranstaltet die Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz und das Umweltministerium Luxemburg die »Gaytaler Gespräche«: Ein grenzübergreifendes Forum, das zentrale Themen einer nachhaltigen Regionalentwicklung aus spezifischen Perspektiven beleuchtet und Praxis, Wissenschaft und die Menschen der Region in Kontakt bringt.
Die Tagung findet vom 6. bis 8. Mai 1999 im Gaytal-Park-Zentrum Körperich und Vianden statt. nachdem in den vergangenen beiden Jahren die Rolle des Geldes bzw. der Arbeit im Vordergrund standen, ist in diesem Jahr die Bedeutung des Bodens das Thema.
Information & Anmeldung:
TAURUS, Institut an der Universität Trier, Katja Königstein, Uni-Postkasten DM 20, D-54286 Trier
☎(06 51) 201 31 25, Fax 201 38 23
E-Mail: koenigst@uni-trier.de
www.umdenken.de

GESUNDHEIT

ABC einer patientenorientierten Gesundheitsreform
Zum 1.1.2000 soll die Gesundheitsreform unter rot-grünen Vorzeichen wirksam werden. Der Zeitplan ist sehr knapp bemessen, um eine sorgfältige Diskussion mit allen Beteiligten zu führen. Die anstehenden Veränderungen benötigen einen Klärungsprozeß.
Termin: 7.-8.5.1999, Bielefeld
Information & Anmeldung:
GesundheitsAkademie, August-Bebel-Str. 16, D-33602 Bielefeld
☎(05 21) 13 35 62, Fax 17 61 06
E-Mail: akademie@gesundheits.de
www.gesundheits.de

6. PFINGSTCAMP

Auch 1999 findet in Thüringen wieder das JugendUmweltPfingstcamp statt.
Termin: 20. bis 25. Mai 1999
Informationen:
Öko-Camp e.V., Schillergäßchen 5, D-07745 Jena
☎/Fax (0 36 41) 44 93 04

1. MAI 1999

Freut Euch des Lebens?!
Unter diesem Motto findet auch dieses Jahr wieder eine »Revolutionäre 1.Mai-Demonstration« in Mannheim statt. Wir wollen damit kontinuierlich das fortführen, was wir 1993 und in den letzten beiden Jahren begonnen haben. Mit dem oben genannten Motto wollen wir auf die Zwiespältigkeit hinweisen, den 1. Mai in Anbetracht der Ereignisse und Entwicklungen nicht nur in der letzten Zeit, zu feiern.

Wir meinen damit nicht nur die militärischen Aktionen auf dem Balkan, oder die politische und militärische Verfolgung der Kurden in der Türkei und die jeweils damit verbundenen Flüchtlingsströme. Auch die menschenverachtende AusländerInnenpolitik mit dem faktischen Abschaffen des Asylrechts, die Hetze u.a. mit der CDU-Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft und die nach wie vor stattfindenden Nazi-Überfälle auf AusländerInnen können jede Freude gründlich verderben. Alltägliche Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen und Behinderte; Kriminalisierung und Vertreibung von Obdachlosen, Drogenabhängigen und Armut aus den innerstädtischen Konsummeilen; immer mehr Stress an unseren gestylten, durchrationalisierten Arbeitsplätzen bei gleichzeitig steigender Arbeitslosigkeit und Ächtung bzw. Ignoranz gegenüber nicht gewinnbringend verwertbarer Arbeit, kein baldiges Abschalten der Atommeiler, die Schere klafft weiter, das Establishment aus mittelständischen und Großkonzernen triumphiert immer noch – trotz Rot-Grün , und, und, und..... das alles und noch viel mehr sind wirklich keine Gründe sich des Lebens zu freuen!

Trotzdem? Nein gerade deswegen gehen wir an diesem Tag auf die Straße! Mit einer lauten, schrillen und zuversichtlichen Demonstration, mit Musik und Satire, wollen wir auch dieses mal den 1. Mai als Aktions- und Kampftag der Bedrängten und Unterdrückten begehen und feiern. Denn so war das ja auch ursprünglich einmal gemeint gewesen. Und kämpfen heißt schließlich auch, sich trotzalledem (!) die Lebensfreude nicht nehmen zu lassen. Wir wollen selbst bestimmen, wie wir leben und arbeiten, wann wir feiern und uns freuen und wann wir streiten wollen. Streiten für eine gerechte, gleichberechtigte, herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Krieg, Militär und Staatsgewalt!

Die Demonstration beginnt um 11 Uhr 30 mit einer Kundgebung am Paradeplatz in Mannheim.

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 10 DM in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 10 DM mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg